

ENERGIEDEPESCHE

INFORMATIONEN FÜR ENERGIEVERBRAUCHER

September 2011 | 25. Jahrgang | 3 | 11

Bund der Energieverbraucher e.V.



ÖKOLOGISCHES AUS DER GASLEITUNG

Grünes Gras

NOVELLE DES ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZES

Mehr Rechte für Energieverbraucher

KAUM HÖHERE BESCHAFFUNGSKOSTEN

Gaspreisanstieg unbegründet

UNTERSUCHUNG DES BUNDESKARTELLAMTS

Abzocke an der Zapfsäule



Liebe Leserinnen und Leser

Es stimmt: Der Ausstieg aus der Atomkraft und die Energiewende können uns teuer zu stehen kommen (Seite 5). Viel teurer wäre es jedoch, darauf zu verzichten. Aber auch schon ohne Atom-Ausstieg sind die Strompreise in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen: von 17 Cent je Kilowattstunde im Januar 2003 auf fast 24 Cent im Januar 2010. Das entspricht sieben Cent oder 40 Prozent – trotz Wettbewerb und der angeblich so billigen Atomkraft. Wo ist das viele Geld nur geblieben? Wie viel davon ging auf die Konten von CDU, SPD und FDP? Es ist nicht der Atomausstieg, der den vier Energieriesen den Garaus macht, sondern ihre eigene Gier und Skrupellosigkeit. Die Atomkraftbetreiber haben ihre moralische Lizenz als Versorger verspielt. Die Gesellschaft hat ihr Vertrauen in sie verloren – trotz ihrer wortgewaltigen, irreführenden Wortgefechte zur Ausstiegsdebatte. Deshalb haben die Atomstrom-Riesen jüngst den Negativpreis „Verschlossene Auster“ erhalten (Seite 15).

Biogas ist ein nachwachsender Rohstoff mit Zukunft. Er eignet sich auch ideal als Pufferspeicher für Stromspitzen von Wind und Sonne. Doch immer wieder gerät die grüne Alternative in die Schlagzeilen: Sie erzeuge ökologische Katastrophen und sei mitverantwortlich für den Hunger in der Welt. Was ist dran an diesen Stammtischparolen? Lesen Sie mehr auf Seite 26.

Ein weiteres Thema bestimmt die Energie-Schlagzeilen in diesen Wochen: das neue Energiewirtschaftsgesetz. Seit dem 4. August 2011 haben die Verbraucher zum Beispiel das gesetzlich verbriefte Recht auf eine Schlichtungsstelle bei Problemen mit Energieversorgern, verständliche Rechnungen und auf einen Anbieterwechsel innerhalb von drei Wochen. Mehr dazu auf Seite 21.

Haben Sie sich auch über die Ankündigung Ihres Gasversorgers geärgert, dass die Preise ab Herbst kräftig steigen werden? Gunnar Harms erklärt Ihnen auf Seite 12, wieso die Tarifierhöhungen jeglicher sachlichen Begründung entbehren, denn die Gasbeschaffungskosten sind kaum gestiegen. Selbstverständlich verraten wir Ihnen auch, wie Sie sich gegen die Abzocke wehren können.

Selbst an der Tankstelle werden Energieverbraucher geschröpft. Das Bundeskartellamt hat darüber sehr interessante Details ermittelt und veröffentlicht (34). Wir helfen Ihnen dabei, auch an der Tankstelle den Überblick zu behalten.

Viel Spaß und viele neue Erkenntnisse beim Lesen wünscht Ihnen herzlich

Aribert Pöhl



06 Video zum Anbieterwechsel:
Erleichtert die Orientierung



12 Gaspreise steigen unbegründet: Wie
und warum Sie sich wehren sollten



34 Tanz der Benzinpreise: Wann man
am günstigsten tankt

AKTUELLES

- 4** Video zum Anbieterwechsel
Vorsicht bei Stromio und Flexstrom
Welche Energiewende?
Gemeinsam günstiger: Buzzn
- 6** Versorger verlieren Vertrauen
Brennwert schwach
Netzbetreiber haften

PREISPROTEST

- 8** Blamage für Bad Honnef AG
- 9** Rückforderungsprozesse – Risiko steigt
- 10** EuGH-Vorlage: Preiserhöhungen kippelig
- 11** EnBW zieht Klage zurück

ENERGIEBEZUG

- 12** Die unheimlichen Preistreiber
- 14** Eine Frage des Kleingeruckten
- 15** Atomkonzerne erhalten
„Verschlossene Auster“

18 Leserbrief

UMWELTPOLITIK

- 20** Das neue Energierecht auf einen Blick
- 21** In drei Wochen zum neuen Anbieter
- 22** Schlichtungsstelle: Bald ist es soweit
- 24** Rechnungen verständlich

ERNEUERBARE

- 25** Neues EEG-Gesetz
Garantie für PV-Module
- 26** Wie grün ist Biogas wirklich?

ZUHAUSE

- 30** Test: Steckerleisten
- 31** Test: Kühlschränke
Test: E-Bikes
- 32** Das Frischluft-Wunder

ENERGIEBEZUG

- 33** Fernwärme: Wärmemengenzähler
BGH: Versorger abgeblitzt
- 34** Tanz der Benzinpreise
- 36** EEG-Ausnahmeregelung
in der Kritik
- 37** Hartz IV reicht nicht für Stromkosten
Neue Rechte für Sondervertrags-
kunden
EU-Studie „Regionale Energiearmut“
- 38** Stromsperre: Erste Hilfe mit
großer Wirkung

INTERN

- 40** Flüssiggas-Streit vor OLG
Johannes Lackmann:
Herr der Windräder
- 41** Service
- 42** Vor-Ort-Beratung
- 43** Bücher, Veranstaltungen

Die *Energiedepesche* erscheint vierteljährlich.

Einzelheft

5,00 Euro inkl. MWSt.
Abo für 4 Hefte inkl. Versandkosten:
22 Euro
Für Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber

Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1, 53572 Unkel
Tel.: 02224.9227-0 | Fax: 02224.10321
redaktion@energiedepesche.de
www.energieverbraucher.de
Postgiro Köln, Kto 17573-508
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.
Dr. Aribert Peters

Redaktionsschluss

18. August 2011

Mitarbeiter dieses Hefts

Wolfgang Buttner, Gunnar Harms,
Leonora Holling, Dr. Aribert Peters,
Ernst Schrimpf, Jürgen Schröder

Layout

DesignBüro Blümling, Köln
mail@bluemlingdesign.de

Titelbild

fotolia.com: Wolfgang Jargstorff

Bildnachweis

Aribert Peters; photocase.com:
jarts; fotolia.com: Junial Enter-
prises, Thomas Otto, Peter Baxter,
Smileus, wjarek, bjiiejea, mario
beauregard; pixelio.de: Claudia
Hautumm, Rainer Sturm, Andrea
Damm, Gaby Stein, Andreas
Hermsdorf, Uwe Steinbrich; Kurt
Markert; Heribert Prantl; Wolf-
gang Buttner; Thomas
Schlagowski; Klaus Michael;
Johannes Lackmann

Beilage:

Solid Capital

Anzeigenleitung

BigBen Reklamebüro
Tel.: 04293.890 89 0
Fax: 04293.890 89 29
br@bb-rb.de
www.bb-rb.de/energiedepesche

Druck

Krahe Druck GmbH, Unkel
www.krahe-druck.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

ISSN 0933-8055
Vertriebskz: Z 2045 F

Nachdruck oder Vervielfältigung, auch
auszugsweise, nur mit ausdrücklicher
Genehmigung des Herausgebers.

STROMKOSTEN SPAREN

Video informiert über Anbieterwechsel

Die Strompreise steigen: Seit Mai 2011 bitten einige Stromanbieter ihre Kunden erneut kräftiger zur Kasse. Trotzdem scheuen die meisten Verbraucher, ihren Anbieter zu wechseln, obwohl ein anderes Unternehmen sie bei gleicher Leistung deutlich günstiger beliefern könnte. Laut Umfragen haben bislang nur etwa zehn Prozent der Deutschen ihren Strom- oder Gasanbieter gewechselt. Schlagzeilen wie die jüngste Insolvenz des Anbieters TelDaFax schrecken die Verbraucher weiter ab.

„Wer wechselt, spart bares Geld ohne großen Aufwand“, betont Dr. Aribert Peters, Vorsitzender des Bund der Energieverbraucher. Der Verein hat in Zusammenarbeit

mit dem TV-Journalisten Sebastian Tittelbach ein neues Video erstellt. Es gibt in fünf Minuten eine kurze, verständliche Anleitung zum Wechseln. Der Kurzfilm erläutert alle notwendigen Schritte und weist auf typische Fallstricke beim Anbieterwechsel hin: Nicht unbedingt ist der Anbieter, der auf den ersten Blick am günstigsten erscheint, auch der preiswerteste Stromversorger.

<http://tinyurl.com/anbieterwechsel>

Weitere Informationen zum Anbieterwechsel bietet der Bund der Energieverbraucher auf seiner Internet-Seite unter www.energieverbraucher.de/seite_434.html



CCS-GESETZ

Letzte Rettung Bundesrat?

Klimaschädliches CO₂ darf in Deutschland zukünftig unterirdisch gespeichert werden. Ein entsprechendes Gesetz zur Nutzung der umstrittenen CCS-Technik wurde mit den Stimmen von Union und FDP vom Bundestag verabschiedet.

Bei dem Verfahren wird CO₂, das bei der Verbrennung in Kohlekraftwerken entsteht, abgeschieden und

in mehreren hundert Metern Tiefe verpresst. Die Bundesländer haben allerdings das Recht, CCS auf ihrem Gebiet abzulehnen.

Schleswig-Holstein hat bereits angekündigt, die Technik zu verbieten. Der Bundesrat muss dem Gesetz noch zustimmen. Eine Entscheidung wird im Herbst erwartet.

ANBIETERWECHSEL

Vorsicht bei Stromio und Flexstrom

Oft sind Kunden nach einem Anbieterwechsel enttäuscht, weil der neue Anbieter nicht den Erwartungen entspricht oder der Wechsel nicht gut geklappt hat. Andere Verbraucher sollten aus diesen Erfahrungen lernen und Versorger meiden, die eine schlechte Bewertung bekommen haben.

Auf Verivox.de können die Verbraucher, die gerade gewechselt haben, angeben, ob sie noch einmal zu diesem Anbieter wechseln würden. Zu Mainova beispielsweise würden 84 Prozent der Wechselkunden, die ihre Stimme abgegeben haben, wieder wechseln, zu Goldgas sogar 94 Prozent.

Am anderen Ende der Skala finden sich Flexstrom und Stromio: Zu Flexstrom würden 74 Prozent wieder wechseln, in den letzten sechs Monaten ist dieser Wert sogar auf magere 43 Prozent abgesunken. Ähnlich schlecht wird Stromio bewertet mit 54 Prozent. Kundenkritik wird an der Geschäftspolitik von Stromio-Geschäftsführer Ömer Varol laut. Viele Verbraucher beschwerten sich über falsche Abschlagszahlungen und Abrechnungen und warfen dem Anbieter unsaubere Geschäftspraktiken vor.

<http://tinyurl.com/stromio>

PREISERHÖHUNGEN

Bürgergas erfolgreich abgemahnt

Der Bund der Energieverbraucher e.V. hat den Gasanbieter Bürgergas aus Gelnhausen erfolgreich abgemahnt.

Bürgergas forderte seine Kunden schriftlich auf, einem Tarif mit neuen Preisen zuzustimmen. Andernfalls sei das Vertragsverhältnis automatisch zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet. Dieser Zeitpunkt wird jedoch nicht benannt. In den schriftlichen Vertragsbedingungen heißt es dagegen, wenn der Verbraucher Preiserhöhungen nicht widerspricht, wären sie damit akzeptiert.

Diese Vorgehensweise mutet besonders befremdlich an, weil Bürgergas-Geschäftsführer Tilmann Haar früher selbst aktiv gegen Gaspreiserhöhungen protestierte und prozessierte.

Bürgergas hat gegenüber dem Bund der Energieverbraucher e.V. eine Unterlassungserklärung fristgemäß abgegeben: Bürgergas verpflichtet sich darin, das kritisierte

Schreiben nicht mehr zu verwenden und verpflichtet sich sogar zusätzlich, dies nicht zu tun, ohne auf die Ersatzversorgung hinzuweisen.

Ebenso hat sich Bürgergas bereit erklärt, die 700 angeschriebenen Kunden erneut anzuschreiben und auf die Folgen hinzuweisen, wenn keine Einverständniserklärung eingeht. Ein voller Erfolg für den Bund der Energieverbraucher, vertreten



von der Göttinger Rechtsanwältin Johanna Feuerhake, im Interesse der betroffenen Verbraucher.

SCHULE

Heizen nach Stundenplan

Ein Team vom St. Michael-Gymnasium in Bad Münstereifel hat eine Software für eine nach Stundenplan geregelte Heizung entwickelt. Die computergestützte Heizung steuert jeden Raum einzeln an und ermöglicht es beispielsweise, in den Ferien ausschließlich die Verwaltungsräume zu heizen. Das Team gewann den Sonderpreis Technik beim Regionalwettbewerb „Jugend forscht“ und den Sonderpreis Umwelt beim

Landeswettbewerb. Das System wird an der Schule bereits eingesetzt.

In den ersten vier Monaten von Dezember 2010 bis März 2011 verbrauchte die Schule damit 50.000 Kilowattstunden weniger Energie und sparte so 17.200 Kilogramm CO₂ ein. Insgesamt kann die Software helfen, pro Jahr bis zu 12.000 Euro Heizkosten einzusparen.

<http://tinyurl.com/heizenstundenplan>

SMART METER

Intelligente Zähler sparen bares Geld

Privathaushalte können durch Smart Meter und die Visualisierung des Stromverbrauchs im Durchschnitt 3,7 Prozent Strom einsparen. Das ergab das Projekt „Nachhaltiger Energiekonsum von Haushalten durch intelligente Zähler-, Kommunikations- und Tarifsysteme“, kurz „Intelliekon“, an dem unter anderem das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) und das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) beteiligt waren. An dem Projekt hatten sich neun deutsche und ein österreichischer Energieversorger beteiligt.

Mehr als 2000 Haushalte nahmen an der 18-monatigen Feldphase teil. Umgerechnet auf den bundesdeutschen Stromverbrauch entspricht das Ergebnis einer jährlichen Einsparung von fünf Terawattstunden und Stromkosten von einer Milliarde Euro. Bei zeitvariablen Tarifen lag die ermittelte Einsparung sogar bei 9,5 Prozent.

Mehr Infos gibt es unter www.intelliekon.de

Buzzn: Gemeinsam geht's günstiger

Gute Strompreise durch gemeinsamen Einkauf übers Internet – dieser naheliegende Gedanke wird umgesetzt von consumerpool.de und www.buzzn.net. Buzzn kauft auch Strom von Netzeinspeisern auf. Erfahrungen liegen uns noch nicht vor.

Augen auf bei den Messkosten

Im Durchschnitt zahlen Privathaushalte für Messung und Verrechnung der Gaslieferung jedes Jahr rund 28 Euro. Dieser Betrag deckt die Zählermiete, die Ablesekosten und die Rechnungsstellung. Dabei gibt es gravierende Preisunterschiede: So kassiert der teuerste Versorger zehnmal mehr für diese Dienstleistung als der günstigste. 84 Unternehmen verlangen weniger als 20 Euro, 19 Netzbetreiber verlangen mehr als 40 Euro.

Stromrechnung kostet elf Euro

Die Rechnungsstellung für Stromlieferung an Privathaushalte kostete im Mai 2011 durchschnittlich elf Euro. Das berichtet der Datendienst EZnet. Einige Unternehmen berechnen nur 1,44 Euro im Jahr (Weilerbach), andere dagegen 26 Euro (Stadtwerke Staßfurt). Die Atomkonzerne verlangen mehr als der Durchschnitt, viele kleine Netzbetreiber dagegen weniger.

DIE ZUKUNFT BEGINNT JETZT

Welche Energiewende?

Wird die Energiewende falsch angegangen, drohen Stromausfälle und extreme Preisanstiege. Eine optimierte Umbaustrategie sichert dagegen große wirtschaftliche Vorteile, Importunabhängigkeit und einen Vorsprung für die Industrie. Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen und Franz Untersteller, grüner Umweltminister in Baden-Württemberg werfen in einem Artikel für die TAZ die vier entscheidenden Fragen auf.

Erstens: Sollen Erneuerbare dezentral oder zentral entstehen? Strom aus Photovoltaik ist mit 20 Cent je Kilowattstunde etwa gleich teuer wie der Strom aus Offshore-Windkraft, rechnet man die Transportkosten ein. An Land ist dagegen Windkraft-Strom nur halb so teuer. Dennoch hat die Regierung die Förderung der Photovoltaik und der Windkraft an Land drastisch gekürzt und die Förderung von Off-Shore-Wind stark erhöht. Off-shore Windparks können nur finanzstarke Konzerne bauen.

Zweitens: Stromspeicherung. Pumpspeicherwerke, Batteriespeicher oder Erdgasspeicher? Überflusstrom kann Wasserstoff erzeugen und dieser kann ins Erdgasnetz eingeleitet und damit gespeichert werden (Seite 26). Batteriespeicher sind teuer und setzen einen Ausbau der Mittelspannungsnetze voraus. Die Speicherfrage muss dringend gelöst werden. Einen Königsweg gibt es nicht.

Drittens: Welche Überbrückungskraftwerke? Starke Kräfte in CDU und SPD wollen neue Kohlekraftwerke. Für die Grünen sind hocheffiziente Gaskraftwerke die einzig akzeptable fossile Brücke. Es ist fraglich, ob solche Kraftwerke, weil sie nur wenig in Betrieb sein werden, überhaupt wirtschaftlich sind.

Viertens: Netzausbau. Die richtigen Netze kann man nur bauen, wenn man die Standorte der künftigen Stromerzeuger und Speicher kennt.

Die Fachwelt beginnt gerade erst, diese Fragen aufzugreifen. <http://tinyurl.com/palmeruntersteller>

PKW

Neue Label ab 2012

Ab kommendem Jahr gilt eine neue Kennzeichnungsverordnung für Pkw. Wie bisher werden dort die absoluten Verbrauchswerte sowie die entsprechenden CO₂-Emissionen für Fahrten in Ortschaften, außerhalb von Ortschaften und als Kombination angegeben. Das Label informiert zudem über die Kfz-Steuer und die durchschnittlichen jährlichen Betriebskosten. Neu ist eine farbige Effizienzkala, wie sie bei Haushalts-Elektrogeräten schon längst üblich ist. Sie unterscheidet zwischen rotem „G“-Pfeil und grünem „A++“ neun Klassen. Allerdings

berücksichtigt das Label nicht nur den Benzinverbrauch, sondern auch das Gewicht des Fahrzeugs. So kann es vorkommen, dass eine Limousine der Luxusklasse mit hohem Benzinverbrauch einen grünen Pfeil bekommen kann, weil der Wagen sehr schwer ist. Diesen Unsinn haben die Umweltverbände und auch der Bund der Energieverbraucher e. V. bereits kritisiert.

Link: <http://tinyurl.com/pkwkennzeichnung>

STROMAUSFALL

Netzbetreiber haftet für Schäden

Plötzlich ist die Kühltruhe aus: Wenn der Strom für längere Zeit ausfällt, zahlt der örtliche Netzbetreiber für dadurch entstandene Schäden. Diese sollte man zeitnah melden. Zunächst genügt eine einfache Mitteilung an den Netzbetreiber, dass durch den Stromausfall ein Schaden entstanden ist. Dabei ist es möglich, die Summe nachträglich zu beziffern. Das gilt allerdings nur

für Schäden von mehr als 30 Euro. Außerdem muss plausibel sein, dass die Schäden durch den Stromausfall direkt entstanden sind. Wer den Namen und die Adresse seines Netzbetreibers nicht kennt, der kann seine Schadensaufstellung auch seinem Versorger übermitteln und ihn bitten, das Schreiben an den zuständigen Netzbetreiber weiterzuleiten.

NORWEGISCHE ÖLFUNDE

Nicht überbewerten

Der norwegische Energiekonzern Statoil hat in der Nordsee vermutlich einen der größten Ölfunde der vergangenen Jahrzehnte gemacht: Er wird auf 500 Millionen bis 1,2 Milliarden Barrel Öl geschätzt. Nach den bisherigen Schätzungen handele es sich wahrscheinlich um eines der zehn größten Vorkommen, die bislang auf dem norwegischen Kontinentalsockel gemacht worden seien.

Der Bund der Energieverbraucher e. V. warnt vor einer Überbewertung

des Neufunds: Jährlich werden weltweit etwa 30 Mrd. Barrel verbraucht. Der Neufund deckt den weltweiten Bedarf also für zehn ganze Tage ab. Die euphorischen Meldungen über angeblich gigantische neue Ölfunde sollen die Öffentlichkeit davon ablenken, dass seit zwanzig Jahren die jährliche Ölförderung die Neufunde um ein Mehrfaches übersteigen.

http://www.energieverbraucher.de/seite_1197.html

ENERGIEBRANCHE

Versorger verlieren Vertrauen

Nur noch jeder zweite Deutsche vertraut den etablierten Energieversorgern und Stromvertriebsgesellschaften. Das ist das Ergebnis des aktuellen Vertrauensindex des Wirtschaftsverbandes Gesellschaft Public Relations Agenturen (GPRA), Frankfurt am Main, fürs zweite Quartal 2011. Danach fiel die Energiebranche mit einem Gesamtwert von 33,4 Indexpunkten auf den letzten Platz zurück, noch hinter den Finanzsektor mit 34,5 und der Chemiebranche mit 35,9. Spitzenreiter bleibt die Automobilindustrie.

Während Industrie und Politik noch über die Energiewende streiten, hat die Bevölkerung in Deutschland den Wandel mental längst vollzogen. Kernenergie und fossile Brennstoffe besitzen keine Akzeptanz mehr.

Für 99 Prozent der Befragten sei Solarenergie die wichtigste Energiequelle der Zukunft vor der Wasserkraft mit 96 Prozent und der Wind-

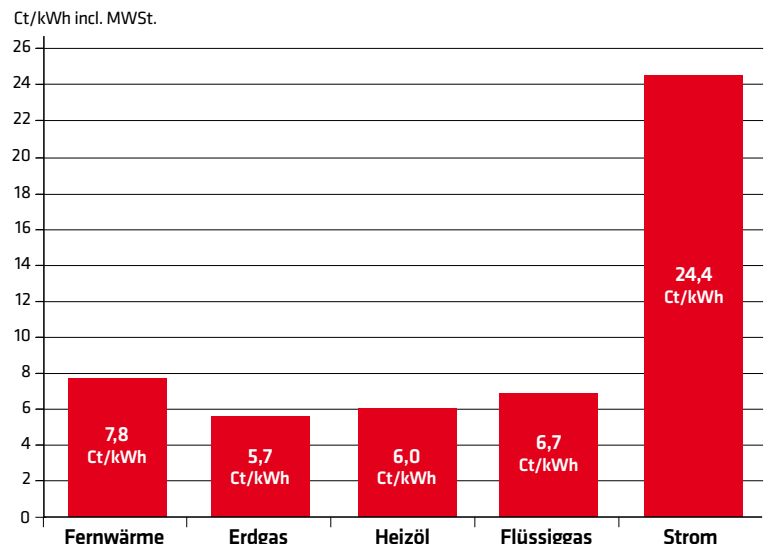
kraft mit 92 Prozent. Mit großem Abstand folgten fossile Energieträger wie Erdgas mit 81 Prozent, Erdöl mit 67 Prozent und Kohle mit 47 Prozent. Das Schlusslicht bilden Uran beziehungsweise Plutonium mit 20 Prozent.

Schlechte Noten für Versorger

Unter den zehn abgefragten Energieversorgern erhielten RWE und Yello Strom mit 49 Prozent noch die höchsten Vertrauenswerte, dicht gefolgt von E.on mit 48 Prozent. EWE, EnBW, E wie einfach, Vattenfall, Eprimo und FlexStrom bildeten mit 42 Prozent bis 24 Prozent das Mittelfeld. Schlusslicht sei mit 17 Prozent TelDaFax, das jüngst Insolvenzantrag gestellt hatte.

Mittlere Energiepreise 2. Halbjahr 2010

Mittlere Energiepreise für Haushalte im Vergleich incl. MWSt.



Quelle: Statistisches Bundesamt

BRENNWERTCHECK

Schwächelnde Heizungsanlagen

Nur ein Drittel der Brennwertheizungen arbeiten gut. So lautet das Fazit der „Aktion Brennwertcheck“ der Energieberatung der Verbraucherzentralen. Bei zwei Dritteln der Geräte besteht zum Teil erheblicher Optimierungsbedarf.

Die Energieberater hatten im Februar und März 2011 bundesweit 1.000 Brennwertgeräte unter die Lupe genommen. Etwa die Hälfte der Heizungsanlagen sind danach überdimensioniert. Die Folgen sind

jedem fünften Heizungssystem stattgefunden. Die Tester empfehlen allen Besitzern von Brennwertanlagen, die Effizienz ihrer Heizungsanlage überprüfen und optimieren zu lassen – idealerweise noch in der Gewährleistungsfrist. In einem typischen Einfamilienhaus könnten mit wenig Aufwand Heizkosten von 150 Euro oder mehr pro Jahr eingespart werden. Nötig seien auch folgende Schritte: Das Thema Energieeinsparung müsse in der Handwerker-



höhere Grundkosten beim Gaslieferanten, höherer Geräteverschleiß und steigende Emissionen.

Häufige Kritikpunkte der Tester: Die Heizkurven waren nicht ordentlich angepasst, Nachtabsenkungen funktionierten nicht, meist waren Leitungen und Armaturen ungenügend gedämmt und einigen Regelungen fehle überdies ein Außentemperaturfühler. Hocheffizienzpumpen seien nur bei jeder sechsten Anlage im Betrieb.

Ein hydraulischer Abgleich, der Rohrnetze, Heizkörper und Pumpen aufeinander abstimmt, habe nur bei

aus- und -fortbildung eine zentrale Stellung einnehmen, Handwerker müssten verpflichtet werden, das Heizungssystem nicht mit Werkseinstellungen zu betreiben, sondern ans jeweilige Gebäude anzupassen.

Der Bund der Energieverbraucher e.V. hat ein Verfahren auf seiner Internetseite veröffentlicht, mit dem sich einfach überprüfen lässt, ob die Brennwertheizung wirklich funktioniert.

www.energieverbraucher.de/seite_289.html
<http://tinyurl.com/brennwert>

MEHRFAMILIENHÄUSER

Dämmen für Dachböden Pflicht

Nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) müssen am 31. Dezember 2011 bei allen Mehrfamilienhäusern bisher ungedämmte oberste Geschossdecken gedämmt sein. Dabei spiele es keine Rolle, ob die Hausbewohner einen Dachboden nutzen oder nicht, erklärt die Energieagentur NRW. Lediglich Besitzer von selbst genutzten Ein- und Zweifamilienhäusern, die das Eigentum vor

dem 1. Februar 2002 angeschafft haben, seien von dieser Vorschrift ausgenommen.

Wer seinen Dachboden zu Wohnzwecken ausbauen wolle, könne anstelle der Geschossdecke das darüber liegende, bisher ungedämmte Dach entsprechend isolieren.

BUNDESNETZAGENTUR

Experten sollen Netze checken

Greenpeace hat bei der Bundesnetzagentur die Herausgabe von Netzdaten nach dem Umweltinformationsgesetz beantragt. Nun sollen unabhängige Experten die Daten überprüfen, die über Leitungskapazitäten sowie Verbrauch und Erzeugung an mehreren Hundert Netzknotenpunkten informieren.

Nach Angaben von Greenpeace haben die Übertragungsnetzbetreiber bislang den Zugang zu diesen Daten verweigert. Selbst Behörden und Parlamente hätten die Infos bisher nicht überprüfen können. Dennoch habe die Bundesnetzagentur vor einem Blackout bei einem zu schnellen Atomausstieg gewarnt und auf Probleme bei der Netz-



stabilität verwiesen. Dabei habe sie leichtfertig und ungeprüft den Aussagen der Netzbetreiber vertraut, so Greenpeace.

HAMBURG

Solarwärme ins Netz

In Hamburg-Bramfeld startet ein europaweit einmaliges Projekt zur zentralen Einspeisung dezentraler Solarthermieranlagen. Hausbesitzer mit Solarthermieanlage können dabei ihre Wärme übers vorhandene Fernwärmenetz in den 4000 m³ großen saisonalen Wärmespeicher der E.ON Hanse Wärme einspei-

chern und sich so den eigenen Speichern sparen. Die Wärmemenge kann bei Bedarf in den Wintermonaten wieder kostenlos entnommen werden. Der Speicher war 1996 als Solar-speicher errichtet worden und ist nach einem Umbau nun multifunktional auch als „Wärmebank“ einsetzbar.

Blamage für Bad Honnef AG

Schon vor einigen Jahren geriet die Bad Honnef AG (BHAG) aufgrund ihrer Gaspreise in die Schlagzeilen. Ein aktuelles Urteil lässt den Versorger abermals in einem schlechten Licht erscheinen: Die Gaspreise waren überhöht!

Auch in Bad Honnef in der Nähe von Bonn leben Gaspreisrebelln. Zwei von ihnen hatte die Bad Honnef AG (BHAG) bereits im Jahr 2007 wegen gekürzter Gasrechnungen vor den Kadi gezerzt. Die Kartellkammer des Landgerichtes Köln sollte im Rahmen einer Forderungsklage des Versorgers feststellen, dass die Preisgestaltung der Bad Honnef AG den Vorgaben des § 315 BGB entspricht. Die Richterin erster Instanz holte daraufhin ein Sachverständigengutachten ein, welches jedoch die Behauptung des Energieversorgers widerlegte. Der Sachverständige konnte gerade nicht attestieren, dass zwischen 2004 und 2007 die Bezugskosten und sonstige Kosten Ursache der veränderten Endkundenpreise waren. Folge war, dass die Zahlungsklagen der Bad Honnef AG abgewiesen wurden, da die Billigkeit der Endkundenpreise nicht nachgewiesen wurde („Die Klägerin vermochte die Billigkeit ihrer seit dem 1. Dezember 2004 vorgenommenen Preisanpassungen weder darzustellen, noch nachzuweisen“ Urteil LG Köln vom 14. August 2009, 90 O 41/07, rechtskräftig).

Zwei Jahre später hatte sich nun ein Kartellsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf erneut mit diesen Klagen zu beschäftigen, weil die BHAG in Berufung gegangen war. Dort kam der Senat zu dem Schluss, dass es sich bei dem vorliegenden Fall um einen Sondervertrag handelte, weil die Bad Honnef AG, wie viele andere Versorger auch, Kunden oberhalb des Geringabnehmersegments als „Sondertarif-Kunden“ bezeichnet. Die Bad Honnef AG zog daraufhin die Notbremse und nahm sämtliche Berufungen zurück.

Unbillige Preise

Pikant ist jedoch nun, dass damit die ursprünglichen Urteile des Landgerichtes Köln rechtskräftig geworden sind – und damit auch die Feststellungen aufgrund des Sachverständigen zur Un-

billigkeit der fraglichen Preise. Für Tarifkunden sind diese Urteile wegweisend: Erstmals wurde rechtskräftig festgestellt, dass die Billigkeitsprüfung das Verhältnis von Bezugs- und sonstigen Kosten des Versorgers anhand einer monatlichen Betrachtung abzubilden hat, und zwar im Hinblick auf die Veränderung der Endkundenpreise.

„besonders gewichtige missbräuchliche Preisüberhöhung“

Deshalb kann sich der Versorger nicht einfach auf die Behauptung zurückziehen, die Endkundenpreise seien über ein oder mehrere Jahre unter seinen eigenen Beschaffungskosten zurückgeblieben.

Wechselvolle Gaspreis-Geschichte

Um die Gaspreiserhöhungen der BHAG hatte es in der Vergangenheit schon viel Wirbel gegeben. Die regelmäßig für die Versorgungswirtschaft tätige Wibera Wirtschaftsprüfung hatte der BHAG im Jahr 2005 bestätigt, dass die Preise 2003 bis 2006 geringer als die Bezugskosten angestiegen sind. Die Verbraucherzentrale NRW hatte darauf basierend alle Protestkunden dazu aufgerufen, ihre Vorbehalte gegen die Zahlungen aufzugeben und die verlangten Preise zu zahlen. Die Gaspreisinitiative Bad Honnef warf zwei Jahre später die Flinte ins Korn und löste sich auf.

Im Jahr 2008 hatte das Bundeskartellamt die Gaspreise der BHAG untersucht. Ergebnis: Keine Beanstandungen für das Jahr 2008, doch für 2007 musste sich die BHAG zu Zugeständnissen zugunsten der Gaskunden verpflichten (Aktenzeichen B 10 – 38/08). Zu diesem Verfahren war der Bund der Energieverbraucher e.V. beigegeben. In seiner Stellungnahme für den Verein führt Prof. Kurt Markert, Freie Universität Berlin, aus: „Aus der Unterlage „Erlösvergleich 2007“ ... ergibt sich eine besonders gewichtige missbräuchliche Preisüberhöhung.“

Die standhaften Protestkunden können sich bestätigt fühlen und haben es nun schwarz auf weiß, dass die Rechnungskürzungen nach Recht und Gesetz erfolgt sind.



Risiko für Protestkunden steigt

Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes der letzten Jahre bestand eigentlich kein Zweifel daran, dass Gas-Sondervertragskunden Preiserhöhungen der Vergangenheit nicht zahlen müssen. Alle bisher durch die Rechtsprechung untersuchten Preisänderungsvereinbarungen waren unwirksam.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher hatten konsequenterweise den nächsten Schritt gewagt und die zu viel gezahlten Preiserhöhungen von ihrem Anbieter zurückverlangt, basierend auf dem Tarif, den sie ursprünglich mit ihrem Versorger vertraglich vereinbart hatten. Gaskunden, die vor 2010 eine Rückforderungsklage wegen ungerechtfertigter Bereicherung des Energieversorgers erhoben hatten, konnten ihren Anspruch fast ausnahmslos erfolgreich und zügig vor Gericht durchsetzen.

Doch inzwischen hat die Versorgungswirtschaft „argumentativ aufgerüstet“: Sie bemüht sich, Gerichten die fragwürdige These nahe zu bringen, dass bei solchen Rückforderungspro-

Zumutbarkeitsgrenze wird Thema

zessen ein Ungleichgewicht bestehe zwischen den alten Sondervertragspreisen, die die Verbraucher zu Grunde legten, und ihren eigenen Beschaffungskosten. Im Klartext heißt das, dass die Versorger vorbringen, sie müssten Verluste verkraften, statt Gewinne einzufahren, wenn sie die angeblich höheren Beschaffungskosten langfristig nicht weitergeben könnten.

Munition für diese Sichtweise lieferte den Versorgern der VIII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes. Dieser hatte tatsächlich geäußert, bei Rückforderungsprozessen sei eine „Zumutbarkeitsgrenze“ für den Versorger zu beachten. Daraus ziehen einige Gerichte fälschlicherweise den Umkehrschluss, dass bei Sonderverträgen über zehn Jahre hinweg oder länger eine Prüfung des Verhältnisses zwischen Preisen des ursprünglichen Sondervertrages und sogenannten „Gestehungskosten“ beim Versorger (gemeint sind damit Bezugskosten und sonstige Kosten) nötig sei. Im Ergebnis bedeutet dies eine genaue

Untersuchung der Kostenstruktur des Gasbezuges. Dabei bleibt unentschieden, ob Sachverständige diese Prüfung vornehmen sollen und ob die gesamte Laufzeit des Sondervertrages gecheckt werden muss oder lediglich der Zeitraum, für den der Verbraucher „rückfordert“ (maximal drei Jahre). Werden derartige Prüfungen nur für die vergangenen Jahre anberaumt, besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Ungleichgewicht zwischen Endkundenpreisen und „Gestehungskosten“ manifestiert: Die Gasbezugskosten sind in den vergangenen Jahren wegen ungünstiger Vorlieferantenverträge zumeist gestiegen.

Betrachtet man hingegen das gesamte Lieferverhältnis, so dürfte das Ergebnis anders ausfallen, da vor geraumer Zeit die „Gestehungskosten“ der Versorger höchstwahrscheinlich deutlich preisgünstiger waren.

Diese fragwürdige neue Tendenz in der Rechtsprechung birgt jedoch für den klagenden Verbraucher das Risiko, dass er sich mit einem Sachverständigengutachten auseinandersetzen muss. Unabhängig von den drohenden Kosten stellt sich dabei das Problem, einen geeigneten Sachverständigen auszuwählen. Fraglich sind dabei zum einen die sachliche Kompetenz, zum anderen aber auch die nachweisliche Unabhängigkeit von der Versorgungswirtschaft.

Fazit: Im Vergleich zu 2010 sind Rückforderungsprozesse von Gas-Sondervertragskunden mittlerweile deutlich risikobelasteter. Noch ist ungewiss, wie die Gutachten der Sachverständigen ausfallen werden. Wer erwägt, seinen Versorger auf Rückzahlung zu verklagen, sollte sich zuvor kompetent beraten lassen.

Leonora Holling



Life in Light

MEGAMAN®

Die sicheren Energiesparlampen



Amalgamtechnik ohne Flüssig-Quecksilber



Sicher • Sparsam
Umweltfreundlich

Geben Sie sich nicht mit weniger zufrieden

MEGAMAN Energiesparlampen sind besonders umweltfreundlich und sicher. Das belegen aktuelle Studien im Auftrag deutscher Behörden.

- Alle Modelle mit speziellem Sicherheitsamalgam statt Flüssigquecksilber
- Silikon-Splitterschutz bei vielen Klassikmodellen

Entscheiden Sie sich für MEGAMAN Energiesparlampen. Achten Sie beim Einkauf auf den grünen Ring!



www.megaman.de

Preiserhöhungen auf der Kippe

Der Bundesgerichtshof bezweifelt die Berechtigung der Energieversorger zur Preiserhöhung und hat diese Frage dem Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt. Möglicherweise gibt es auch für die Grundversorgung kein gesetzlich verbrieftes Preiserhöhungsrecht. Der Bund der Energieverbraucher hat Professor Kurt Markert, den ehemaligen Leiter der Energieabteilung des Bundeskartellamts, zu den Konsequenzen dieses Beschlusses befragt.



Professor Kurt Markert
Ehemaliger Leiter der Energieabteilung des Bundeskartellamts, Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin.

ED: Herr Professor Markert, selbst der Bundesgerichtshof ist sich nicht mehr sicher, ob das Gesetz Energieversorger dazu berechtigt, die Energiepreise für Tarifkunden zu erhöhen. Nun soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Wie bewerten Sie diesen Schritt?

Markert: Für Sondervertragskunden hatte der Bundesgerichtshof bereits am 9. Februar 2011 beim Europäischen Gerichtshof angefragt, ob das Preisanpassungsrecht der Gasversorger mit den Transparenzanforderungen des EU-Rechts vereinbar ist (Beschluss vom 9. Februar 2011, VIII ZR 162/09). Von daher ist die jetzige Vorlage an den Europäischen Gerichtshof nur konsequent. Der Bundesgerichtshof räumt selbst ein, dass die entsprechenden Vorschriften (§ 4 Abs. 1 und 2 der AVBGasV sowie § 5 Abs. 2 der GasGVV) über Anlass, Voraussetzungen und Umfang eines einseitigen Leistungsbestimmungsrechts des Versorgers keinerlei Aufschluss gibt. Deutschlands höchste Richter fordern jedoch, dass Preisanpassungsklauseln transparent sein müssen. Weil die EU-Binnenmarktrichtlinie (Art. 3 und Anhang A Buchstabe c) noch viel schärfere Anforderungen an die Transparenz stellen, bewerte ich die Aussicht gut, dass der Europäische Gerichtshof dem Bundesgerichtshof in dieser Auffassung folgt. Gleiches gilt übrigens auch für Tarife aus der Gasgrundversorgung und für die Stromversorgung.

Was bedeutet dieser Beschluss konkret für Verbraucher in der Grundversorgung, die von einer Preiserhöhung betroffen sind?

Solange der Europäische Gerichtshof die Vereinbarkeit des Preisbestimmungsrechts nicht festgestellt hat, dürfen die Preiserhöhungen, die sich auf dieses Recht stützen, nicht mehr gerichtlich durchgesetzt werden. Das gilt für

Kunden aus der Grundversorgung, Tarifkunden und Sondervertragskunden gleichermaßen. Die Gerichte müssen vielmehr bei Zahlungsklagen der Versorger ihr Verfahren ebenso wie der Bundesgerichtshof bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aussetzen.

Was sollen betroffene Verbraucher konkret tun?

Sie können die Zahlung des Erhöhungsbetrages verweigern, ohne eine Liefersperre zu riskieren. Dabei sollten sie unter Berufung auf die Vorlagen an den Europäischen Gerichtshof der Erhöhung widersprechen und nur unter Vorbehalt zahlen.

Welches Risiko birgt dies und wie sind die Erfolgschancen?

Eine Zahlung unter Vorbehalt beinhaltet gar kein Risiko. Selbst wenn Kunden die erhöhten Tarife mit genannter Begründung nicht zahlen, darf der Versorger in diesem Fall die Lieferung nicht einstellen. Sollte der Europäische Gerichtshof allerdings wider Erwarten bestätigen, dass das Preisbestimmungsrecht der Versorger mit den Transparenzanforderungen des EU-Rechts vereinbar ist, müssen betroffene Kunden nicht nur den Erhöhungsbetrag bezahlen, sondern eventuell auch Gerichts- und Anwaltskosten nachzahlen. Voraussetzung dafür ist, dass die Erhöhung auch billigem Ermessen nach § 315 BGB entspricht.

Beeinflusst die Entscheidung möglicherweise auch vergangene Preiserhöhungen?

Der Bundesgerichtshof hat eindeutig erklärt, dass § 5 GasGVV ein gesetzliches Preiserhöhungsrecht begründet. Alle Grundversorger stützen sich bei ihren Preiserhöhungen auf diese Vorschrift. Falls der Europäische Gerichtshof dies verwirft, gilt das auch für vergangene Preiserhöhungen. Die Kunden könnten dann ihr Geld zurückfordern.

Rückzahlung startet

Die Oldenburger EWE startet nun die Rückzahlung an Erdgaskunden. Betroffene Kunden können ab sofort ein individuelles Angebot für einen Vergleich anfordern.

Das Unternehmen hat angekündigt, Kunden, die diesen Vergleich schriftlich akzeptieren, einen Betrag auszus zahlen, der sich nach dem jeweiligen Gasverbrauch im Zeitraum 1. April 2008 bis 30. Juni 2009 berechnet. Allerdings verzichten die Kunden mit ihrer Unterschrift auf weitere Rückforderungen und erkennen die heute aktuellen Geschäftsbedingungen für die Belieferung mit Erdgas an. Der Rückzahlungsbetrag berechnet sich in den

meisten Fällen auf einer Basis von 4,11 Cent je Kilowattstunde. Ausgezahlt wird die Differenz zwischen diesem Betrag und dem im entsprechenden Zeitraum tatsächlich abgerechneten Betrag je Kilowattstunde.

In mehreren Urteilen hatte das Oberlandesgericht Oldenburg EWE-Kunden einen Ausgangspreis von 4,51 Cent je Kilowattstunde zugesprochen. Mit ihrem Angebot kommt die EWE ihren Kunden sogar stärker als gefordert entgegen. Das Rückzahlungsangebot gilt bis Ende des Jahres 2011 für sogenannte Normsonderkunden, die von EWE mit Erdgas beliefert werden oder wurden.

Wenn der Europäische Gerichtshof das gesetzliche Preisanpassungsrecht der Grundversorger für EU-rechtswidrig hält, gilt das selbstverständlich auch für die Vergangenheit. Bei schon jetzt darauf gestützten Rückforderungsklagen von Verbrauchern wäre allerdings das Verfahren bis zur Entscheidung in Luxemburg auszusetzen. Gleiches gilt für Zahlungsklagen der Versorger.

Fällt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zugunsten der Verbraucher aus, ist allerdings noch die dreijährige Verjährung von Rückforderungsansprüchen zu beachten. Damit entspricht die Situation der, die wir bereits bei für unwirksam erklärten Preisanpassungsklauseln in Sonderkundenverträgen kennen. Wie wir am Beispiel der EWE sehen, können die Versorger das überleben.

Vielen Dank für das Gespräch.

GASPROTEST

EnBW zieht Klage zurück

Der Gaspreisprotest zeigt Erfolg. Seit Sommer letzten Jahres hat sich die EnBW Gas GmbH gerühmt, ihre Gaspreise wären in Ordnung. Nun aber zeigt sich, dass sie selbst nicht so richtig davon überzeugt zu sein scheint: Das Unternehmen hat jetzt seine Klage gegen eine Gaspreisprotestlerin zurückgezogen. Das Amtsgericht Böblingen hatte die EnBW aufgefordert, ihre Preisgestaltung einem unabhängigen Gutachter offenzulegen. In anderen Verfahren hatten sich Gerichte mit Zeugenaussagen von Unternehmensmitarbeitern und der Wirtschaftsprüfer begnügt. EnBW zieht die Klage zurück.

„Das ist ein großer Erfolg für alle Gaspreisprotestler“, freut sich Dr. Eckhard Benner von der

Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. „Wir fordern von der EnBW, dass sie umgehend alle Klagen gegen Gaspreisprotestler zurückzieht.“

Als die EnBW 2006 ihre Tarife massiv erhöhte, entschloss sich die Protestlerin, die Erhöhungen nicht mehr zu zahlen. Sie widersprach den neuen Tarifen und kürzte ihre Rechnungen. 2010 forderte der Energieversorger sie dazu auf, die ausstehenden Beträge zu zahlen. Dabei berief sich EnBW auf Urteile des AG Böblingen und des LG Stuttgart. Die Protestkundin blieb hart und forderte weiterhin einen Beleg für die Angemessenheit der Gaspreise. EnBW verklagte daraufhin die unbequeme Kundin.

GASAG

Sperre verboten

Die Gasag darf Gaskunden, die sich dem Preisprotest angeschlossen haben, nicht die Gasversorgung sperren. Das hat das Amtsgericht Charlottenburg am 20. Mai 2011 entschieden (Az: 235 C 1003/11). Die betroffenen Kunden erhielten seit Juni 2004 Gas nach dem Tarif „Gasag-Profi“.

Seit Dezember 2004 widersprechen sie den Preisänderungen der Gasag und kürzten die Zahlungen. Am 27. April 2011 hatte der Energieversorger gedroht, bei Nicht-Zahlung des ihrer Meinung nach offenen Betrages von etwa 19.000

Euro den Gasanschluss zu sperren. Daraufhin erteilten die Kunden der Gasag Hausverbot. Der Gasversorger reagierte mit einer fristlosen Kündigung und der Ankündigung, den Hausanschluss im öffentlichen Wegebereich von der Versorgung abzutrennen.

Dagegen wehrten sich die Kunden mit einer einstweiligen Verfügung, welche am 17. Mai 2011 mangels Verfügungsgrund abgewiesen wurde. Die erneute inhaltsgleiche Beschwerde am 20. Mai 2011 via Fax war erfolgreich.

Professor Kurt Markert gilt als Experte auf dem Gebiet des Energierechts und hat die rechtlichen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre stets sehr genau verfolgt. Insbesondere die Entscheidungen des BGH hat der ehemalige Leiter der Energieabteilung des Bundeskartellamts ständig kritisch kommentiert. Neben der Frage, ob Preiserhöhungen der Billigkeit entsprechen, ging es dabei auch um die Frage, ob die Versorger überhaupt dazu berechtigt waren, die Preise einseitig zu erhöhen.

Die unheimlichen Preistreiber

Das wird ein teurer Winter: Mindestens 90 Gasversorger hatten schon für August und September Preiserhöhungen von durchschnittlich elf Prozent angekündigt. In einigen Regionen müssen sich Verbraucher sogar auf Kostensteigerungen von 20 bis 30 Prozent einstellen. Pro Haushalt bedeutet das zusätzliche Kosten von 100 bis 400 Euro pro Jahr. Als Grund führen die Versorger gestiegene Einkaufskosten an. Gunnar Harms entlarvt die Preistreiber.

Die Preissteigerungen pünktlich zum Herbst treffen Verbraucher besonders hart, denn mit 80 Prozent liegt der größte Anteil des Gasverbrauchs im Winterhalbjahr. Dabei scheint es eine deutsche Spezialität zu sein, die warme Jahreszeit abzuwarten, um im Winter um so heftiger zuzulangen. In Österreich beispielsweise ist der dortigen Regulierungsbehörde nämlich schon im Sommer die (O-Ton:) „nicht nachvollziehbare“ Preispolitik übel aufgestoßen.

Bezugspreise steigen nur leicht

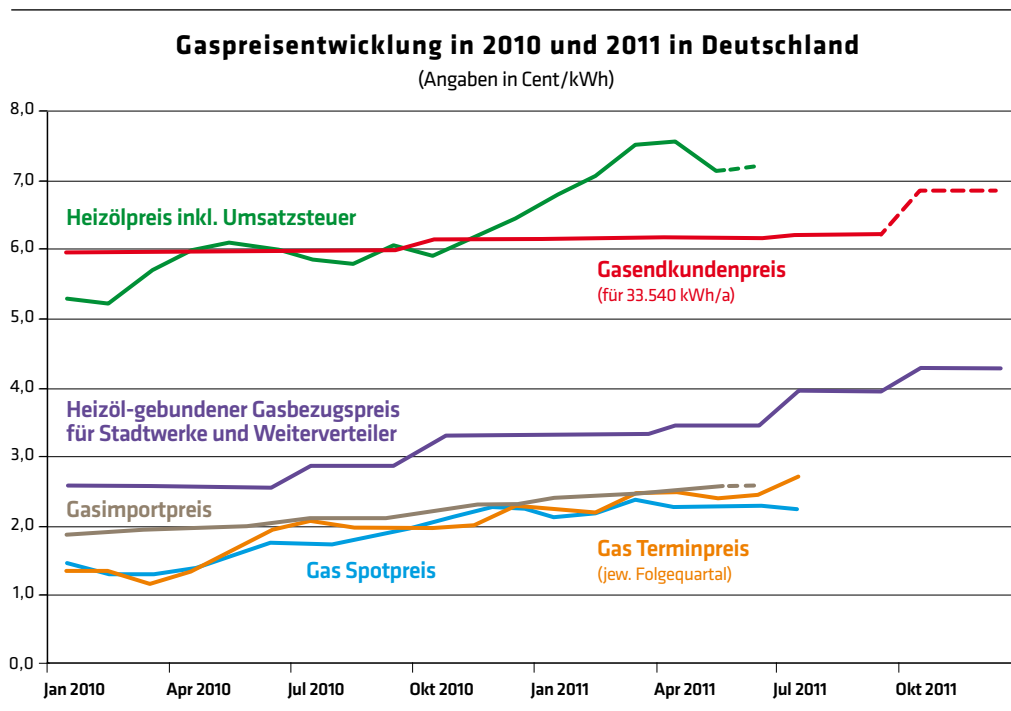
Dabei kennzeichnet derzeit ausgerechnet ein anhaltendes Überangebot den Gas-Großhandelsmarkt. Bei näherer Analyse stellt man schnell fest, dass die Preiserhöhungen nur in einstelliger Größenordnung gerechtfertigt sein dürften. Wo ein Versorger tatsächlich gestiegene Beschaffungskosten im zweistelligen Prozentbereich geltend macht, ist die Einkaufspolitik des jeweiligen Versorgungsunternehmens als höchst fragwürdig anzusehen.

Heizölgebundenes Gas

Die ölbedingten Formelpreise steigen vom dritten auf das vierte Quartal 2011 um etwa 0,3 Cent je Kilowattstunde. Hinzu kommt die Steigerung vom zweiten auf das dritte Quartal in Höhe von 0,5 Cent je Kilowattstunde, die die Unternehmen bislang kaum oder gar nicht an die Verbraucher weitergegeben haben. Insgesamt ergibt sich so ein legitimes Erhöhungspotential von etwa 0,8 Cent pro Kilowattstunde: Die Preise steigen von ca. 3,5 Cent im 2. Quartal ab Oktober auf etwa 4,3 Cent pro Kilowattstunde.

Beschaffung am Terminmarkt

Am Terminmarkt ist Gas immer noch deutlich unter dem Gasimportpreis erhältlich. Gas kommt also in großen Mengen billiger in den



Handel, als es eingekauft wird. Denn die Gasimporteure kommen trotz „Gasschwemme“ und damit einhergehendem Preisverfall aus ihren langfristigen Bezugsverträgen nicht heraus. Diese enthielten Rohöl- und Kohlenotierungen, an denen die jeweiligen Unternehmen übrigens viele Jahre lang prächtig verdient haben. Nun aber werden sie das Gas in den vertraglich vereinbarten Mengen zu diesen Preisen nicht mehr los und schreiben tieferen Zahlen.

Auf dem Terminmarkt bestimmen derzeit die Käufer die Tarife, denen die Ölnotierungen herzlich egal sind. Dort haben sich die Preise nur sehr wenig verändert: Vom zweiten auf das vierte Quartal 2011 stieg der Preis nur um ca. 0,4 Cent je Kilowattstunde, also nur halb so hoch, wie bei der Ölbindung, und liegt nun bei etwa 2,7 Cent je Kilowattstunde.

Beschaffung am Spotmarkt

Für die Gasbeschaffung spielt der Spotmarkt nahezu keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle, etwa, wenn ein Unternehmen kurzfristige Schwankungen ausgleichen muss. Die Preise am Spotmarkt haben sich demnach kaum verändert und liegen seit Ende 2010 bei etwa 2,2 Cent je Kilowattstunde.

Beschaffungsmix

Üblicherweise hat ein endverteilender Versorger einen Mix aus ölgebundenen und terminmarktabhängigen Mengen im Beschaffungssortiment. Je nach Unternehmenspolitik und Risikoneigung überwiegt der eine oder andere Teil.

Naturngemäß haben die vorliefernden Importgesellschaften derzeit ein sehr großes Interesse daran, möglichst viel teures, ölgebundenes Gas



Gunnar Harms
Ingenieur für Energietechnik, Mitglied des Vereinsvorstandes des Bundes der Energieverbraucher, Produktmanager für Energie in einem Industriepark

an die Stadtwerke und Endverteiler zu verkaufen und entsprechende Verträge abzuschließen. Versorger, die sich darauf freiwillig einlassen oder aber angesichts langfristiger Lieferverträge oder der marktbeherrschenden Stellung ihres Lieferanten keine andere Wahl haben, müssen in diesen Tagen die gestiegenen Bezugspreise an ihre Kunden weitergeben. Unternehmen, die sich von solchen Bindungen frei gemacht haben und langfristig kluge Beschaffungsstrategien mit einem hohen Grad an Eigenverantwortung und Unabhängigkeit verwirklicht haben, stehen jetzt gut da und müssen kaum etwas tun.

Das Argument der Heizölbindung

Interessanterweise hört und liest man aber in den Preiserhöhungs-Ankündigungen der Versorgungsunternehmen nichts mehr von der Ölpreisbindung. Dabei wäre gerade die doch ein gutes Argument für die augenblickliche Entwicklung. Der Glauben an dieses wettbewerbsverhindernde Relikt aus vergangenen Zeiten hatte fast schon religiöse Züge: Die Ölpreisbindung infrage zu stellen, grenzte noch vor fünf Jahren an Blasphemie. Doch 2011 ist davon weit und breit nichts mehr zu hören. Für den Verbraucher stellt sich die Frage: Haben die Gasversorger keine ölpreisgebundenen Verträge im Portfolio, oder trauen sie sich mit diesen Argumenten nicht mehr an die Öffentlichkeit? Wenn Ersteres der Fall ist, dürften die Preise eben nur ein wenig – also höchstens um die 0,4 Cent je Kilowattstunde steigen.

Tipps für Verbraucher

Wer gar nichts tut und sich einfach mit der Preiserhöhung abfindet, macht einen Fehler, denn dieses Verhalten spült den Versorgern das meiste Geld in die Kasse: In der Grundversorgung liegen die Margen immer noch am höch-

ten. Erstes Gebot ist der Wechsel zu einem anderen Anbieter oder zu einem günstigeren Angebot beim bisherigen Lieferanten. Bei Preiserhöhungen hat der Verbraucher immer ein Sonderkündigungsrecht. Er muss davon allerdings zügig, mindestens innerhalb von vier Wochen, Gebrauch machen. Auf jeden Fall sollte der neue Preis nur unter Vorbehalt bezahlt werden.

Vom Regen in die Traufe

Neben fragwürdigen Vorkasse-, Paket- und Bonusmodellen, von denen man tunlichst die Finger lassen sollte, gibt es leider auch immer mehr Unternehmen, die wechselwillige Kunden aufnehmen. Doch kaum ist der Vertrag unterschrieben, erhöhen die vermeintlichen Billigheimer gleichfalls ihre Tarife. Diese Masche kommt leider immer öfter vor und frustriert wechselbereite Kunden enorm.

Wer wechseln möchte, kann sich mit dem ausgewählten Unternehmen in Verbindung setzen und erfragen, ob Preiserhöhungen geplant sind. Das ist allerdings wenig erfolgversprechend, zumal eine solch unverbindliche Auskunft keine Rechtssicherheit schafft. Sicherer ist ein Festpreistarif mit einer einjährigen Preisgarantie. Als Devise gilt: Je einfacher der Vertrag (ohne Bonus-Schnickschnack), desto sicherer schafft man Klarheit über den eigentlichen Preis.

2011 argumentiert niemand mehr mit dem Ölpreis

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass nun zunächst die Preise der Grundversorger erhöht werden und die Sonderversorgungskunden später nachziehen. Preiserhöhungen in der Grundversorgung müssen mindestens sechs Wochen vorher angekündigt werden. Die letzte „Welle“ von Preiserhöhungen in der Grundversorgung für das laufende Jahr wird meist zum 1. Dezember wirksam, muss also bis zum 15. Oktober angekündigt sein. Im Anschluss daran werden in aller Regel auch die Sonderversorgungskunden zur Kasse gebeten. Deshalb sollte jeder Kunde bei einer angekündigten Preiserhöhung rasch einen Festpreisvertrag abschließen.

Richtig rechnen!

Übrigens sollte man bei der Berechnung von Kosten und Ersparnissen auch die Zahlenakrobatik der Versorger bei ihren Ankündigungen im Auge behalten – und richtig rechnen:

Die oft angegebenen monatlichen Durchschnittskosten (entspricht damit bei einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh einer Belastung von xxx Euro monatlich) sind häufig eine dreiste Irreführung. Von den oft als repräsentativem Jahresverbrauchswert angegebenen 20.000 kWh verteilen sich nämlich allein schon etwa 16.000 kWh auf nur sechs Wintermonate. Das bedeutet, dass die monatliche Belastung in Wirklichkeit sehr viel höher ist, weil nämlich im Winter nicht $20.000 / 12 = 1.667$ kWh im Monat verbraucht werden, sondern etwa 2.667 kWh. Im Frühsommer, wenn – und falls – die Preise wieder sinken, ist dann die Entlastung umso geringer, weil sich auf die Sommermonate nur etwa 4.000 kWh verteilen, also weniger als 700 kWh/Monat – an denen die Verbraucher allerdings deutlich weniger sparen, als die Beispielrechnung aufführt. Eine Preissenkung bringt nur dann etwas, wenn sie auf den Herbst oder Winter fällt – was sehr selten vorkommt.

ALFA MIX

Waschen mit Sonnenwärme



ALFA MIX – Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

ALFA MIX speist die Waschmaschine mit warmem Wasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Wärmequellen. Ein 4-Personen-Haushalt kann damit mehr als 300kWh Strom im Jahr einsparen. Mit ALFA MIX wird Solarwärme wirtschaftlicher nutzbar. Für Waschmaschinen mit Startzeitvorwahl auch in der Version **Autostart**.

Umweltschonende Technik
OLFS & RINGEN

Richtweg 4 • 27412 Kirchtimke
Tel. 04289-926692 • Fax. 04289- 926693
info@olfs-ringen.de • www.olfs-ringen.de

Eine Frage des Kleingedruckten

„Die Stadtwerke heben ihre Gaspreise zum 1. Dezember 2011 an“ – wer so eine Nachricht bekommt, sollte hellhörig werden und seinen Vertrag noch einmal genau prüfen. Jürgen Schröder erklärt, worauf betroffene Kunden achten müssen.



Assessor Jürgen Schröder
Experte für Fragen
des Verbraucher- und
Energierechts

Vor allem bei sogenannten Sonderkunden ist das Preisänderungsrecht der Energieversorger fraglich. Häufig machen die Gaslieferanten sogar schlichte Formfehler.

Energieversorger dürfen, wenn es nötig ist, die Gaspreise anheben – das gilt auch für Sondervertragskunden. Das hatte der Bundesgerichtshof (BGH) bereits im Juli 2009 festgestellt (Urteile vom 15. Juli 2009, VIII ZR 225/07 und VIII ZR 56/08). Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Unternehmen das bestehende Preisänderungsrecht aus der Grundversorgung (§ 5 Abs. 2 GasGVV) unverändert in den Normsonderkundenvertrag übernehmen.

Bahn frei für Preiserhöhungen

Damit hatte sich der BGH von seiner früheren Rechtsprechung verabschiedet und den Anbietern einen einfachen Weg aufgezeigt, wie sie ihre Preise wirksam und legal steigern dürfen. In den Jahren zuvor hatten die Richter noch strenge Wirksamkeitsvoraussetzungen für Preisanklassungsklauseln herausgearbeitet.

Nachdem der BGH seine Rechtsprechung bekräftigt hat (Urteile vom 14. Juli 2010, III ZR 246/08 und VIII ZR 327/07), ging die Energiebranche dazu über, diese Rechtsprechung umzusetzen, und änderte ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Dabei begnügten sich einige Anbieter jedoch nicht mit der wörtlichen Übernahme des § 5 Abs. 2 GasGVV. Stattdessen verkürzten sie diese ohnehin recht substanzlose und – wie der BGH selbst einräumte – völlig intransparente Vorschrift noch weiter zu ihren Gunsten. So ist es beispielsweise in der Grundversorgung gesetzlich vorgeschrieben, die Preisänderungen öffentlich bekannt zu geben. Dies hielt jedoch so manches Unternehmen für obsolet: Der Aufwand sei unzumutbar und zu teuer – die Kosten dafür würden sich letztlich wieder auf die Preise niederschlagen.

E-Mail vom Versorger

Insbesondere bei Internet-Angeboten halten die Anbieter selbst es für ausreichend, ihre Kunden per E-Mail über eine anstehende Erhöhung zu informieren. Einige bestimmten auch, dass die „Änderungen der Preise“ erst nach individueller Bekanntgabe wirksam werden sollen. Dabei ließen sie jedoch offen, auf welchem Wege der Kunde informiert wird. Dabei verpflichtet das Gesetz den Versorger dazu, zeitgleich mit der öffentlichen Bekanntgabe eine briefliche Mitteilung an den Kunden zu versenden und die Änderungen auf seiner Internetseite zu veröffentlichen.

Die Verbraucherzentrale NRW untersuchte die Umsetzung der Rechtsprechung stichprobenartig und mahnte daraufhin einige Unternehmen ab. Diese verteidigten ihre Klauseln jedoch hart-.....

Keine Preiserhöhung per E-Mail

näckig. Schließlich erhoben die Verbraucherschützer Klage mit dem Ziel, die Rechtsfragen grundlegend klären zu lassen. Das Landgericht Dortmund sah sowohl im Verfahren gegen die Energiehoch3 GmbH (Urteil vom 14. Januar 2011, AZ: 25 O 247/11) als auch im Verfahren gegen die Gelsenwasser AG (Urteil vom 27. April 2011, AZ: 8 O 473/10) die teils identischen Klauseln beider Unternehmen als unwirksam an.

Eine Information über Preisänderungen per E-Mail stehe der gesetzlich vorgeschriebenen brieflichen Information nicht gleich: Es sei leichter, eine E-Mail zu übersehen, als einen Brief. Zudem hätten beide Anbieter auf die gesetzlich vorgeschriebene sechswöchige Ankündigungsfrist verzichtet. Das habe es theoretisch ermöglicht, die Preise so kurzfristig anzuheben, dass die Kunden keine Möglichkeit mehr hätten, zu reagieren.

EU-Gerichtshof entscheidet

Beide Unternehmen haben Berufung zum OLG Hamm eingelegt. Sie haben dort eine Aussetzung der Verfahren beantragt, bis der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Grundsatzverfahren der Verbraucherzentrale NRW gegen RWE entschieden hat. Dort lassen die Verbraucherschützer derzeit klären, ob Energieversorger die vage Regelung des § 5 Abs. 2 GasGVV überhaupt in ihre Verträge mit Sonderkunden übernehmen dürfen. Lehnt der EuGH dies ab, wackelt nicht nur die Rechtsprechung des BGH, sondern auch § 5 Abs. 2 GasGVV. Das hätte zur Folge, dass praktisch sämtliche Preisänderungen gegenüber Sonderkunden in der Vergangenheit ohne wirksame Rechtsgrundlage vorgenommen wurden. Verbraucher hätten zumindest dann gute Karten, Geld zurückzuverlangen, wenn sie einer Preiserhöhung zeitnah widersprochen haben.

Es empfiehlt sich daher, gegen jede angekündigte Preiserhöhung, spätestens aber gegen eine Jahresrechnung, möglichst schnell Widerspruch einzulegen, um die Rechte zu wahren. Unter www.vz-nrw.de/musterbrief-gas gibt es bei der Verbraucherzentrale NRW Musterbriefe für den Widerspruch.

Und noch ein Tipp

Statt sich beständig mit ihrem Versorger über Preiserhöhungen zu streiten, sollten Verbraucher einfach den Anbieter wechseln. Das lohnt sich gerade vor Beginn der nächsten Heizperiode:
<http://www.vz-nrw.de/link912581A.html>

Atomkonzerne erhalten die „Verschlossene Auster“

Sie haben beschönigt, beeinflusst und verheimlicht. Sie haben einen massiven Lobbydruck ausgeübt, auch dann noch, als viele Bürger öffentlich protestierten: Die „Verschlossene Auster“, der Negativ-Preis der Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche e. V.“, geht 2011 an die vier großen Atomkonzerne RWE, EnBW, Vattenfall und E.on.

„Der Lobbyeinfluss der Atomkraftbefürworter war beispielhaft. Die Atomkonzerne haben jahrzehntelang die Wahrheit in ihrem Sinne verdreht, Politik massiv unter Druck gesetzt und die Gefahr von Atomkraft gegenüber der Öffentlichkeit unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes heruntergespielt“, begründete die Jury ihre Entscheidung. Ausschlaggebend war vor allem der Stellenwert der gesellschaftlichen Debatte zum Thema Atomkraft.

Einseitige Informationen

In den vergangenen Jahren ging die „Verschlossene Auster“ unter anderem an den damaligen Bahnchef Hartmut Mehdorn, das Internationale Olympische Komitee, den Bundesverband der Banken und an die Katholische Kirche. Mit der „Verschlossenen Auster“ „würdigte“ Netzwerk Recherche e. V. das Kommunikationsverhalten der Energiekonzerne. „Der Preis wurde bisher immer verliehen dafür, dass der Öffentlichkeit nichts oder wenig gesagt wurde. Das kann man von der Atomindustrie wirklich nicht sagen. Die Atomindustrie kommuniziert wie der Teufel“, betonte Laudator Heribert Prantl. „Die Atomin-



Tina Groll vom Netzwerk Recherche überreicht am 2. Juli 2011 in Hamburg die „Verschlossene Auster“ an die vier Atomkonzerne.

dustrie schreibt mehr Pressemitteilungen als ein Birkenbaum Blätter hat. Ihre Manager und Lobbyisten drängen in jede Talkshow. Und wenn die Atomindustrie der Meinung ist, dass das nicht reicht, dann veröffentlicht sie ganzseitige Anzeigen mit potenten Unterschriften, in denen sie die Kanzlerin zum Diktat bittet und der Politik erklärt, was sie zu tun hat“, so Prantl, langjähriges Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen Zeitung“.

Weil selbst die Katastrophe von Fukushima nichts an der Lobby- und Kommunikationsstrategie der Energiewirtschaft verändert hat und die Unternehmen sogar verfassungsrechtliche Klagen gegen den Atomausstieg planten, hätten die vier Konzerne den Preis verdient. „Verantwortung und Respekt vor dem Bürgerwillen sehen anders aus“, so die Jury.



Wechseln Sie zu sauberem Anti-Atomstrom:

Strom aus Erneuerbaren Energien und klimaschonender Kraft-Wärme-Kopplung – der schnellste Weg in eine atomstromfreie und klimaschützende Zukunft. Die EWS sind **aus einer Bürgerinitiative entstanden**, versorgen **115.000 Kunden** und haben bereits rund **1.800 Kraftwerke in Bürgerhand** gefördert. Dieses Engagement wurde mit vielen Preisen wie dem **Europäischen Solarpreis**, dem **Nuclear-Free-Future Award** und dem **Deutschen Gründerpreis** ausgezeichnet.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH
www.ews-schoenau.de



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Atomausstieg? Das machen wir!

Dr. Michael Sladek hat nach Tschernobyl mit anderen Schönauer Bürgern das örtliche Stromnetz freigekauft und liefert heute bundesweit Ökostrom.



Jetzt
wechseln

„Gegen meine Kohle hast du keine Chance“

Die Atomindustrie bittet die Kanzlerin zum Diktat, ihre Manager und Lobbyisten drängen in jede Talkshow. Was das Verhalten der Atomkonzerne mit „Kir Royal“ zu tun hat, verriet der bekannte Journalist Heribert Prantl in seiner Laudatio, aus der wir Auszüge präsentieren.

Die Zeit der Atomenergie ist abgelaufen. Die Atomverstromung hat ihre gesellschaftliche Akzeptanz verloren. () Nur unsere Preisträger, die Atomenergiekonzerne Eon, EnBW, RWE und Vattenfall, wehren sich dagegen; sie wehren sich in unterschiedlicher Intensität gegen diese Erkenntnis. Sie wehren sich, weil sie den Strom in ihren riesigen Atomkraftwerken so billig erzeugen können. Sie wehren sich, weil ihnen die Laufzeitverlängerung vom Herbst vergangenen Jahres jeden Tag Millionengewinne gesichert hatte. Die Atomkonzerne wehren sich, weil sie den Wettbewerb unter sich aufgeteilt, also verhindert und die armen Verwandten, die Stadtwerke, lust- und machtvoll an die Wand gedrückt hatten. () Weil man sich auf die neue Zeit nicht eingestellt hat, beschwört man die alten.

Staatsstreich der Kanzlerin

Höhepunkt der Beschwörung war der sogenannte Atomkonsens II, der nukleare Lobbyismussexzess vom Sommer 2010. Damals haben die Atomenergiekonzerne überreizt: sie setzten die Laufzeitverlängerung für ihre Atomkraftwerke in so großer Heimlichkeit und in einer solchen Unverfrorenheit durch, dass man diesem nuklearen Unternehmen, dem Ausstieg aus dem rot-grünen Ausstieg von 2000/2001, die Züge eines Staatsstreichleins attestieren könnte, wenn nicht die Kanzlerin selbst dabei mitgemacht hätte.

Abschied von der Gesellschaft

Auf der RWE-Hauptversammlung am 20. April 2011 haben die Vertreter großer Kapitalsammelstellen und Pensionsfonds darauf aufmerksam gemacht, dass RWE auf Dauer nur dann wirtschaftlich erfolgreich sein könne, wenn das Unternehmen als Teil der Gesellschaft akzeptiert werde: Die RWE-Eigentümer, so hieß es da, „sollten nicht nur die Kosten bedenken, die der Zick-Zack-Atomkurs der Bundesregierung erzeugt. Sie müssen auch die Schäden berücksichtigen, die entstehen, wenn sich RWE ins gesellschaftliche Abseits stellt.“

Wofür werden die Atomkonzerne also ausgezeichnet?

Sie werden ausgezeichnet für gefährlich einseitige, marktmächtige Informationen, sie werden ausgezeichnet für die Verharmlosung von Gefahren, für exzessiven Lobbyismus. Eine nicht unwichtige Rolle dabei spielt das Deutsche Atomforum, das 1959

gegründet wurde. Zu seinem 50-jährigen Jubiläum hat der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel das Atomforum als „Propagandazentrale der Atomkonzerne“ bezeichnet; sie stehe „wie kaum eine andere Institution für das bewusste Verschweigen, Verdrängen und Verharmlosen der Gefahren, die mit der kommerziellen Nutzung der Atomenergie verbunden sind“. Manchmal hat Gabriel recht. Seit Fukushima freilich agiert das Atomforum in einem völlig veränderten Politikumfeld. Auf dem Forum sind die Energiewirtschaftler mit sich alleine.

Verbindungsleute im Parlament postiert

Wofür werden die vier Atomkonzerne ausgezeichnet? Sie werden ausgezeichnet dafür, dass sie an den politischen Schaltstellen ihre Leute postiert haben – Leute wie den CDU-Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer. Als Pfeiffer 2002 erstmals in den Bundestag einzog, wurde er gleich Koordinator für Energiefragen und stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Früher hatte er bei der Energie-Versorgung Schwaben AG unter anderem im Bereich Controlling gearbeitet. Seit 2009 ist er wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und einer der wichtigsten und verlässlichsten Verbündeten der Energiekonzerne im Parlament.

Verschweigen, verdrängen, verharmlosen

Die Atomkonzerne werden mit der „verschlossenen Auster“ ausgezeichnet für das Verschweigen und Herunterspielen von Unfällen, die sie „Störfälle“ nennen, welche sie oft erst auf Druck offenbaren und dann kleinreden und kleinschreiben. Sie werden ausgezeichnet für ihre schleichend-beschönigende Beeinflussung der politischen Sprache.

Sie werden ausgezeichnet für das verbraucherfeindliche Refinement, mit dem sie die Strompreise auf hohem Niveau halten, für die Art und Weise, mit der sie an der Strombörse EEX ihre Machinationen trieben und mit der sie die Regulierung für diesen Handelsplatz hintertrieben haben. Sie werden ausgezeichnet dafür, dass sie den Verbraucher die Zeche haben bezahlen lassen: „Oligopole wie die großen vier Kernkraftwerksbetreiber können die Preise bestimmen und durchsetzen. Die Milliarden-Gewinne der Konzerne kommen aus dem Portmonee der Bürgerinnen und Bürger.“ So steht es in der Antwort von 42 Stadtwerken und vier



Professor Heribert Prantl bei seiner Laudatio

Landesministern auf den energiepolitischen Appell der 40 Manager, der zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke führte.

AKW-Idylle mit Schrebergärten

Die vier Kernkraftwerksbetreiber werden auch ausgezeichnet für die Chuzpe, mit der sie in Anzeigen und kostenlosen Büchlein der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen versuchten, Anzeigen und Büchlein, in denen die AKW's als Idylle mit Schafen, Schrebergärten und Rübenbauern abgebildet wurden und in denen die „Kernkraft als Klimaschutz“ propagiert wurde. Tatsache ist, dass länger laufende Kernkraftwerke weitere Investitionen in moderne Energieerzeugungsanlagen verhindern. Wenn der Einsatz und die Entwicklung moderner Effizienz-Technologien wie der Kraft-Wärme-Kopplung zum Erliegen kommen, schadet das dem Klimaschutz.

Beim Nachdenken über die Informationspolitik und das Kommunikationsverhalten der Atomkonzerne ist mir, weiß Gott warum, auf einmal eine berühmte Szene aus dem Film „Kir Royal“ eingefallen, in der Mario Adorf den Klebstoffgeneraldirektor Heinrich Haffenloher und Franz-Xaver Kroetz den Reporter Baby Schimmerlos spielen. Als der Reporter nicht nach der Melodie tanzen will, die der Unternehmer pfeift, beginnt der ihm auf eine ganz eigene Weise zu drohen. Ich hab mir die Szene auf YouTube noch einmal angeschaut: „Ich kauf dich einfach. Ich schieb es dir hinten und vorne rein. Ich scheiß dich so was von zu mit meinem Geld, dass du keine ruhige Minute mehr hast. Und irgendwann kommt dann der Moment, an dem du so müde bist und so fertig. Gegen meine Kohle hast du keine Chance.“ So war das im Film. Und manchmal ist die Wirklichkeit nicht so weit davon weg.

<http://tinyurl.com/haffenloher>

Kritische Öffentlichkeit

Aber es hat nicht geklappt, nicht im Film und nicht in der Atompolitik. Das liegt nicht nur daran, dass der Tsunami das Geld weggespült hat. Es hat nicht geklappt, weil es eine kritische Öffentlichkeit gibt, die nach dem Laufzeitverlängerungs-Exzess noch wacher geworden ist, als sie es vorher war.

Vielleicht ist es nach 30 Jahren einmal Zeit, danke zu sagen: Da haben die Menschen – zum Beispiel im Wendland – genau das

getan, was Politiker sonst gern von ihnen fordern. Sie haben sich hineingearbeitet in eine hochkomplizierte Materie, sie haben sich organisiert, sie haben zusammengehalten, ihre Freizeit geopfert; sie haben sich einer wichtigen Sache verschrieben. Kinder sind aufgewachsen mit dem Protest gegen Gorleben, der Widerstand ist gewachsen, er ist zur Volksbewegung geworden, getragen von Hausfrauen, Pfarrern, Lehrern und Bauern. Doch dieses Engagement ist nie gewürdigt worden, im Gegenteil. Die Regierungspolitik hat den bürgerlichen Protest gegen die Kernenergie oft genug in einen Topf mit kriminellen Anschlägen geworfen. Die Proteste gegen den Castor zum Beispiel haben es der Politik und der Energiewirtschaft nicht erlaubt, das ungelöste Problem der Entsorgung des Atommülls zu verdrängen oder vom Tisch zu wischen. Der deutsche Atomausstieg ist der Triumph einer Bürgerbewegung, der in einer Staatsbewegung mündete.

Der Ausstieg aus der Kernenergie kann in Deutschland nur deswegen gelingen, weil ihn zivilcouragierte Bürger 30 Jahre lang vorbereitet haben. Da darf die Politik auch einmal Danke sagen. Und in meine Laudatio gehört so eine Bemerkung deswegen, weil die vielen Sisyphosse, die das Bewusstsein für die Gefahren der Kernenergie wach gehalten haben, die Gegenmacht waren gegen die Kommunikations- und Geld- und Lobbyistenmacht der Atomenergiekonzerne. Der deutsche Atomausstieg ist „der Triumph einer Bürgerbewegung, der in einer Staats-Bewegung mündete“ (Michael Baumüller in der „Süddeutschen Zeitung“).

Video der Laudatio: <http://tinyurl.com/laudatioprantltv>

Text: <http://tinyurl.com/laudatioprantl>

Professor Dr. Heribert Prantl

Jurastudium in Regensburg, Anwalt, Richter und Staatsanwalt in Bayern, seit 1998 Redakteur und Verfasser zahlreicher Leitartikel bei der Süddeutschen Zeitung, leitet dort seit 1995 das Ressort Innenpolitik. Darüber hinaus arbeitet er als Dozent an der Journalistenschule Hamburg, seit 2002 Lehrbeauftragter und Honorarprofessor der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld. Zahlreiche Auszeichnungen, darunter Justizmedaille des Freistaats Bayern (2009), Cicero-Rednerpreis (2010).

Auf diesen Seiten haben Sie als Leser das Wort: Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen, auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns Kürzungen vor. Also schreiben Sie uns doch!

ZU ED 2/2011

Atomausstieg

Der Brief von Herrn Alt spricht mir aus der Seele. Den Strom in erster Linie dort zu produzieren, wo er gebraucht wird, ist richtig und preiswert. Den Strom dann noch von vielen und auf verschiedene Weise herzustellen, erhöht den Wettbewerb und verringert die Abhängigkeit. Die Stromspeicherung auf viele Beine zu stellen ist ebenfalls richtig.

Es sollte auch in einiger Zeit fast jeder seinen Strom produzieren und den Rest ins Netz einspeisen können oder aus dem Netz ziehen können. Damit wird man dann ganz oder teilweise unabhängig. Ähnlich wie heutzutage viele ihre eigene Wärme erzeugen. Denn die hohe Vergütung der alternativen Stromproduktion kann nur vorübergehend sein.

Den Strom weit draußen mit hohem Aufwand und Kosten auf dem Meer zu produzieren und dann mit hohem Aufwand an Land und dann zu den Industriestandorten zu transportieren, bringt nur etwas für die vier Energiemonopolisten, die dann weiter den Preis bestimmen können.

Sebastian Schmidt, Röbel

Der Werbespruch „Die Sonne schickt keine Rechnung“ ist gewiss der Anwärter eines Volksverdummungswettbewerbs. Da in der Energiedepesche generell nur vom „Pro-Ausstieg“ die Rede ist, bin ich gespannt, ob Sie in der Lage sind, auch die Gegenreden gegen die Ausstiegshysterie in Deutschland zu analysieren. Ich finde es äußerst bedenklich, wenn in dieser lebenswichtigen Energiefrage in der Ethikkommission Soziologen, Politologen, Theologen etc. Empfehlungen geben. Große Skepsis ist angebracht!

Alois Groß, Birken-Honigsessen

ZU ED 2/2011

Frische Luft

Ich stimme Herrn Michael in fast allen Punkten zu, außer in dem Punkt, dass Kipp- und Stoßlüften von Räumen wenig bringen.

Meiner Meinung nach sind Kipp- und Stoßlüften zur Lüftung von Wohnräumen völlig ausreichend, wenn sie zum richtigen Zeitpunkt und lange genug durchgeführt werden. Doch gerade darin liegt das eigentliche Pro-

blem des richtigen Lüftens, denn Menschen haben keine zuverlässige Sensorik, wie auch Herr Michael geschrieben hat, die ihnen genau signalisiert, dass zu viel CO₂ und Feuchtigkeit in einem Raum ist und diese „verbrauchte“ Luft durch Lüften gegen frische Luft eingetauscht werden sollte.

Um diesem Problem entgegen zu wirken, haben wir den KLIMAGRIFF entwickelt, ein Navigationsgerät, welches mittels einer sensiblen und exakten Messtechnik permanent die Temperatur und Luftfeuchtigkeit eines Raumes misst und dann per Lichtsignal oder optional auch akustisch anzeigt, wann und wie lange dieser Raum gelüftet werden sollte, um die mit CO₂ und Feuchtigkeit gefüllte Luft gegen frische Luft einzutauschen. So wird gewährleistet, dass es bei richtigen Lüftungsverhalten einen stetigen Austausch von „verbrauchter“ und „frischer“ Luft gibt. Bei einer optimalen Lüftung lässt sich nicht nur ein behagliches Raumklima zum Leben kreieren, sondern auch Schimmelbildung vermeiden. Der KLIMAGRIFF wird sehr einfach und schnell an den Fenstergriff montiert und dann werden ihm die Abmessungen des Raumes zugeführt, damit er problemlos funktionieren kann. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sein Lüftungsverhalten durch Lüftungsprotokolle zu überprüfen und nachzuweisen.

Adamovic, Klimagriff GmbH, Solingen

ZU ED 2/2011

Lob

Die Energiedepesche gehört seit Jahren zu der Literatur, die ich von vorn bis hinten durchlese. Weiter so!! Bei Ihren Beiträgen, die auch die Hintergründe beleuchten, bleibt der „Aha-Effekt“ oft nicht aus. Ihre Veröffentlichungen sind natürlich den unterschiedlich ausgeprägten Besitzverhältnissen in Ost und West geschuldet. Aber auch im Bereich der gemieteten Wohnung gibt es viele Möglichkeiten, einige Watt einzusparen. Es sind oft Kleinigkeiten, bei denen man sich als energiebewusster Mensch fragt, wo war bei der Erzeugnisentwicklung die Kontrolle auf Energieeffizienz?

Dietrich Hoffmann, Dresden



ZU ED 2/2011

Laute Lüftung

Entgegen der Meinung des Autors „Frische Luft ...“ in seinem Schlussabschnitt habe ich folgende Erst-Erfahrung mit einer zentralen Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung gemacht.

Wir haben eine Eigentumswohnung (130 Quadratmeter) mit einer derartigen Anlage in 2010 mit hohen Kosten nachgerüstet.

1. Die Mieter reklamierten bereits nach einer Woche das angeblich zu laute Lüftergeräusch, obwohl der Wärmetauscher im Untergeschoss steht und selbst daneben stehend so gut wie nicht hörbar ist.
2. Nach einer weiteren Woche wurde reklamiert, dass die Luft in der Wohnung zu trocken sei und deshalb ständiges Nasenbluten aufträte. (Bei Wohnungsbesichtigung wurden 27 Grad Celsius bei 35 Prozent relativer Feuchte gemessen).
3. Aufforderung durch Mieter, die Anlage abzustellen, und auch Beschwerde über den Makler, der die Wohnung vermittelte.
4. Wohnungskündigung nach drei Monaten.

Ludwig Schorer, Vöhringen

ZU ED 1/2011

Strom-Anbieterwechsel

Wechselbonus wird nicht gezahlt!

Im August 2009 ließ ich mich am Telefon dazu überreden, von meinem bisherigen Strom- und Gasanbieter zu Eprimo zu wechseln. Dabei wurde mir ein Wechselbonus bei Strom von 50 Euro und bei Gas von 75 Euro zugesagt. Der Bonus würde dann nach zwölf Monaten ausgezahlt/verrechnet. Das Gespräch wurde aufgezeichnet. Da nun die erste Abrechnung im April 2010 durchgeführt wurde, erwartete ich die Gutschrift mit der Abrechnung April 2011. Sie ahnen was kommt, eine Bonuszahlung erfolgt nicht, da die Zusage durch einen Vertragspartner von Eprimo erfolgte, und Eprimo hiervon nichts wusste. Diesen Vertragspartner kann oder will Eprimo mir, trotz mehrmaliger Nachfrage, nicht nennen.

Abschließend interessiert es mich doch sehr, ob es anderen Kunden ebenso ergangen ist.

Niko Iwersen, Dollerup

ZU ED 2/2011

Strom ernten leicht gemacht

In dem obengenannten Artikel sind leider einige Informationen, die man meines Erachtens so nicht stehen lassen kann.

So steht unter Punkt Finanzierung: „Wer für die gesamte Investition einen Kredit aufnehmen muss, wird kaum Gewinne erzielen.“

Das ist nicht richtig. Bei den heutigen Investitionskosten und dem aktuellen Zinsniveau kann eine Vollfinanzierung durch Einsatz der Einspeisevergütung in ca. zwölf bis 13 Jahren vollständig getilgt werden. Und dass die KfW-Darlehen aus dem Programm „Erneuerbare Energien“ besonders günstig sind, stimmt so nicht immer. Andere KfW-Programme durchaus, aber nicht in diesem Bereich.

Und im Übrigen sind es nicht nur Spezialbanken, die ohne Grundbucheintragen PV-Anlagen finanzieren. Auch viele örtliche Sparkassen bieten günstige Konditionen ohne Absicherungen an.

Zum Thema Versicherung: Eine Haftpflichtversicherung bei einem Privatinvestor ist nur notwendig, wenn dieses Risiko bei der ohnehin bestehenden Privathaftpflicht nicht mit abgedeckt ist. Dies kann man beim Versicherer erfragen. Und dann ist natürlich eine Elektronikversicherung wichtig, die alle möglichen Schäden durch Wettereinflüsse (Blitz, Hagel, Sturm etc.) als auch Tierverschaden abdeckt und auch eine entsprechende Ertragsausfallversicherung mit beinhaltet. Durch eine Hausratversicherung, wie im Artikel erwähnt, kann meines Wissens keine PV-Anlage abgesichert werden (eventuell bei kleineren Anlagen durch Erhöhung oder Einbeziehung in die Gebäudeversicherung).

Beim Punkt Reinigung schreiben sie mit „klarem Wasser zu reinigen“. Man sollte aber darauf achten, kein kalkhaltiges Wasser zu verwenden, da die Rückstände die Leistungsfähigkeit negativ beeinflussen könnten.

Dieter Moll, Lauda-Königshofen

Das neue Energierecht auf einen Blick

Das Energierecht ist kräftig umgekrempelt worden. In einem beispiellosen Kraftakt haben Ministerien, Bundestag und Bundesrat eine ganze Reihe von neuen Regelungen in Kraft gesetzt, etwa zum Atomausstieg, zum Energierecht, zum Ausbau der Leitungsnetze und zur Förderung erneuerbarer Energien. Die Energiedepesche liefert einen Überblick über die neuen Regelungen, die nun Stück für Stück in Kraft treten.

Derzeit überschauen selbst Experten kaum, welche Neuregelungen nun tatsächlich beschlossen worden sind und was sich daraus ergibt. Durchgefallen ist das Gesetz zur steuerlichen Förderung energetischer Haussanierungen, weil man sich nicht auf einen Kompromiss einigen konnte. Hier muss im Herbst ein neuer Anlauf genommen werden.

Förderung erneuerbarer Energien

Das EEG fördert die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien durch eine garantierte, über 20 Jahre festgeschriebene Vergütung. Ab Januar 2012 wird es viele Änderungen dazu geben, welche Anlagen künftig in welcher Höhe gefördert werden. Bedauerlich ist vor allem, dass man den erfolgreichen Ausbau der Photovoltaik künftig durch eine Absenkung der Vergütung auf ein Drittel des bisherigen Wachstums abbremst. Zudem werden große Industriebetriebe von der Zahlung der Umlage befreit und die übrigen Ver-

Laufzeiten der Atomkraftwerke

(18. Juli 2011)

Kernkraftwerke	Stand nach Verlängerung	Stand heute
Neckarwestheim I	2019	Abgeschaltet
Neckarwestheim II	2036	2022
Philippsburg I	2020	Abgeschaltet
Philippsburg II	2032	2019
Isar I	2019	Abgeschaltet
Isar II	2034	2022
Grafenrheinfeld	2028	2015
Gundremmingen B	2030	2017
Gundremmingen C	2030	2021
Biblis A	2020	Abgeschaltet
Biblis B	2020	Abgeschaltet
Unterweser	2020	Abgeschaltet
Grohnde	2032	2021
Emsland, Lingen	2034	2022
Brunsbüttel	2020	Abgeschaltet
Krömmel, Geesthacht	2033	Abgeschaltet
Brokdorf	2033	2021



braucher umso stärker belastet, eine sehr fragwürdige Regelung (siehe Seite 36). Details zu den übrigen Regelungen lesen Sie auf Seite 25.

Energie- und Klimafonds

Im Zuge der Laufzeitverlängerung war im Dezember 2010 der Energie- und Klimafonds eingerichtet worden. Zur Finanzierung sollten Gelder aus der Vereinbarung der Bundesregierung mit den Atomkraftbetreibern, der Brennelementesteuer und den Erlösen aus dem Emissionshandel dienen. <http://tinyurl.com/ekfgxx>

Das jetzt beschlossene Änderungsgesetz erschließt dem Fonds zusätzliche Finanzmittel. Bis zu eine halbe Milliarde Euro davon können dazu verwendet werden, energieintensiven Betrieben die Kosten aus dem Emissionshandel zu ersetzen.

Änderung des Atomgesetzes

Das Gesetz befristet die Betriebserlaubnis für jedes einzelne Atomkraftwerk. Danach wird das letzte Atomkraftwerk 2022 vom Netz gehen.

Beschleunigung des Netzausbaus

Das Netzausbau-Beschleunigungsgesetz Übertragungsnetz, kurz NABEG, überträgt die Planung von Stromübertragungsleitungen der Bundesnetzagentur. Sie erhält sämtliche Befugnisse für die Durchführung der notwendigen Umwelt- und Raumplanungsverfahren. Damit werden die Kompetenzen zentralisiert. Zugleich erfolgt eine Abstimmung mit der neuen Netzausbauplanung, die ebenfalls von der Bundesnetzagentur durchgeführt wird. Die Bau- und Investitionsentscheidungen verbleiben bei dem jeweiligen Netzbetreiber. Die Bundesregierung hatte es leider versäumt, die Netze ganz oder teilweise selbst zu übernehmen.

Neues Energiewirtschaftsgesetz

Das Energiewirtschaftsgesetz wird erstmals seit seinem Erlass 2005 umfassend geändert: durch das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes. Es trat am 4. August 2011 in Kraft. Damit werden die Vorschriften des dritten Binnenmarkt-Richtlinienpakets weitgehend in deutsches Recht umgesetzt. Zur Erinnerung: Dies hätte spätestens bis 3. März 2011 erfolgen müssen. Danach werden die Strom- und Gasnetze weiter den Absatzinteressen ihrer Eigentümer entzogen. Ursprünglich war im Gesetzentwurf vorgesehen, das Netzeigentum zu entflechten, doch Deutschland und Frankreich hatten dies erfolgreich zu Fall gebracht. Nunmehr ist es auch zulässig, dass ein unabhängiger Netzbetreiber das Netz betreibt, auch wenn es im Besitz eines Energiekonzerns bleibt. Inzwischen haben sich aber E.ON und Vattenfall von ihren Strom-

In drei Wochen zum neuen Anbieter?

Die neue EU-Richtlinie verpflichtet Deutschland dazu, sicherzustellen, dass Verbraucher innerhalb von drei Wochen ihren Energieversorger wechseln können. Der neue Paragraph 20a des Energiewirtschaftsgesetzes will diese Vorgabe in deutsches Recht umsetzen.

Übertragungsnetzen getrennt: Die EU hatte das E.ON abgerufen und im Gegenzug drohende Kartellverfahren eingestellt.

Darüber hinaus verpflichtet die Novelle die Bundesrepublik dazu, die Strom- und Gasübertragungsnetze systematisch auszubauen. Zudem rückt das Gesetz den Schutz von Energieverbrauchern stärker in den Fokus. So schreibt es unter anderem die Einrichtung einer Schlichtungsstelle vor (Seite 22). Zudem soll der Wechsel eines Strom- oder Gasanbieters künftig binnen drei Wochen möglich sein. Die Anforderungen an die Stromrechnung verschärfen sich (Seite 24), Sondervertragskunden erhalten neue Rechte (Seite 37). Darüber hinaus enthält die Gesetzesnovelle neue Regelungen für die Liberalisierung des Messwesens. Dabei geht es vornehmlich um die Einführung intelligenter Stromzähler.

Kommunaler Klimaschutz

Das „Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden“ ändert das Planungsrecht, um Windkraftanlagen und Anlagen zur dezentralen Energieerzeugung und Speicherung zu ermöglichen.

Steuerliche Förderung der Gebäudesanierung

Vorgesehen war eine zehnprozentige Abschreibungsmöglichkeit für energetische Gebäudesanierungen. Die Bundesländer haben den Gesetzentwurf im Bundesrat zu Fall gebracht, weil sie einen großen Teil der Steuerausfälle zu tragen hätten.

Redeschlacht im Bundestag

Die energiepolitische Debatte vom 30. Juni 2011 gibt es online zum Ansehen oder Nachlesen:

<http://tinyurl.com/atomdebattejuni2011>



So muss der neue Lieferant bei einem Anbieterwechsel dem Verbraucher unverzüglich schriftlich bestätigen, ob und zu welchem Termin er die Belieferung übernimmt. So kann der Verbraucher zeitnah reagieren, wenn zum Beispiel der gewünschte Liefertermin nicht realisierbar ist.

Der Netzbetreiber muss dokumentieren, wann er vom neuen Lieferanten die Anmeldung erhalten hat. Das vereinfacht es für den Verbraucher, bei Problemen beim Lieferantenwechsel Schadensersatz zu fordern. Ein solcher Schadensersatz steht dem Verbraucher übrigens auch zu, wenn der Anbieterwechsel nicht innerhalb der vorgeschriebenen drei Wochen funktioniert. Dabei gilt als Stichtag der Tag, an dem der neue Lieferant die Netznutzung anmeldet – ein für den Verbraucher nicht transparentes Datum. Unter dem Strich kann deshalb aus Sicht des Verbrauchers ein Anbieterwechsel deutlich länger als drei Wochen dauern. Der Bund der Energieverbraucher e.V. erwägt, deshalb bei der EU-Kommission in Brüssel eine Beschwerde einzureichen.

Tipp

Wenn der neue Anbieter erst einen sehr verzögerten Liefertermin bestätigt, dann sollte man von seinem Rücktrittsrecht Gebrauch machen und sich einen schnelleren Anbieter suchen.

Es wird noch etliche Monate dauern, bis die Versorger diese Regelung praktizieren werden.

§ 20a (neuer Paragraph)

Lieferantenwechsel

(1) Bei einem Lieferantenwechsel hat der neue Lieferant dem Letztverbraucher unverzüglich in Textform zu bestätigen, ob und zu welchem Termin er eine vom Letztverbraucher gewünschte Belieferung aufnehmen kann.

(2) Das Verfahren für den Wechsel des Lieferanten darf drei Wochen, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Zugangs der Anmeldung zur Netznutzung durch den neuen Lieferanten bei dem Netzbetreiber, an dessen Netz die Entnahmestelle angeschlossen ist, nicht überschreiten.

Schlichtungsstelle steht in den Startlöchern

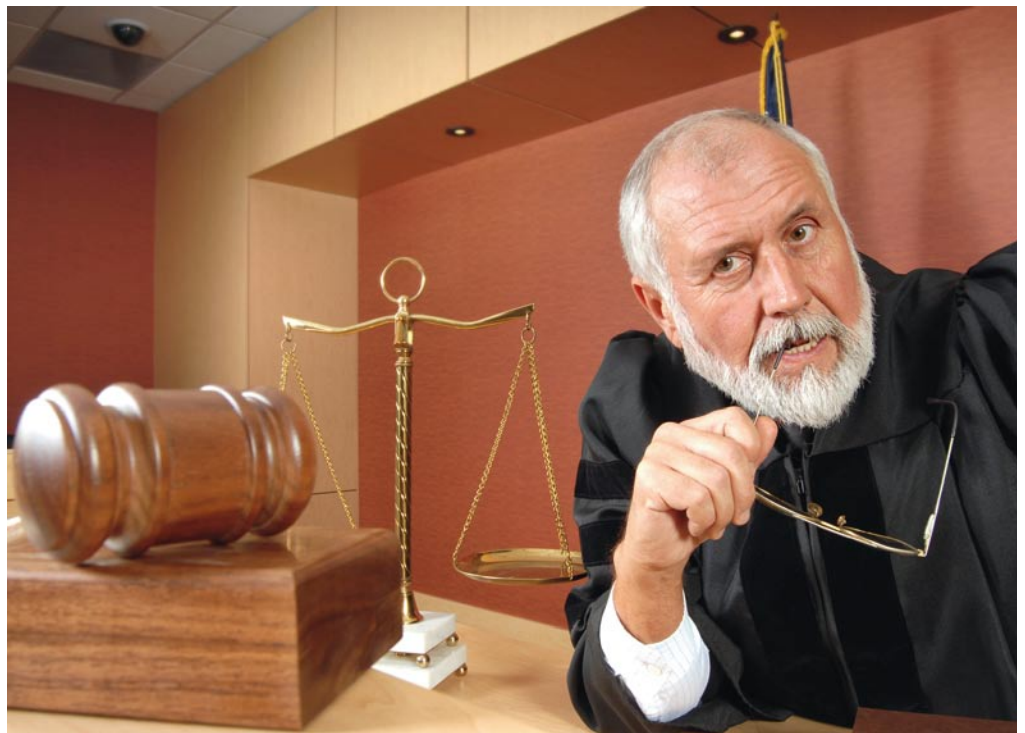
Das neue Energiewirtschaftsgesetz ist am 4. August 2011 in Kraft getreten. Es schreibt die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Energieverbraucher vor. Die Bestimmungen zur Schlichtungsstelle sind dem Energiewirtschaftsgesetz als neue Paragraphen 111a, b und c zugefügt worden.

Das Gesetz erlaubt die Anerkennung einer privaten Schlichtungsstelle durch das Bundeswirtschaftsministerium. Solange dies noch nicht geschehen ist, muss das Bundeswirtschaftsministerium diese Aufgabe einer Bundesbehörde übertragen.

Der Gesetzestext macht folgende Vorgaben für die Schlichtungsstelle:

- Jeder Verbraucher kann die Schlichtungsstelle anrufen.
- Die Anrufung der Schlichtungsstelle ist für Verbraucher kostenfrei, sofern sie nicht missbräuchlich erfolgt.
- Die Schlichtungssprüche sind für Verbraucher nicht verbindlich. Der Verbraucher kann nach Abschluss der Schlichtung seinen Fall einem Gericht vorlegen. Während eines Gerichtsverfahrens kann die Schlichtungsstelle nicht eingeschaltet werden.
- Vor Anrufung der Schlichtungsstelle muss der Verbraucher sich bei seinem Versorger beschweren und dessen Antwort abwarten. Der Versorger muss auf Beschwerden innerhalb einer Frist von vier Wochen antworten.
- Eine unabhängige Ombudsperson fällt die Schlichtungssprüche.
- Die Schlichtungsstelle entscheidet in der Regel innerhalb von höchstens drei Monaten.

Schon seit Monaten laufen Gespräche zwischen Verbänden der Energiewirtschaft und der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) über eine private Schlichtungsstelle. Am 8. August 2011 unterzeichnete der VZBV und der Dachverband der Versorgungswirtschaft BDEW ein „Memorandum of Understanding“ über die Errichtung einer Schlichtungsstelle. Die anderen beteiligten Verbände haben nicht unterzeichnet. Der Bund der Energieverbraucher e. V. wurde weder im Vorfeld einbezogen, noch im Nachhinein informiert.



Ministerium verspricht neutrale Lösung

Das Bundeswirtschaftsministerium hat Verbände der Energiewirtschaft und Verbraucherverbände am 10. August 2011 zu einem Fachgespräch eingeladen. Der den Gesprächen von BDEW und VZBV zugrundeliegende Entwurf von Satzung und Verfahrensordnung wurde weder von den anwesenden Verbänden, noch vom Bundeswirtschaftsministerium für zustimmungsfähig gehalten. Kritik gab es an drei Punkten: die vorgesehene Fallpauschale von 250 Euro, die jeder Versorger für jeden Schlichtungsfall zu entrichten hätte, die unausgewogene Beteiligung der Verbraucher am Schlichtungsverein und an der möglichen Ablehnung einer Schlichtung („Eine Schlichtung findet nicht statt, wenn die Beschwerde offensichtlich ohne Aussicht auf Er-

folg ist“, „Die Ombudsperson kann die Befassung mit einer Beschwerde ablehnen“). Werden diese drei Probleme zufriedenstellend gelöst, können alle anwesenden Verbände einer privaten Schlichtungsstelle zustimmen.

Dr. Menz vom Bundeswirtschaftsministerium stellte klar, dass er die Errichtung einer Schlichtungsstelle innerhalb von acht Wochen für unumgänglich hält. Es gibt bereits einen Antrag auf Anerkennung einer privaten Schlichtungsstelle, der unabhängig von der Versorgungswirtschaft und Verbraucherverbänden gestellt wurde. Eine „Kuschellösung“ zwischen Ministerium und Versorgungswirtschaft wird es also keinesfalls geben. Vielmehr wird das Ministerium aus den vorliegenden Anträgen auf Anerkennung sachgerecht auswählen.

Schlichtungsstelle im neuen Energiewirtschaftsgesetz

§ 111a Verbraucherbeschwerden

Energieversorgungsunternehmen, Messstellenbetreiber und Messdienstleister (Unternehmen) sind verpflichtet, Beanstandungen von Verbrauchern im Sinne des § 13 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Verbraucher) insbesondere zum Vertragsabschluss oder zur Qualität von Leistungen des Unternehmens (Verbraucherbeschwerden), die den Anschluss an das Versorgungsnetz, die Belieferung mit Energie sowie die Messung der Energie betreffen, innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Zugang beim Unternehmen zu beantworten. Wird der Verbraucherbeschwerde durch das Unternehmen nicht abgeholfen, hat das Unternehmen die Gründe schriftlich oder elektronisch darzulegen und auf das Schlichtungsverfahren nach § 111b hinzuweisen.

§ 111b Schlichtungsstelle; Verordnungsermächtigung

(1) Zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Verbrauchern über den Anschluss an das Versorgungsnetz, die Belieferung mit Energie sowie die Messung der Energie kann die anerkannte oder beauftragte Schlichtungsstelle angerufen werden. Sofern ein Verbraucher eine Schlichtung bei der Schlichtungsstelle beantragt, ist das Unternehmen verpflichtet, an dem Schlichtungsverfahren teilzunehmen. Der Antrag des Verbrauchers auf Einleitung des Schlichtungsverfahrens ist erst zulässig, wenn das Unternehmen im Verfahren nach § 111a der Verbraucherbeschwerde nicht abgeholfen hat. Schlichtungsverfahren sollen regelmäßig innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden. Das Recht der Beteiligten, die Gerichte anzurufen oder ein anderes Verfahren nach diesem Gesetz zu beantragen, bleibt unberührt.

(2) Sofern wegen eines Anspruchs, der durch das Schlichtungsverfahren betroffen ist, ein Mahnverfahren eingeleitet wurde, soll der das Mahnverfahren betreibende Beteiligte auf Veranlassung der Schlichtungsstelle das Ruhen des Mahnverfahrens bewirken.

(3) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine privatrechtlich organisierte Einrichtung als zentrale Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten nach Absatz 1 anerkennen. Die Anerkennung ist im Bundesanzeiger bekannt zu machen.

(4) Eine privatrechtlich organisierte Einrichtung kann nach Absatz 3 als Schlichtungsstelle anerkannt werden, wenn sie die Voraussetzungen der Empfehlung der Kommission 98/257/EG vom 30. März 1998 betreffend die Grundsätze für Einrichtungen, die für die außergerichtliche Beilegung von Verbraucherstreitigkeiten zuständig sind (ABl. L 115 vom 17.4.1998, S. 31), erfüllt.

Dabei müssen insbesondere:

- die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Schlichter sichergestellt sein;
- die Beteiligten rechtliches Gehör erhalten, insbesondere Tatsachen und Bewertungen vorbringen können;
- die organisatorischen und fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung des Schlichtungsverfahrens vorliegen;
- Schlichtungsverfahren zügig durchgeführt werden können;
- die Schlichter und Hilfspersonen die Vertraulichkeit der Informationen gewährleisten, von denen sie im Schlichtungsverfahren Kenntnis erhalten und
- die Verfahrensregeln für Interessierte zugänglich sein.

(5) Die anerkannte Schlichtungsstelle ist verpflichtet, jeden Antrag auf Schlichtung nach Absatz 1 schriftlich oder elektronisch zu beantworten und zu begründen. Sie ist verpflichtet, jährlich einen Tätigkeitsbericht zu veröffentlichen. Sie soll regelmäßig Entscheidungen von allgemeinem Interesse für den Verbraucher auf ihrer Internetseite veröffentlichen.

(6) Die anerkannte Schlichtungsstelle kann für ein Schlichtungsverfahren von dem Unternehmen ein Entgelt erheben. Bei offensichtlich

missbräuchlichen Anträgen nach Absatz 1 Satz 2 kann auch von dem Verbraucher ein Entgelt verlangt werden. Die Höhe des Entgelts muss im Verhältnis zum Aufwand der anerkannten Schlichtungsstelle angemessen sein.

(7) Solange keine privatrechtlich organisierte Einrichtung als Schlichtungsstelle nach Absatz 4 anerkannt worden ist, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Aufgaben der Schlichtungsstelle durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ohne Zustimmung des Bundesrates einer Bundesoberbehörde oder Bundesanstalt (beauftragte Schlichtungsstelle) zuzuweisen und deren Verfahren sowie die Erhebung von Gebühren und Auslagen zu regeln. Die Absätze 4 und 5 sind entsprechend anzuwenden.

(8) Die Befugnisse der Regulierungsbehörden auf der Grundlage dieses Gesetzes sowie der Kartellbehörden auf Grundlage des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bleiben unberührt.

<http://tinyurl.com/euschiedsstelle>

Für jeden verständlich

„Strom- und Gasrechnungen müssen einfach und verständlich sein“. Es mutet wie eine kleine Revolution an, dass dieser schlichte Satz nunmehr Gesetz geworden ist. Er steht nun in § 40 Abs. (1), Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes, neue Fassung. Bislang hatte die Regelung es lediglich in eine Verordnung geschafft. Die Paragraphen 40 und 42 regeln zudem zahlreiche Angaben, die Energierechnungen künftig ausweisen müssen.

So muss eine Rechnung den Namen des Energielieferanten, seine Anschrift sowie seine Telefonnummer und seine E-Mail-Adresse angeben. Zudem gehören die Vertragsdauer, die geltenden

Alle wichtigen Angaben auf einen Blick

Preise und die nächstmögliche Kündigungsmöglichkeit, die Kündigungsfrist sowie die Zählernummer auf die Rechnung. So haben die Verbraucher diese Angaben auf einen Blick parat, was es erleichtern soll, den Anbieter zu wechseln.

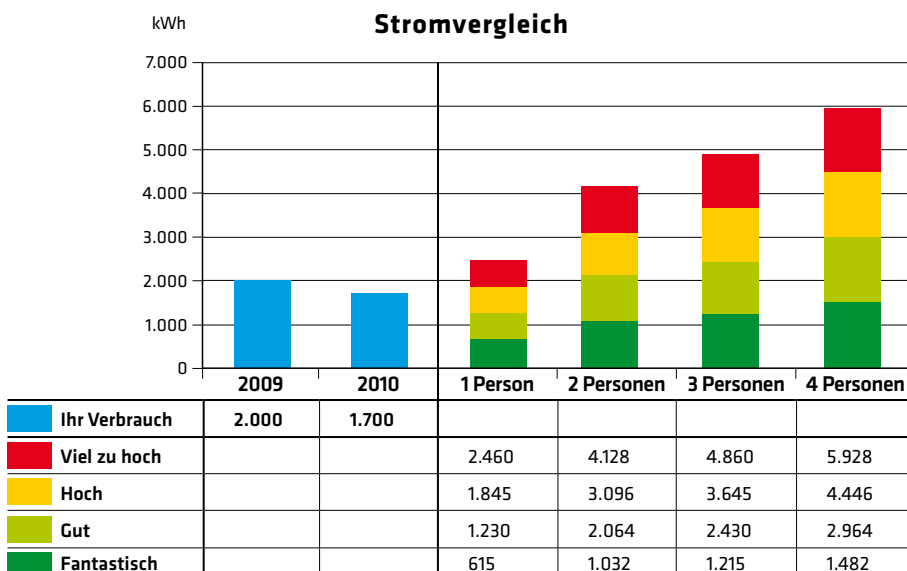
Neben dem aktuellen Verbrauch muss die Rechnung künftig auch den Vorjahresverbrauch nennen. Vorgeschrieben ist auch eine Grafik auf der Rechnung, die den eigenen Verbrauch mit ähnlichen Verbrauchern vergleicht. Die Gesetzes-erläuterung enthält dazu die folgende Grafik:

Außerdem muss die Rechnung die neue Schlichtungsstelle aufführen, an die sich der Verbraucher wenden kann. Zudem muss das Dokument die neue zentrale Anlaufstelle für Verbraucher nennen: den Verbraucherservice der Bundesnetzagentur (siehe unten).

Das neue Gesetz regelt, wann die Rechnung dem Verbraucher spätestens zugehen muss, und zwar spätestens sechs Wochen nach Ende des Abrechnungszeitraums oder nach Ende der Lieferbeziehung. Zudem müssen alle Versorger ihren Kunden unaufgefordert anbieten, den Verbrauch monatlich, viertel- oder halbjährlich oder jährlich abzurechnen. Allerdings darf der Versorger für eine Zusatzablesung auch zusätzlich kassieren, außer bei elektronischen Zählern. Die Ablesekosten liegen zwischen sechs und 57 Euro zuzüglich Abrechnungskosten. Wer selber den Strom abliest, spart einen Teil der Kosten. Unsere Empfehlung: Bevorzugen Sie Anbieter, die für häufigere Abrechnungen faire Preise kalkulieren. Auch die Vorschriften über Kennzeichnung der Stromherkunft auf der Rechnung wurden ergänzt und klargestellt (§ 42 ENWG).

Verbraucherservice der Bundesnetzagentur

Email: verbraucherservice-energie@bnetza.de
 Telefon: 030 22480-500
 Mo.–Fr. von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr
 Post: Bundesnetzagentur Verbraucherservice
 Postfach 8001, 53105 Bonn
<http://tinyurl.com/verbraucherserviceenergie>



Wo Verbraucher das Nachsehen haben

Trotz der zahlreichen Änderungen ist das bisherige Energiewirtschaftsgesetz im Wesentlichen unverändert geblieben. Einige wichtige Forderungen zum Verbraucherschutz wurden bislang leider nicht umgesetzt.

So fehlt zum Beispiel weiterhin eine Klarstellung, wie, wann und in welcher Höhe Preisänderungen zulässig sind. Die Möglichkeiten, gegen Preisänderungen vorzugehen, haben sich mit dem neuen Gesetz nicht geändert.

Auch die von der EU-Richtlinie zwingend vorgeschriebenen Maßnahmen gegen Energie-Armut sucht man im neuen Energiewirtschaftsgesetz vergebens. Schon vor etlichen Jahren hatte die EU-Kommission festgestellt, dass die Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, das Problem „nicht hinreichend angegangen sind“.

Die EU-Richtlinie fordert besondere Maßnahmen zur Bekämpfung von Energie-Armut. Allerdings ist die Bundesregierung der Ansicht, dass es hierzulande keinen Handlungsbedarf gibt. Doch das entspricht angesichts von jährlich rund 800.000 Stromsperrern leider nicht den Tatsachen. Eine Definition „schutzbedürftiger Kunden“ liefert weder das Gesetz noch die Regierung. Für den Chef des Instituts für Energie- und Regulierungsrecht, Professor Dr. Franz Jürgen Säcker, wird Deutschland damit seinen Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie nicht gerecht.

Eine Studie des Wuppertal-Instituts (*) kommt zu folgenden Feststellungen:

„Belastbare Daten zum Ausmaß der Energiearmut in Deutschland gibt es nicht. Eine solche Erhebung wäre ohnehin erst möglich, wenn sich die relevanten Akteure auf eine Definition des Phänomens einigen. In Deutschland dominiert die Vorstellung, Energiekosten würden im sozialen Sicherungssystem vollständig vom Staat übernommen. Doch stimmt die Rechtslage nicht mit der Wirklichkeit überein.“
 Der Bund der Energieverbraucher e. V. erwägt, gegen die fehlende Umsetzung der EU-Richtlinie Beschwerde in Brüssel einzulegen.

(*) Quelle: Michael Kopatz, Markus Spitzer, Anja Christanell: Energiearmut - Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien, Wuppertal Paper Nr. 184, Oktober 2010

Jede Menge Ausnahmeregelungen

Am 1. Januar 2012 wird das geänderte EEG in Kraft treten. Es zielt darauf, bis 2020 35 Prozent der Stromverbrauchs aus Erneuerbaren zu decken. Das neue EEG führt eine Reihe komplexer Neuregelungen ein. Die gute alte Einspeisevergütung, über 20 Jahre garantiert, bleibt aber bestehen.

Das EEG 2012 wird in groben Zügen folgende Änderungen bringen:

- Am 1. Januar 2012 wird die PV-Vergütung um mindestens neun Prozent gesenkt. Wenn zwischen Oktober 2010 und 30. September 2011 mehr als 3.500 Megawatt PV-Leistung zugebaut werden, sinkt die Vergütung sogar noch stärker.
- Die Eigenverbrauchsregelung für PV-Strom bleibt unverändert.
- PV-Anlagen auf Freiflächen werden nur auf bereits versiegelten Flächen und auf Konversionsflächen oder mit einem Abstand von höchstens 110 Metern zu Schienen gefördert.
- Man kann seinen PV-Strom künftig selbst verkaufen und bekommt dann vom Netzbetreiber eine Marktprämie: Sie errechnet sich aus der Differenz zwischen der normalen EEG-Vergütung und dem durchschnittlichen Börsenpreis. Zusätzlich erhält man eine Managementprämie. Wer also seinen Strom über dem Börsenpreis an den Nachbarn verkaufen kann, der macht einen zusätzlichen Gewinn.

- Strom aus Biogas erhält eine Flexibilitätsprämie.
- Alle neuen PV-Anlagen müssen bestimmte technische Vorgaben einhalten, um ihre Einspeiseleistung bei einem überlasteten Netz zu reduzieren. Auch Altanlagen über 30 Kilowatt müssen mit einer gewissen Übergangsfrist nachgerüstet werden.
- Der Strom aus Pflanzenöl-BHKW wird ab 2012 nicht mehr vom EEG gefördert.
- Repowering von Windkraftanlagen ist nur zulässig für Anlagen, die vor dem 1. Januar 2002 in Betrieb gingen.
- Für Offshore-Anlagen sinkt die Vergütung erst ab 2018.
- Für Strom aus Biomasse gibt es eine Grundvergütung. Sie wurde auf maximal 14,3 Cent pro Kilowattstunde angehoben. Voraussetzung dafür ist, dass mindestens 60 Prozent der Wärme verwendet werden. Je nach Einsatzstoff winkt eine Zusatzvergütung. Für die Aufbereitung von Biogas gilt ein Bonus von drei Cent je Kilowattstunde.
- Auch Strom aus Speicherkraftwerken erhält EEG-Förderung, wenn bestehende Speicherkraftwerke erweitert werden.

www.foerderdatenbank.de



Die Zeiten des Booms sind vorbei



Im Jahr 2010 stieg die in Deutschland installierte Photovoltaik-Leistung um 7.400 auf 17.000 Megawatt. Photovoltaik deckt damit fast zwei Prozent des Stromverbrauchs. 2009 waren es nur 1,1 Prozent, 2008 sogar nur 0,7 Prozent gewesen.

Zum Vergleich: Strom aus Wasserkraft umfasste 2010 etwa 3,3 Prozent des Verbrauchs. Die Zahlen für 2011 lassen im aktuellen Jahr dagegen auf einen Zubau von gerade mal 2800 Megawatt schließen, nur ein Bruchteil aus dem PV-Boom-Jahr 2010. Entsprechend groß sind die Verluste der Branche. Wie der politisch gewollte Hemmschuh für die Erneuerbaren mit den heißen Schwüren für den Ausbau der Erneuerbaren zu vereinen ist, bleibt offen.

Unzureichende Garantie



Bis zu 30 Jahre lang sollen Photovoltaik-Module nach den Versprechungen der Hersteller garantiert maximalen Ertrag aus der Sonnenenergie einfahren. Wer in diesem Zeitraum jedoch Produktfehler oder Minderleistung reklamieren will, dem ist die Garantieleistung keinesfalls sicher. Die Verbraucherzentrale NRW hat fünf der Marktführer der Modul-Branche jetzt wegen ihres Kleingedruckten abgemahnt (Yingli Green Energy, Trina Solar, Solar World, Bosch Solar und Mitsubishi Electric Europe).

Die betroffenen Unternehmen dürfen die beanstandeten Klauseln in neuen Verträgen nicht mehr verwenden oder sich bei Altverträgen nicht mehr darauf berufen. Mitsubishi hat eine entsprechende Teil-Unterlassungserklärung abgegeben. Yingli sowie Bosch haben zwar Änderungen angekündigt, aber keine Bereitschaft zur Abgabe einer Unterlassungserklärung signalisiert. Und Trina Solar verharrt trotz massiver Verstöße bislang regungslos im Schatten der chinesischen Mauern des Unternehmensitzes. Solar World hat die Unterlassungserklärung abgegeben und Produktgarantien verbessert. Die Aktion der Verbraucherzentrale hat die Branche mächtig aufgerüttelt.

<http://tinyurl.com/pvgarantie>

Wie grün ist Biogas wirklich?

Nicht nur grünen Strom gibt es. Rund 30 bundesweite Gasanbieter verkaufen Erdgas mit einem Biogas-Zusatz. Doch daran scheiden sich die Geister: Für die einen ist es der Hoffnungsträger schlechthin, für die anderen das Übel in Person. Informationen und Fakten zum Thema.

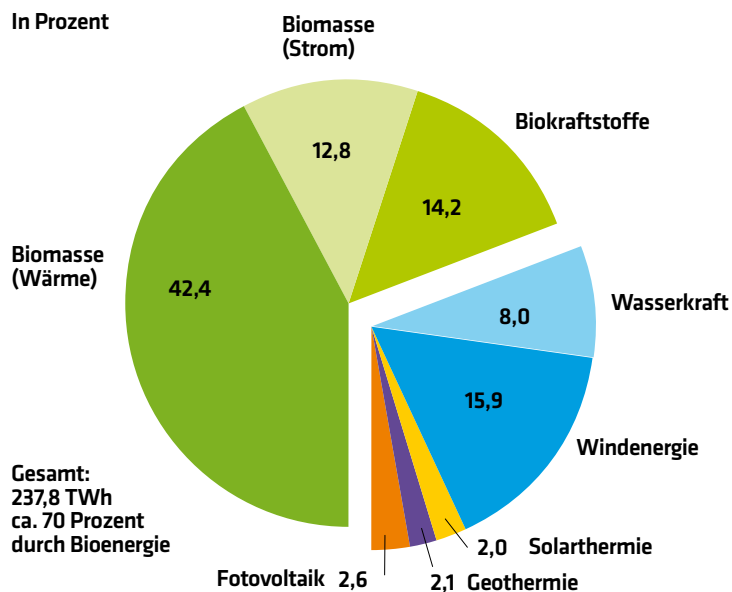
Pflanzen wandeln Sonnenlicht in chemische Energie um – die Biomasse. Was liegt näher, als diesen Prozess einfach umzukehren, also aus Biomasse wie Holz, Stroh oder Pflanzenresten wieder Energie zu gewinnen? Energie aus Biomasse stellte 2009 70 Prozent der Energieerzeugung aus Erneuerbaren.

Biogas ist ein Gemisch aus 60 Prozent Methan (CH_4), 35 Prozent CO_2 , drei Prozent Wasserdampf sowie geringe Anteile von Schwefel und Ammoniak. Die Zusammensetzung hängt sehr stark vom eingesetzten Rohstoff ab. Es ähnelt damit dem Erdgas, das zu rund 95 Prozent aus Methan besteht, jedoch nur einen geringen CO_2 -Anteil hat.

Erzeugung von Biogas

Biogas entsteht aus der Vergärung nachwachsender Rohstoffe wie zum Beispiel Mais, zu geringen Teilen auch landwirtschaftliche Reststoffe wie Gülle, Mist, Schlachthofabfällen, Essens- und Pflanzenresten. Es werden aber auch gezielt deshalb Pflanzen angebaut (nachwachsende Rohstoffe),

Die Bedeutung der Bioenergie innerhalb der erneuerbaren Energien 2009



Quelle: AGEE-Stat, 2010

um sie dann zu Biogas zu vergären. Es gibt in Deutschland rund 7.000 Biogasanlagen. Ihre Zahl wächst rasant: Im Jahr 2009 waren hierzulande erst 4.671 solcher Anlagen in Betrieb.

Verstromung von Biogas

Das Biogas wird vielfach direkt am Erzeugungsort in einem Motor verstromt. Die dabei entstehende Wärme nutzt man entweder zum Heizen oder kühlt sie weg. Im Jahr 2011 wurden rund 13 Terawattstunden oder elf Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien aus Biogas erzeugt. Wer Strom aus Biogas produziert, erhält nach dem neuen EEG ab dem 1. Januar 2012 eine über 20 Jahre feste Einspeisevergütung, wenn mindestens 60 Prozent der entstehenden Wärme genutzt werden. Doch im Umkreis von Biogasanlagen finden sich häufig nur Felder und Wälder. Nur wenige Siedlungen könnten die Überschusswärme aus der Biogasverstromung verwerten.

Biogas ins Erdgasnetz

Kann die Abwärme der Stromerzeugung nicht genutzt werden, sollte man das Biogas ins Erdgasleitungsnetz einspeisen. Es muss allerdings zuvor aufbereitet werden: Das Biogas muss dazu gereinigt werden, CO_2 muss herausgetrennt werden und man muss es auf den Druck der Erdgasleitung bringen. Man spricht dann von „Biomethan“. Biomethan und Erdgas sind chemisch identisch, stammen jedoch aus unterschiedlicher Kinderstube.

2010 wurden von 44 Anlagen bereits drei Terawattstunden aufbereitetes Biogas ins Erdgasnetz eingespeist. Das sind 0,3 Prozent der fossilen Erdgas-mengen. Bis 2020 sollen es nach den Zielen der Bundesregierung 60 Terawattstunden sein.

Die Herstellungskosten für Biomethan liegen laut dem Biogas-Monitoring-Bericht 2011 der Bundesnetzagentur zwischen 1,3 Cent und 9,3 Cent je Kilowattstunde. Der Erdgasimportpreis lag 2010 bei durchschnittlich zwei Cent je Kilowattstunde.

Anders als bei der Einspeisung von erneuerbarem Strom ins Stromnetz gibt es für die Einspeisung von Biomethan ins Erdgasnetz derzeit keine Mindestvergütung. Allerdings sind die Gasnetzbetreiber dazu verpflichtet, Biomethan in ihr Gasnetz aufzunehmen, und müssen die Betriebskosten der Gasaufbereitung sowie die Netzanschlusskosten übernehmen.

Wer Biogas einspeisen will, muss also selbst einen Käufer oder Händler für sein Biomethan finden, der einen akzeptablen Preis zahlt. Dabei muss er Verträge mit dem Gasnetzbetreiber, mit dem Gashändler und eventuell



mit dem Gaskäufer aushandeln und abschließen – ein komplexes Geschäft, für das Biogas-Produzenten meist einen Anwalt benötigen. Man stelle sich vor, die Windkraftbetreiber und PV-Anlagenbesitzer müssten sich selbst ihre Stromkäufer suchen.

Warum Strom und Gas derart unterschiedlich behandelt werden, ist nicht nachvollziehbar: Nur eine gesetzlich garantierte Mindestvergütung analog zum Strom könnte den Ausbau der Biogaserzeugung und Einspeisung verstetigen und beschleunigen.

Vermarktung von Biomethan

Biomethan findet im Gasnetz verschiedene Abnehmer: die Betreiber von Blockheizkraftwerken, die Beimischung zu Gaskraftstoffen für Fahrzeuge und Heizgasabnehmer, etwa Privathaushalte. Die Betreiber von Blockheizkraftwerken stehen vor der Wahl: Sie können Biomethan aus dem Gasnetz

Vorsicht bei Kauf von Gas-Zertifikaten

beziehen und sich ihren Strom nach dem EEG vergüten lassen. Dazu müssen sie jedoch mindestens 60 Prozent der entstehenden Wärme nutzen. Alternativ können sie sich nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vergüten lassen. Finden sie einen Stromabnehmer, ist letztere Variante für sie meist günstiger.

Bei Fahrzeugen, die mit Autogas fahren, ist ein Biomethan-Anteil von zehn Prozent möglich und führt zu einer Steuerbefreiung für das getankte Gas. Die Abnahmemengen sind aber nur gering.

Gut fürs Klima

Das Öko-Institut hat die Treibhausgas-Emissionen von konventionellen Treibstoffen und von Biokraftstoffen verglichen. Ergebnis: Rapsöl, Biodiesel und Bioethanol halbieren die Treibhausgas-Emissionen gegenüber konventionellem Treibstoff.

Regionale Akzeptanz

Oft protestieren Anwohner gegen neue Biogasanlagen. Sie befürchten Geruchsbelästigungen und sogar Explosionsgefahr. Doch eine korrekt betriebene Biogasanlage stinkt nicht. Gülle aus Tierhaltung ist nach einer Vergärung in der Biogasanlage sogar wesentlich weniger geruchsbelastend und eignet sich besser als Dünger.

Biogasanlagen sind zudem eine wichtige Quelle regionaler Wertschöpfung und schaffen Arbeitsplätze und Einkommen. Das gilt auch für Entwicklungsländer, in denen Biogasanlagen wichtige Quellen regionaler Entwicklung darstellen und gleichzeitig die Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger vermindern.

Der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt ist Heizgas. 38 Gasanbieter verkaufen Erdgas mit einer Beimischung von Biomethan. Die Beimischung liegt zwischen zehn und 100 Prozent, etwa bei der Bodensee Energie Friedrichshafen. Andere Gasanbieter vermarkten Erdgas, das sie auf dem Papier „klimaneutral“ gemacht haben, in dem sie entsprechende Zertifikate zukaufen. Der Nutzen dieser Vorgehensweise ist jedoch äußerst fraglich. Lichtblick vermarktet Gas mit einem Biomethan-Anteil von fünf Prozent, bei Naturstrom kann man zwischen zehn, 20 und 100 Prozent Biomethan wählen. Viele Anbieter bleiben aber auf dem teuren Biomethan sitzen.

Wer als Verbraucher Biomethan bezieht, bekommt – genau wie bei Ökostrom – genau denselben Gasmix aus der Leitung wie zuvor. Doch anders als bei Ökostrom führt jeder Kubikmeter gekauftes Biomethan dazu, dass mehr Biogas ins Netz eingespeist wird.

Synthetisches Erdgas

Überflüssiger Strom kann auch dazu dienen, Methan beziehungsweise Erdgas künstlich herzustellen: Elektrizität spaltet Wasser auf in Wasserstoff und Sauerstoff (Elektrolyse). Aus Wasserstoff und CO₂ wird dann Methan und Sauerstoff erzeugt. Man spricht von synthetischem Erdgas (SNG) oder – wenn der Überschuss-Strom aus Photovoltaik – beziehungs-



weise Windkraftanlagen stammt – von Solar- beziehungsweise Windmethan. Für die Entwicklung dieses Verfahrens erhielt der französische Chemiker Paul Sabatier im Jahr 1923 den Chemie-Nobelpreis. Das Verfahren wird derzeit unter der Bezeichnung „Solarfuel“ in Testanlagen beim Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung (ZSW) in Stuttgart erprobt. 2013 soll die erste große Anlage in Werlte im Emsland in Betrieb gehen. Sie schluckt 6,3 Megawatt Strom und ist 250-mal größer als die Testanlage von ZSW. Die Förderung von synthetischem Erdgas soll künftig der Förderung von Biogas gleichgestellt werden.

Bis zu 15 Prozent Wasserstoff kann man auch direkt ins Erdgasnetz einspeisen, ohne das Gas zuvor in Methan umzuwandeln. Das früher übliche Stadtgas hatte sogar einen Wasserstoffanteil von 50 Prozent und wurde durch Vergasen von Kohle erzeugt. Später verdrängte das günstigere Erdgas diese Mischung.

Das Gasnetz als Speicher

Der enorme Charme von synthetischem Methan liegt in seiner guten Speicherbarkeit: Das Erdgasnetz ist ein ohnehin vorhandener riesiger Speicher. Es könnte den gesamten Windstrom eines Kalenderjahres aufnehmen. Seine Speicherfähigkeit entspricht dem Jahresstromverbrauch aller deutschen Haushalte.

Der große Nachteil ist jedoch der hohe Energieverlust bei der Umwandlung, die 20 bis 40 Prozent der eingesetzten Energie beansprucht. Bei der Rückwandlung von Methan in Strom gehen nochmals mehr als 60 Prozent Energie verloren. Die Umwandlungskosten für Power-to-Gas liegen derzeit bei rund sieben Cent je Kilowattstunde. Die Stromkosten fallen dabei jedoch nicht ins Gewicht, weil nur Strom genutzt wird, der ansonsten gar nicht erzeugt und ins Netz eingespeist werden würde. Das lässt auch die hohen Umwandlungsverluste verschmerzen. Wenn eine Umwandlungsanlage allerdings nur dann läuft, wenn zu viel Strom im Netz ist, arbeitet sie mit geringer Auslastung und entsprechend hohen Kosten.

Webhinweis: <http://www.solar-fuel.net>

Biokraftstoffe der zweiten Generation

Wenn eine Pflanze wächst, wandelt sie das Sonnenlicht in chemische Verbindungen um. Teilweise handelt es sich dabei um leicht verwertbare Zucker, etwa wie in Früchten, oder wertvolles Fett, etwa in den Samen der Rapspflanze. Doch wenn man nur das Pflanzenöl verwendet, bleibt der größte Teil der von der Pflanze durch Sonnenlicht erzeugten Biomasse-Energie ungenutzt, nämlich Wurzel, Stroh und Blätter.

Biokraftstoffe der zweiten Generation nutzen daher die gesamte Pflanze einschließlich der bisher ungenutzten Teile. Dadurch löst man das Dilemma zwischen der Nutzung der Pflanze als Nahrungsmittel und als Energielieferant: Das Korn dient als Nahrungsmittel, die restliche Pflanze als Energierohstoff.

Das klingt ideal, wird in der Praxis jedoch kaum gemacht, denn die Techniken zur Umwandlung von Pflanzenabfällen in Kraftstoff stecken noch in den Kinderschuhen. Beim Raps allerdings ist der sogenannte Rapskuchen schon heute ein beliebtes Futtermittel.

Vergleich zur Photovoltaik

In Deutschland scheint die Sonne im Jahresmittel mit einer Leistung von 110 Watt je Quadratmeter. Der Wind hat je Quadratmeter eine Leistung von drei Watt und die Photosynthese liefert aus der Sonne 0,2 Watt je Quadratmeter. Die Photosynthese nutzt also nur ein halbes Tausendstel der ankommenden Solarenergie. Merke: Biomasse sollte in höchstem Maße sparsam und effizient für unseren Energieanspruch eingesetzt werden, auch weil sie zugleich die Lebensgrundlage aller Organismen ist.

Ein simpler Vergleich der Stromerträge pro Hektar Fläche zeigt ebenfalls, wie die Prioritäten liegen: Ein Maisfeld erbringt über eine Biogasanlage und anschließende Stromerzeugung 25 Megawattstunden Strom, eine Solaranlage auf der Fläche bis 500 Megawattstunden. Die PV-Anlage liefert also 20-mal mehr Strom – allerdings nur bei Sonnenschein und im Sommer deutlich mehr als im Winter. Eine Biogasanlage dagegen produziert ganzjährig Strom und kann Gas oder Strom gezielt bei Bedarf liefern.

Benzin aus Sonnenkraft?

Bis vor kurzem waren sich Wirtschaft und Politik einig, dass die Zukunft dem Biomass-to-Liquid-Verfahren (kurz: BtL) gehört. Dabei werden Pflanzenreste vergast, um daraus Benzin zu gewinnen: das sogenannte „sun-fuel“. Choren-Industries versuchte, eine Pilotanlage zur Verflüssigung von Pflanzenabfällen in Freiberg/Sachsen zu bauen. Doch im Juli 2011 musste das Unternehmen Insolvenz anmelden. Allerdings wollte man bei Choren Holz verflüssigen zu einem Preis von vier Euro je Liter. Das ist wenig sinnvoll, da Holz auch direkt in Heizungen Öl ersetzen kann. Für die Herstellung musste mehr Energie eingesetzt werden, als das Endprodukt später enthält.

Das Industrieunternehmen Verbio hat ein Verfahren entwickelt, um aus Stroh und anderen Pflanzenresten Biogas und Bioalkohol herzustellen. Es wird im industriellen Maßstab bereits in Zörbig und Schwedt eingesetzt. Dadurch steigt der Energieertrag je Flächeneinheit um 50 Prozent. Gleichzeitig verbraucht die Herstellung 40 Prozent weniger Energie.

Flüssiger Biotreibstoff: Bioethanol

Aus pflanzlichen Reststoffen oder Energiepflanzen kann durch Vergärung auch Ethanol - umgangssprachlich: Alkohol (C_2H_5OH) - erzeugt werden. Bioethanol kann auch durch Vergasung aus Biomasse hergestellt werden.

Im Gegensatz zu gasförmigem Biogas ist Bioethanol flüssig und daher einfacher zu lagern und zu transportieren. Bioethanol kann einfach zum Kraftstoff zugemischt werden, es entsteht das viel diskutierte E10. Aber es gibt auch E5, E20 oder sogar E100. 2010 stammten bereits ein Prozent des gesamten Kraftstoffverbrauchs aus Bioethanol. Und während sich die Gemüter noch um das verrufene E10 erhitzen, gibt es bereits zahlreiche Autos, die problemlos mit E85 fahren – sogenannte Flexible Fuel Vehicles, etwa von Ford.

Bioethanol kann übrigens ähnlich wie Methan auch synthetisch direkt aus Strom und CO_2 erzeugt werden. Entsprechende Verfahren sind zwar im Labormaßstab verfügbar, großtechnisch jedoch nicht erprobt.

Pflanzenöl und Biodiesel

Werden Pflanzen nicht vergärt oder vergast, sondern deren Samen ausgepresst, entsteht Pflanzenöl. Das kann man bei Aldi oder einer Ölmühle kaufen und damit in der Küche braten. Genauso gut kann man es – theoretisch – in einem Diesel-PKW oder LKW in den Tank schütten. Daneben gibt es aus Pflanzenöl industriell hergestellten Biodiesel. Bereits gut vier Prozent des gesamten Kraftstoffverbrauchs stammen heute aus Biodiesel. Doch der Boom dieser Kraftstoffform ist vermutlich vorbei: War Pflanzenöl zunächst noch völlig von der Mineralölsteuer befreit, wurde 2006 die Steuerbefreiung aufgehoben. Ab dem 1. Januar 2012 unterliegen Pflanzenöl und Biodiesel sogar dem vollen Mineralölsteuersatz (47 Cent je Liter). Das bedeutete den frühen und schnellen Tod für Pflanzenöl als Kraftstoff. Ab 2012 bekommt Strom aus Pflanzenöl nicht einmal mehr eine Vergütung aus dem EEG.

Literatur: <http://tinyurl.com/biomasseinfos>

Tank oder Teller?

Am Stammtisch und in ähnlichen Diskussionsrunden findet Energie aus Biomasse meist keine Gnade: Es heißt häufig, der Energieeinsatz für die Gewinnung von beispielsweise Biodiesel oder Ethanol übersteige die Ausbeute. Zudem ist oft die Rede von verheerenden Umweltfolgen und das Argument, man würde den Armen der Welt das Brot wegnehmen, um damit hier Auto zu fahren. Was ist wirklich dran an diesen Argumenten? Die Energiedepesche hat die Fakten recherchiert.

Es ist ein trauriger Fakt: Während wir Biosprit tanken, verhungern Millionen Menschen. Aber Hunger ist ein Armutsproblem, kein Flächenproblem. Die Ursache für den Hunger der Welt liegt nicht in unserem Tank, sondern in der ungleichen Verteilung von Reichtum zwischen und in den Ländern der Erde. Auch stimmt es nicht, dass die Anbauflächen von Bioenergie und Nahrungsmittel weltweit konkurrieren: Global werden selbst in Zukunft nicht alle Agrarflächen für die Nahrungsmittelproduktion gebraucht. Etwa zwei Prozent der weltweit genutzten Agrarflächen dienen gegenwärtig der Produktion von Biokraftstoffen. Auf der anderen Seite benötigt man 60 Prozent aller Ernteerträge für die Futtermittelproduktion. Und etwa die Hälfte der weltweiten Agrarflächen werden noch ineffizient bewirtschaftet.

Es heißt also nicht, „Tank oder Teller“ – obwohl die Menschheit fraglos vor der Herausforderung steht, alle Menschen auf der Erde satt zu bekommen. Aber der Ausbau von Bioenergien verursacht keinen Hunger, weder bei uns, noch in der übrigen Welt.

In Deutschland wachsen derzeit auf elf Prozent der landwirtschaftlichen Flächen Energiepflanzen. Bis 2020 könnte sich dieser Anteil gut verdoppeln. Doch selbst dann steht in Deutschland genug Fläche für Nahrungs- und Futtermittelproduktion zur Verfügung. Und die hierzulande geltende Nachhaltigkeitsverordnung stellt sicher, dass auch importierte Biostoffe ökologischen Kriterien genügen.

Weitere Argumente hier: <http://www.taz.de/!28129/>

Energiebilanz

Sehr aufschlussreich ist ein Vergleich zwischen dem Energieaufwand für den Anbau und die Ernte und die Aufbereitung mit dem Energieinhalt des Treibstoffs. In einer Studie von 2008 unterscheidet das Öko-Institut den Einsatz fossiler Energieträger und von Energie in Form von Pflanzen. Auch Prof. Ernst Schimpff, Weihenstephan, macht Angaben zur Energieeffizienz der Bioenergieproduktion.

Für die Herstellung einer Kilowattstunde Kraftstoffäquivalent ist folgender Einsatz an Energie notwendig:

Energieeffizienz	Energieeinsatz zur Erzeugung einer Kilowattstunde			
	Fossil	Pflanzlich	Insgesamt Öko-Institut	Schimpff
Biodiesel	0,3	1	1,3	0,3
Pflanzenöl	0,3	0,9	1,2	0,14
Ethanol (Brasilien)	0,2	4,6	4,9	0,8
Ethanol (Weizen)	0,5	1	1,5	0,8
Biomethan (Mais)	0,4	1,6	2	0,8

STECKERLEISTEN

Vorsicht, Brandgefahr!



Steckerleisten sind wahre Wundermaschinen: Für kleines Geld verwandeln sie eine einzige Steckdose in drei, sechs oder noch mehr Stromanschlüsse. Bei der Vielzahl elektrischer Geräte etwa am Computer kommt man ohne diese Zauberer kaum noch aus.

Die Stiftung Warentest hat sich die Helferlein genauer angesehen (test 7/2011). Dabei sind den Prüfern eine ganze Menge Schwachstellen aufgefallen, die im Ernstfall sogar gefährlich sein können:

- Bei hohem Stromfluss werden viele Steckerleisten wärmer, als die Norm erlaubt. Eine Leiste erhitze sich gar auf 120 Grad, nachdem sie eine Stunde 20 Ampere liefern musste (Unitec). Tipp: Niemals mehrere Steckdosenleisten hintereinander stöpseln. Die angeschlossenen Geräte summieren sich zu einem hohen Stromfluss, der die Leisten ungemütlich warm werden lassen könnte. Im Zweifelsfall sollte man bei angeschalteten Stromverbrauchern mal mit der Hand nachfühlen, ob die Leiste sich erwärmt. Grund-

sätzlich sollten große Stromverbraucher wie Waschmaschine, Wäschetrockner oder Heizlüfter direkt an jeweils eine eigene Steckdose angeschlossen werden.

- Bei Berührung mit einem glühenden Draht gingen zwei der 19 untersuchten Leisten in Flammen auf (Unitec IU 412 und ETT Versand).
- Kontakte in den Leisten können sich verbiegen. Die Schutzkontakte müssen stabil sein und stets flexibel zurückfedern.

Schlecht abgeschnitten haben die beiden High-Tech-Leisten von Brennerstuhl (28 Euro) und Linea (40 Euro). Brennerstuhl fiel aus, nachdem in einem angeschlossenen Gerät ein Kurzschluss auftrat. Linea erwärmte sich unzulässig.

Außer der Leiste von Ikea hatten alle Steckerleisten einen Schalter für das Abschalten der ganzen Leiste.

Die teureren Leisten bieten auch einen Überspannungsschutz, wenn hohe Spannungsspitzen durch das Stromnetz jagen. Alle vier getesteten Leisten konnten die Spannungsspitzen tatsächlich abfangen.

FERNSEHER

Stromschlucker ade

Ab 30. November 2011 müssen in den Geschäften alle Fernsehgeräte ein Energielabel tragen. Die sparsamsten Geräte haben ein „A“, die schlechtesten ein „G“. Auf dem Label sind außerdem der Strombedarf im eingeschalteten Zustand sowie der Jahresstromverbrauch angegeben.

Die Stiftung Warentest hat Flachfernseher in drei Größen getestet (test 8/2011). Die besten Fernseher verbrauchten nicht einmal halb so viel Strom wie die Konkurrenz. Da lassen sich leicht 30 Euro Stromkosten im Jahr einsparen. Und die Sparmodelle sind nicht einmal die Teuersten!

Die Testsieger

Bei den Großen siegte der Sony KDL 37EX725 für 865 Euro (94 cm) und Samsung UE40D7090 für 1.420 Euro. Preisgünstig ist der Panasonic TX

L24EW30 für 960 Euro (107 cm). Bei den kleinen Fernsehern bietet der Sony KDL 26EX320 für 415 Euro und der Sony KDL 32EX725 für 725 Euro viel Qualität fürs Geld.

Einstellungssache

Nur drei von 21 geprüften Fernsehern – alle drei gehörten zu den Testsiegern – lieferten mit der Werkseinstellung ein gutes Bild. Bei den anderen mussten Helligkeit und Kontrast nachgeregt werden. Die Stiftung stellt in Internet Hinweise zur Verfügung zur Bildeinstellung: www.test.de/Bildeinstellungen. Je nach Empfangsart über Antenne, Kabel oder Satellit schneiden die Fernseher unterschiedlich ab. Deshalb empfiehlt es sich, in der Ergebnistabelle der Stiftung den Fernseher auszusuchen, der für das vorhandene Signal die besten Ergebnisse bringt.



RADIOAKTIVES GAS

Fünf Radontote täglich

Das radioaktive Gas Radon dringt unbemerkt aus dem Boden in Gebäude ein und kann Lungenkrebs verursachen. Vor allem Raucher sind gefährdet, berichtet die Stiftung Warentest (test 8/2011). Das unsichtbare Gas dringt vor allem über Risse und Fugen sowie über undichte Kabel- und Rohrdurchlässe über den Keller ins Haus ein und verteilt sich dort. Wer sich schützen will, dichtet Risse und Fugen im

Keller ab und lüftet intensiv. Dabei schwanken die Belastungen regional stark. Weitere Infos sowie eine Karte der belasteten Gebiete findet man im Internet. Mit einem kleinen Dosimeter (erhältlich für etwa 50 Euro) kann man die Belastung auch selbst messen.

http://www.radon-info.de/shtml/karten_mw.shtml

Gut gekühlt ist halb gespart

Große Kühlschränke ohne Gefrierfach haben beim Warentest alle „gut“ abgeschnitten. Der preiswerte Bauknecht (185 Liter Inhalt) ist schon für 340 Euro zu haben, der größere und bessere Liebherr (313 Liter Inhalt) kostet dagegen 810 Euro.

Bei den kleinen Kühlschränken ohne Gefrierfach empfiehlt die Stiftung das AEG-Gerät für 370 Euro (142 Liter Inhalt) und Bosch für 370 Euro (143 Liter Inhalt). Soll ein Gefrierfach dabei sein, dann liegt der Bauknecht für 300 Euro vorn (106 Liter Inhalt plus 16 Liter Gefrierfach).

Billig gekaufte Stromfresser sind auf Dauer teuer, warnen die Warentester (test 7/2011). Der jährliche Stromverbrauch liegt zwischen 20 und 35 Euro jährlich (90 bis 140 kWh) und summiert sich über zehn bis 15 Jahre Lebensdauer auf 300 bis 525 Euro. Wer Pech hat, dessen alter Kühlschrank frisst täglich drei Kilowattstunden, das entspricht Stromkosten von über 200 Euro jähr-

Selbst prüfen lohnt sich

lich. Deshalb sollte man alte Kühlschränke unbedingt testweise für einen Tag an ein Strommessgerät anschließen. Solche Geräte sind für zehn Euro im Baumarkt zu haben oder kostenlos beim Bund der Energieverbraucher e.V. zum Ausleihen erhältlich. Ein Stromverbrauch bis zu einer halben Kilowattstunde am Tag ist okay. Deutlich höhere Werte signalisieren Alarm: Der Kühlschrank gehört auf den Müll. Ein integriertes Gefrierfach erhöht die Stromkosten im Jahr übrigens um umgerechnet etwa vier bis acht Euro.

Eine Frage der Konstruktion

Bei kleinen billigen Kühlschränken von Bomann, PKM und Exquisit wird die Wärme nicht wie üblich hinten sondern an der Seite abgeführt. Steht dort jedoch ein Schrank, kann die Wärme nicht abfließen, und das Gerät arbeitet nicht effizient. Daher sollte man bei der Montage der Küche schon darauf achten, wo sich der Kühlschrank befindet. Kühlschränke mit Wärmeabfuhr hinter dem Gerät werden in der Regel mit Wandabstandshalter ausgeliefert. Sie verhindern, dass der Kühlschrank ganz an die Wand geschoben wird, und stellen so die Wärmeabfuhr sicher.

Die Warentester geben zusätzlich wertvolle Tipps für die Befüllung des Kühlschranks:

- In die Tür gehören Eier, Butter und Getränke.
- Oben im Kühlschrank ist es am wärmsten. Dorthin gehört Unempfindliches wie Käse und Gekochtes.
- In die Mitte gehören Milch und Milchprodukte wie Joghurt und Quark.
- Unten ist es am kältesten. Dorthin gehören empfindliche Lebensmittel wie Fisch, Wurst und Fleisch.
- Kellerfach: Dort ist es noch wärmer als ganz oben. Ins Gemüsefach gehören Salat und Gemüse.

Mit jeder Öffnung der Tür gelangt auch warme Außenluft in den Kühlschrank und muss gekühlt werden. Auch neue Lebensmittel im Kühlschrank müssen von Zimmertemperatur herunter gekühlt werden. Das verbraucht Energie.

Ab September 2011 ist das neue Energielabel verpflichtend: Die sparsamsten Kühlschränke tragen dann die Kennzeichnung A+++.

Im Geschäft sollte man also darauf achten, ob ein Gerät nach der neuen Verordnung (Beste Kategorie: A+++)

oder nach der alten Verordnung (beste Kategorie ++)

bewertet wurde.



Auf dem Prüfstand

Pedelecs – Fahrräder mit zusätzlichem Elektromotor – sind zurzeit der Renner. Die Stiftung Warentest hat die Räder gründlich unter die Lupe genommen (test 8/11).

Drei Räder siegten im Test und werden empfohlen. Doch bei vielen Bikes bemängelten die Tester zu schwache Bremsen, denn die müssen aufgrund des höheren Durchschnittstempos deutlich stärker ausfallen als bei herkömmlichen Drahteseln. Bei einem Rad (Pegasus) gab es auch Mängel bei der Rahmenfestigkeit. Die Räder kosten



mindestens 2.000 Euro. Zwei Räder waren deutlich günstiger: Das Rad von Ruhrwerk (1.000 Euro) erhielt nur ein „mangelhaft“, während das Alu Rex von Prophete (900 Euro) „befriedigend“ abschnitt. Das Alu Rex ist beim Discounter erhältlich.

Bei den Komforträdern siegten Kreidler Vitality (2.200 Euro), Raleigh Leeds HS (2.400 Euro), beide mit Mittelmotor. Das beste Trekkingrad war Diamant Zouma Sport+ (2.700 Euro).

Auch der Verein Extraenergy hat sich der Prüfung von Pedelecs verschrieben. Die Testberichte von Mai 2011 kann man kostenlos im Internet ansehen: <http://extraenergy.com>

Das Frischluft-Wunder

Unser Lichtexperte Wolfgang Buttner meldet sich hier mit seiner persönlichen Lösung für frische Luft in wohlig warmen Räumen.



Wolfgang Buttner
54, selbstständiger
Ingenieur aus Landsberg,
Energiefachreferent der Stadt
Landsberg, Vegetarier,
Fernradler, ÖDP-Mitglied,
seit 1994 Mitglied im Bund
der Energieverbraucher e. V.

Dezentral lüften spart Energie, doch die Kosten für entsprechende Geräte schrecken viele Verbraucher ab. Wolfgang Buttner hat für sein Einfamilienhaus, Baujahr 1954, eine sehr günstige dezentrale Lüftungslösung gefunden: Die Geräte der Firma Sol-Air (www.gf-sol-air.de): „Die Geräte laufen bei mir im Hause zu meiner vollsten Zufriedenheit rund um die Uhr auf Stufe 1 mit zwei Watt. Das Gerät kostet 450 Euro (inkl. MWSt. ohne Montage) und ist billiger als alles andere auf dem Markt – es amortisiert sich allein durch eingesparte Heizkosten. Die teureren Geräte mit Wärmetauschern aus Aluminium konnten mich damals nicht überzeugen: Sie erzeugen thermische Kurzschlüsse in Längsrich-

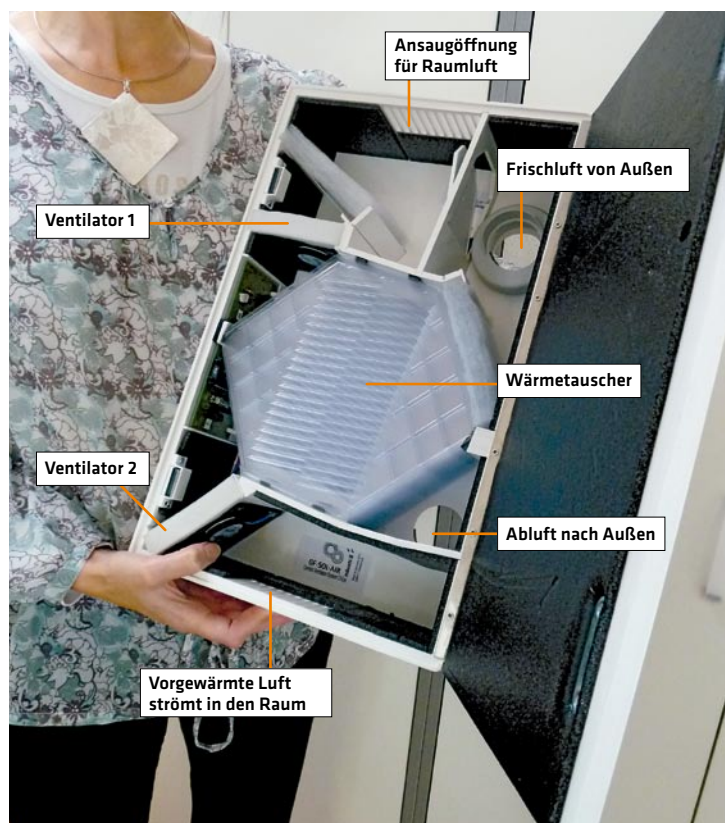
tung wegen der hohen Wärmeleitfähigkeit des Metalls.“ Die Gegenstromwärmetauscher von Sol-Air bestehen hingegen aus sehr dünnen Kunststofffolien und vermeiden dieses Grundproblem aller Wärmetauscher aus Metall.

Leise, günstig und sparsam im Verbrauch

Wolfgang Buttner: „Das Gerät konnte ich problemlos selbst montieren: Es waren zwei Löcher in die Außenwand zu bohren, Durchmesser: 6,2 Zentimeter in einem Abstand von 25 Zentimetern. Im Raum wird ein weißer Kasten (Maße:

46 x 29 x elf Zentimeter) aufgehängt und ein kleines Netzteil versorgt das Ganze mit Strom. Fertig ist die Montage.“ Die „Flüsterversion“ hört man praktisch nicht, doch sie bringt 14 Kubikzentimeter Frischluft je Stunde in den Raum. Die Normalversion ist auch sehr leise und bringt 20 Kubikzentimeter Frischluft pro Stunde. Der Stromverbrauch liegt bei rund drei Watt, ist also zu vernachlässigen.

Ein anderes sehr günstiges dezentrales Gerät ist der „Inventer“ (die Energiedepesche berichtete). Bei dieser Version verschwindet das Gerät in einer runden Wandöffnung von 45 Zentimetern Durchmesser. Der Inventer wechselt alle 70 Sekunden die Drehrichtung. Die ausströmen-



Wieviel Frischluft braucht der Mensch?

Pro Person und Stunde rechnet man mit einem Frischluftbedarf von **30 Kubikmetern** (nach DIN 1946, Teil 2), um die Pettenkofer-Zahl (Obergrenze für die CO₂-Konzentration von 1.000 parts per million (ppm) oder 0,1 Prozent CO₂) nicht zu überschreiten. Für Einzelbüros sind sogar 40 Kubikmeter je Person und Stunde vorgeschrieben.

Eine kleine Rechnung belegt diesen Wert: Der Mensch atmet neun Liter Luft jede Minute aus (20 Atemstöße je Minute, 450 Milliliter Atemvolumen). Die ausgeatmete Luft enthält vier Prozent CO₂ (40.000 ppm). Das sind 21 Liter CO₂ je Person und Stunde. 30 Kubikmeter hinausströmende Luft sind 30.000 Liter mit 0,1 Prozent (Pettenkofer-Zahl) und enthalten 30 Liter CO₂ (30.000 x 0,0001). Die von Außen einströmende Luft bringt 30.000 x 350 ppm = 13,5 Liter CO₂ hinein. Per Saldo werden 16,5 Liter CO₂ hinaus transportiert. Das entspricht nahezu der ausgeatmeten CO₂-Menge. Auch beim Sauerstoff unterscheiden sich eingeatmete und ausgeatmete Luft um rund vier Prozent in der Sauerstoffkonzentration. Wenn also genug CO₂ abgeführt wird, kommt auch genug Sauerstoff hinzu in der Frischluft.

Was passiert bei höheren CO₂-Konzentrationen? Bei 1,5 Prozent CO₂ nimmt das Atemvolumen um 40 Prozent zu. Bei acht Prozent CO₂ in der Atemluft, der 80-fachen Pettenkofer-Zahl, tritt der Tod nach 30 bis 60 Minuten ein. Aber bereits mit 0,3 Prozent CO₂ überschreitet man den sogenannten MAK-Wert, gesundheitliche Schäden sind dann nicht auszuschließen.

de Luft gibt die Wärme an einen Keramikeinsatz im Gerät ab. Diese Wärme wird an die gleich darauf einströmende Luft wieder abgegeben. Das Gerät fördert bis 29 Kubikzentimeter Luft stündlich und kostet einschließlich Regler rund 760 Euro ohne Einbau. Das Gerät ist selbst in der schallgedämmten Version deutlich vernehmbar. Ähnlich vom Prinzip, jedoch hochwertiger und teurer ist der Thermolüfter von LTM.

Das Sol-Air-Gerät ist deutlich leiser, hat aber einen geringeren Luftdurchsatz. Von der Lufthygiene, der Lärmentwicklung und der Wärmerückgewinnung schneidet Sol-Air deutlich besser als der Inventer ab.

Ein einzelnes Sol-Air-Gerät reicht theoretisch also nicht einmal aus, um für eine Person den ausreichenden Luftwechsel zu sichern. Je nach Personenzahl, Dichtigkeit und Raumzahl sind mehrere Geräte nötig.

Jumbo für mehr Luft

Sol-Air bietet für größere Räume auch den Jumbo an, der bis stündlich 150 Kubikmeter Frischluft hereinbringt. Er kostet unter 800 Euro einschließlich MWSt ohne Montage. Zwei bis drei Geräte dürften zum Beispiel für Klassenräume eine sehr einfache und kostengünstige Möglichkeit sein, die Lüfthygiene zu verbessern.



Kommentar von Klaus Michael, Energieexperte und Geschäftsführer des Niedrig-Energie-Instituts

Die notwendige Frischluftmenge hängt nicht nur von der Personenzahl ab, sondern von zwei zusätzlichen Einflussfaktoren. Das eine

ist die Fugenlüftung (und sonstige Lüftung, etwa durch Türöffnen). Das andere ist die Teilabwesenheit und der Vorratseffekt des Innenvolumens. Die meisten Wohnungslüftungsanlagen laufen rund um die Uhr auf gleicher Leistungsstufe. Kommt man abends nach Hause, dann sind die Räume voll mit unverbrauchter Frischluft. Dieser Puffereffekt verringert die tatsächliche CO₂-Konzentration. In vielen Häusern stehen zudem Zimmertüren offen, so dass einzelne Räume auch von dem Luftvorrat beziehungsweise der Frischluftversorgung anderer Räume mit profitieren. Andererseits kann der CO₂-Wert schnell überschritten werden, wenn zum Beispiel durch Besuch mehr Personen CO₂ produzieren.

Dezentrale Kleinanlagen sind stark von Außenwind irritierbar. An Fassaden normal exponierter Gebäude haben wir im Winter oft erheblichen Winddruck oder Windsog. Dann funktioniert die Wärmerückgewinnung der Kleinanlagen oft gar nicht mehr oder nur minimal. Schlimmstenfalls zieht es dann erbärmlich durch diese Wandlöffcher.

BUNDESGERICHTSHOF

Versorger abgeblitzt

Der Bundesgerichtshof hat erneut die Rechte von Fernwärmekunden im Kampf gegen Tarifierhöhungen gestärkt (Az VIII ZR 339/10). Die Preise dürfen nur erhöht werden, wenn auch die Kosten gestiegen sind. Zwar müssen die Preise nicht exakt den Kosten folgen. Es muss aber ein angemessenes Verhältnis zwischen Preis und Kosten erhalten bleiben, urteilten die obersten Richter.

Ob das im vorliegenden Fall geschehen sei, dazu hätten die Vorinstanzen keine Feststellungen getroffen. Der Fall wurde deshalb an das OLG Dresden zurückverwiesen. Das Landgericht Zwickau hatte der Zahlungsklage von Enviam stattgegeben. Die Berufung gegen dieses Urteil vor dem OLG Dresden blieb erfolglos. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil auf.

FERNWÄRME

Wärmemengenzähler messen falsch

Nach Untersuchungen des TÜV Rheinland unterliegen insbesondere große Wärmemengenzähler erheblichen Messunsicherheiten. Abweichungen von weit über zehn Prozent sind dabei keine Seltenheit. Dadurch kann es zu erheblichen Mehrbelastungen der Verbraucher kommen, wenn zum Beispiel die von einem Heizwerk gelieferte Wärmemenge falsch ist.

Von der Eichpflicht ausgenommen

Nach der gültigen Eichverordnung gibt es eine Ausnahmeregelung für Wärmezähler über zehn Megawatt Leistung und Wasserzähler, die mehr als 2000 Kubikmeter Wasser pro Stunde erfassen (§8 Anhang A – 28 a+g). Diese Geräte müssen nicht geeicht werden. Über Jahre können diese Zähler (auch zu Abrechnungszwecken) ungeprüft im Einsatz sein.

Vor-Ort-Kalibrierung

Der TÜV Rheinland hat ein neues Verfahren entwickelt, mit dem Zähler nachträglich geprüft und nach eichrechtlichen Bestimmungen justiert werden können. Dazu muss der Zähler weder ausgebaut werden, noch muss der laufende Betrieb unterbrochen werden. Laut TÜV kann das Verfahren die Messfehler auf unter ein Prozent senken und einbaubedingte Messunsicher-

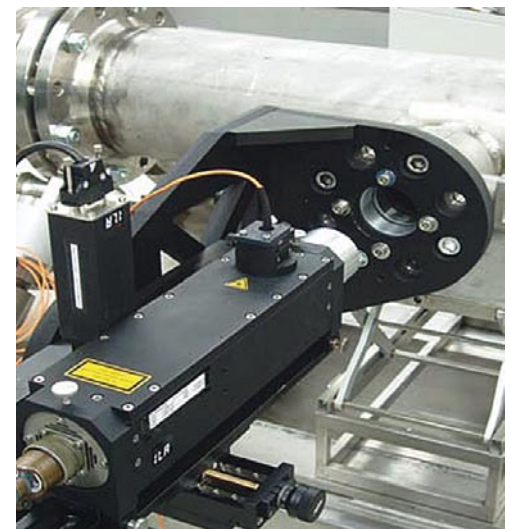
Leserbrief



Ich hatte mich in der Vergangenheit einmal darüber beklagt, dass Fernwärmekunden nur eine „stiefkindliche“ Vertretung durch den Verein erfahren. Jetzt möchte ich mit meinem Lob nicht hinterm Berg halten. Lob und Dank an die Lübecker Gruppe, die das BGH-Urteil erwirkte und an den Prozesskostenfond, der die Fernwärme nun doch mit aufnimmt.

Sollten die Seiten des Energiebezugs Fernwärme jetzt auch aktualisiert und entsprechend betreut werden, bin ich völlig begeistert. Herzlichen Dank!!

Anita Arndt



heiten ausschließen. Die Vor-Ort-Kalibrierung eignet sich bei Wärmeleistungen über zehn Megawatt oder Leitungsdurchmessern von über 100 Millimetern.

Bei begründetem Verdacht auf einen falschen Wärmezähler sollten Verbraucher das Eichamt informieren.

Weitere Informationen:

TÜV Rheinland, Tel.: 0221-806-4912 oder unter www.tuv.com/tric

Tanz der Benzinpreise

Warum ist Tanken so teuer? Das Bundeskartellamt hat die Benzinpreise unter die Lupe genommen und deckt die Handlungsmuster der fünf großen Mineralöl-Unternehmen auf. Danach sollte man freitags sollte man besser nicht tanken.

Die fünf großen Mineralöl-Unternehmen BP (Aral), ConocoPhillips (Jet), ExxonMobil (Esso), Shell und Total teilen sich 65 Prozent des Kraftstoffmarkts in Deutschland. Sie haben Zugriff auf die Öltrafinerien und verfügen über ein bundesweites Tankstellennetz. Sie bilden damit auf den

Extra Abzocke an Wochenenden und Ferien

regionalen Tankstellenmärkten ein marktbeherrschendes Oligopol. Das stellt das Bundeskartellamt in seiner Sektoruntersuchung fest. Aber auch der restliche Markt ist nicht frei. Es gibt auch Hinweise auf Preisbindungen.

Wenn in einem Oligopol wenige Anbieter vielen Nachfragern gegenüberstehen, ist das nicht verboten. Aber die Oligopolmitglieder unter-

liegen bestimmten Beschränkungen des Kartellrechts. Sie dürfen zum Beispiel ihre Wettbewerber nicht unbillig behindern und ihre Lieferanten und Abnehmer nicht ohne sachlichen Grund unterschiedlich behandeln. Die Oligopolmitglieder haben den Gesamtmarkt unter sich aufgeteilt und stehen untereinander nicht im Wettbewerb. Es kommt nur selten zu Preiskämpfen, wie sie auf einem Wettbewerbsmarkt zu erwarten wären. Auch die freien Anbieter sind auf Kraftstoffbelieferung durch die Oligopolisten angewiesen. Neue Anbieter haben kaum eine Chance, freie Standorte sowie einen Lieferzugang zu Raffinerien zu finden.

Verdrängung ist verboten

Mitunter drängen die Oligopolisten unliebsame Konkurrenz durch Dumpingpreise vom Markt. Sie verkaufen den Sprit an die Verbraucher güns-

Handelsmarge Ottokraftstoff auf dem Regionalmarkt Köln nach Wochentagen und Jahren

Eurocent/Liter	2007	2008	2009	2010
Montag	5,5	5,2	4,9	5,3
Dienstag	7,2	6,9	7,0	7,2
Mittwoch	6,9	7,1	7,7	8,1
Donnerstag	6,5	6,5	7,2	8,3
Freitag	7,2	7,4	7,8	8,1
Samstag	6,9	6,8	7,3	7,6
Sonntag	6,1	5,8	5,9	4,9

Die Handelsmarge ist die Differenz aus den täglichen durchschnittlichen Netto-Kraftstoffpreisen (ohne Umsatzsteuer und Energiesteuer) und den täglichen O.M.R.-Notierungen (ohne Energiesteuer) Region West.

Quelle: Bundeskartellamt

tiger, als sie ihn vom Vorlieferanten beziehen. Über die günstigen Preise an der Tankstelle freuen sich die Verbraucher zwar zunächst. Diese Geschenke an die Verbraucher kommen sie aber später teuer zu stehen: Hat der unliebsame Konkurrent erst einmal das Handtuch geworfen, können die Oligopolisten umso ungenierter ihre Preise anheben. Das Kartellrecht verbietet allerdings solche sogenannten „Preisscheren“.

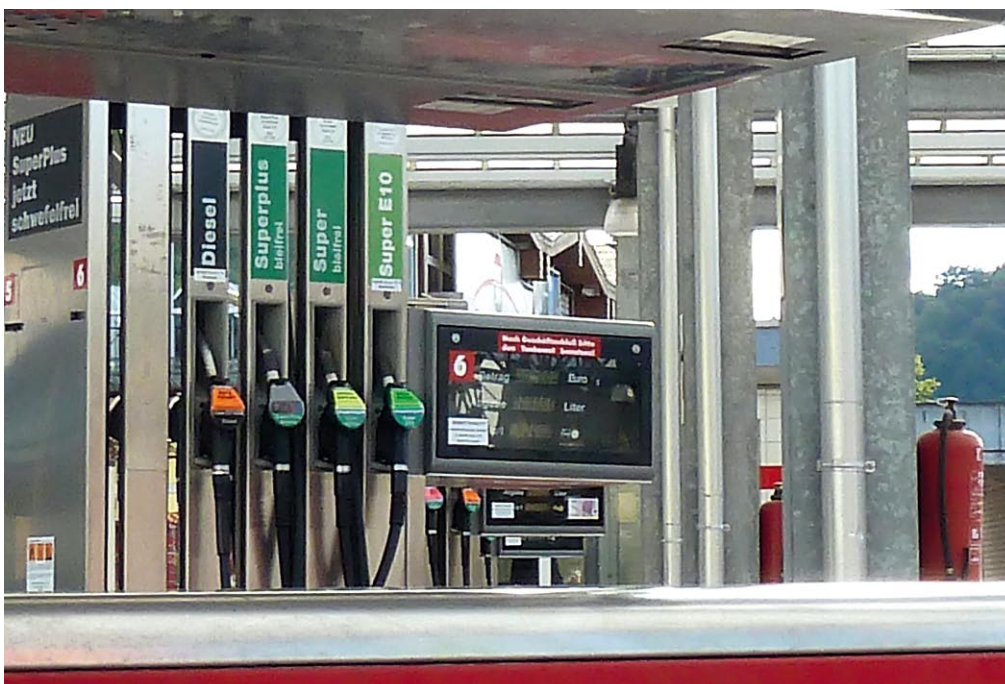
Überhöhte Preise

Über vier Jahre hinweg hat das Bundeskartellamt die Preise an über 400 Tankstellen beobachtet und ausgewertet. Bei der Mehrheit der Tankstellen sind die Preise höher, als sie bei funktionierendem Wettbewerb wären. Die Zyklen im Tages- und Wochenverlauf zeigen, wie das Oligopol seine Preise anzuheben und durchzusetzen versucht. Die eigentliche Preisüberhöhung war jedoch nicht Gegenstand der Untersuchung und wird von den Marktwächtern daher auch nicht beziffert. Unklar bleibt, warum dies unterblieben ist: Immerhin ergibt eine Preisüberhöhung von 1,5 Cent je Liter deutschlandweit einen Mehrge Gewinn von einer Milliarde Euro jährlich.

Preistanz

Die Preise folgen festen Mustern über die Wochentage. Pünktlich zum Wochenende erreichen sie am Freitagmittag und -abend Rekordniveau, um am Sonntag und Montag zu sinken. Ab Dienstagmorgen steigen die Preise wieder an. Unter der Woche lohnt es sich häufig, mit dem Tanken bis zum Abend zu warten.

Die Preise werden zwar öfters gesenkt als erhöht. Allerdings fallen die Senkungen mit durchschnittlich 1,5 Cent deutlich geringer aus als die Erhöhungen, die im Durchschnitt 3,8 Cent betragen, im Jahr 2010 sogar fünf Cent je Liter. Am Wochenende gibt es deutlich weniger Preiser-



höhungen. Die Zahl der Preisänderungen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Sie verwirren Verbraucher und erschweren einen preisbewussten Einkauf.

Nach Beobachtungen des Kartellamts gehen Preiserhöhungen regelmäßig von Aral oder Shell aus, wobei jedes Unternehmen etwa gleich oft mit den Erhöhungen beginnt. Das jeweils andere Unternehmen zieht fast exakt drei Stunden später nach, ebenso die übrigen Anbieter.

Spritpreise und Bezugskosten

Die Preiserhöhungen dienen laut Kartellamt maßgeblich der Gewinnsteigerung und haben mit den Bezugskosten nichts zu tun. Dabei liegt die Handelsmarge von Diesel durchgängig höher als von Ottokraftstoff. Dies erklärt das Kartellamt mit dem höheren Anteil von Geschäftsfahrzeugen, die den Sprit über die Firma abrechnen können. Preiserhöhungen seien daher dort leichter durchsetzbar.

Ferienpreise an Tankstellen

Die Mineralölwirtschaft erklärt die höheren Spritpreise zu Ferienbeginn und an Wochenenden mit der höheren Nachfrage und gelegentlich mit dem Anstieg der Beschaffungspreise. Das Kartellamt hat jedoch festgestellt, dass dies nicht zutrifft und die Nachfrage sich gleichmäßig über die Wochentage verteilt. In den Tagen vor Ostern 2009 lag der Benzinpreis um bis zu elf Cent über dem Normalniveau. Die Großhandelspreise stiegen in diesem Zeitraum jedoch nur um 1,5 beziehungsweise vier Cent je Liter. Auch in der Woche nach Ostern stieg der Benzinpreis um acht Cent, der Großhandelspreis lag jedoch nur einen Cent höher. Die höheren Kraftstoffpreise zu Ferienzeiten gehen also auf gezielte Preiserhöhungen der Konzerne zurück.

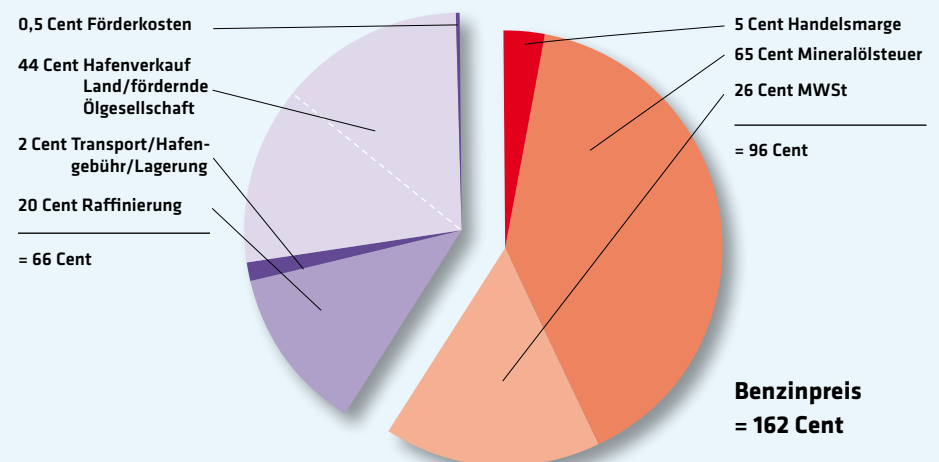
Das Amt in Aktion

Das Bundeskartellamt will sich künftig stärker um die Tankstellenpreise kümmern.

- Der Erwerb von Tankstellen durch die Oligopolisten wird künftig vom Kartellamt untersagt.
- Das Kartellamt wird kleine und mittlere Mineralölunternehmen vor der Behinderung durch die Oligopolisten schützen. Insbesondere Preischeren werden beobachtet und untersagt. In einem derartigen Fall wurde bereits ein Missbrauchsverfahren und eine unangekündigte Nachprüfung durchgeführt. Zwei weitere Verfahren stehen vor der Einleitung.

Wie setzt sich der Benzinpreis zusammen?

- Die Förderkosten liegen bei ca. **0,5 Cent** pro Liter und hängen stark davon ab, wo das Rohöl gefördert wird. In Dubai betragen die Förderkosten zum Beispiel nur 0,3 Cent, bei der Offshore-Förderung in Angola oder im Golf von Mexico jedoch 0,7 Cent (Quelle: persönliche Mitteilung von Prof. Martin Langer).
- Das geförderte Rohöl wird im Hafen von Dubai für ca. **44 Cent** pro Liter verkauft. Daran verdient das Land und die fördernde Ölgesellschaft im klassischen 50:50 Agreement, jeder also ca. 22 Cent. Diese 50:50 Agreements gibt es aber heute nicht mehr in jedem Land. Im Irak wurden vor kurzem ganz andere und für Ölmultis wesentlich schlechtere Konditionen ausgehandelt.
- Der Transport in einen Rohölhafen schlägt mit etwa **einem Cent** pro Liter zu Buche.
- Hafengebühr und Kosten für die Lagerung betragen ebenfalls etwa **ein Cent** pro Liter, etwa in Rotterdam.
- Die Raffinerungskosten für die Umwandlung von Rohöl zu Benzin liegen derzeit bei etwa **20 Cent** pro Liter. Die Ölmultis verdienen sehr gut mit, weil sie oft Betreiber der Raffinerien oder Transportunternehmen sind.
- Die genannten Kosten addieren sich zu einem Literpreis von ca. **66 Cent**.
- Die Differenz zwischen dem Großhandelspreis für Benzin, wie er zum Beispiel vom Oil-Market-Report veröffentlicht wird, und dem Tankstellenpreis ist die Handelsmarge. Sie liegt laut Bundeskartellamt zwischen **vier und neun Cent** je Liter (siehe Seite 34, rechts unten). Davon muss die Tankstelle den Transport und den Tankstellenbetrieb bestreiten. Als Gewinn verbleiben dem Tankstellenbetreiber rund ein Cent je Liter.
- Die Mineralölsteuer beläuft sich auf **65,45 Cent** je Liter für Benzin und 47,04 Cent für Diesel. Hinzu kommt die Mehrwertsteuer.



- Gegen die Konzerne werden Kartellverfahren eingeleitet, sofern sie die Preise freier Tankstellen direkt bestimmen oder indirekt beeinflussen.
- Mehrere Verfahren wurden eingeleitet, weil Oligopolisten Tankstellen ohne die erforderliche Genehmigung übernommen hatten sowie ihre Märkte durch Händlerverträge abschotteten.

Das Kartellamt erhofft sich mit der Untersuchung, das Informationsdefizit der Autofahrer gegenüber den Mineralölkonzernen zu vermindern. Die Verbraucher sollen durch die Untersuchung objektiv über die Muster der Preisänderungen informiert werden. „Soweit mit solchen Informationsmedien Verbrauchervorteile verbunden sind, steht das Bundeskartellamt dem aufgeschlossen gegenüber“.

Ruf nach Gesetzesänderung

In Österreich dürfen Preiserhöhungen nur einmal täglich um zwölf Uhr vorgenommen werden. In Westaustralien gilt eine „24-hour-rule“: Die Kraftstoffpreise liegen ab sechs Uhr für 24 Stunden fest und müssen überdies am Vortag angekündigt werden. Auch in Deutschland sollte der Gesetzgeber dem derzeitigen Preistanz einen Riegel vorschieben, um Verbraucher zu schützen.

Preisinformationen im Internet

Im Internet kann man sich über die aktuellen Tankstellen-Preise informieren. So kann man auch bei längeren Fahrten gezielt planen, wo man günstig tanken kann: clever-tanken.de und benzinpreis.de

Quellen:
<http://tinyurl.com/bundeskartellamt-benzin>

Schreiende Ungerechtigkeit

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz befreit stromintensive Industriebetriebe von der der EEG-Umlage. Dadurch müssen alle anderen Verbraucher das Geld zahlen, das der Industrie erlassen wurde: Jährlich müssen deshalb Haushalte und Mittelstand 2,2 Milliarden Euro zusätzlich aufbringen. Die EEG-Novelle 2012 weitet die Ausnahmen aus, statt sie abzuschaffen.

Industriesubventionen dieser Größenordnung sind verfassungswidrig, mittelstandsfeindlich und auch wirtschaftspolitisch verfehlt. Die Privilegierungbürdet den nicht privilegierten Verbrauchern erhebliche zusätzliche Lasten auf, die eine Ungleichbehandlung bedeuten und dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung (Art 3, Abs. 1 des Grundgesetzes) widersprechen.

Der Bund der Energieverbraucher fordert, dass alle Verbraucher die Lasten der Energiewende solidarisch tragen.

Nach der bisher geltenden Regelung des § 40 EEG sind besonders stromintensive Betriebe von der Zahlung der EEG-Umlage weitgehend befreit. Durch diese Regelung war im Jahr 2011 ein Drittel des Industriestromverbrauchs von der EEG-Umlage so gut wie befreit (75 Terawattstunden). Haushalte und alle anderen Verbraucher zahlen dagegen für den Ausbau der Erneuerbaren 3,5 Cent pro Kilowattstunde.

EEG senkt Stromkosten der Industrie

Weil der EEG-Strom an der Strombörse verkauft wird, sinken dort die Preise um mindestens 0,6 Cent je Kilowattstunde, der sogenannte Merit-Order-Effekt. Dadurch kaufen die Industriebetriebe ihren Strom sogar noch günstiger ein. Die Industrie spart allein dadurch Stromkosten von 400 Millionen Euro jährlich. Zumindest in dieser Größenordnung ist ein Beitrag stromintensiver Betriebe zu den EEG-Kosten unausweichlich.

Zusätzlich hat die Industrie aufgrund der Befreiungsregelung 2,2 Milliarden Euro EEG-Umlagekosten eingespart, die die übrigen Stromabnehmer aufbringen müssen. Dieser Betrag ist seit 2005 auf das Siebenfache gestiegen, allein zwischen 2010 und 2011 um 75 Prozent (Tabelle). Den größten Teil dieser Belastungen tragen private Haushalte. Jedoch auch die übrige Industrie, Handel und Gewerbe müssen durch die Befreiungsregelung Zusatzkosten auf sich nehmen.

Doch statt diesen Missstand abzuschaffen, befreit die EEG-Novelle künftig noch mehr Industriebetriebe von der EEG-Umlage: Waren bislang nur Großverbraucher mit einem Stromverbrauch von über zehn Gigawattstunden befreit, sinkt die Grenze nun auf eine Gigawattstunde. Das bewirkt Wettbewerbsverzerrungen zulasten kleinerer mittelständischer Unternehmen, die nicht befreit werden. Es ist auch unvereinbar mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes.

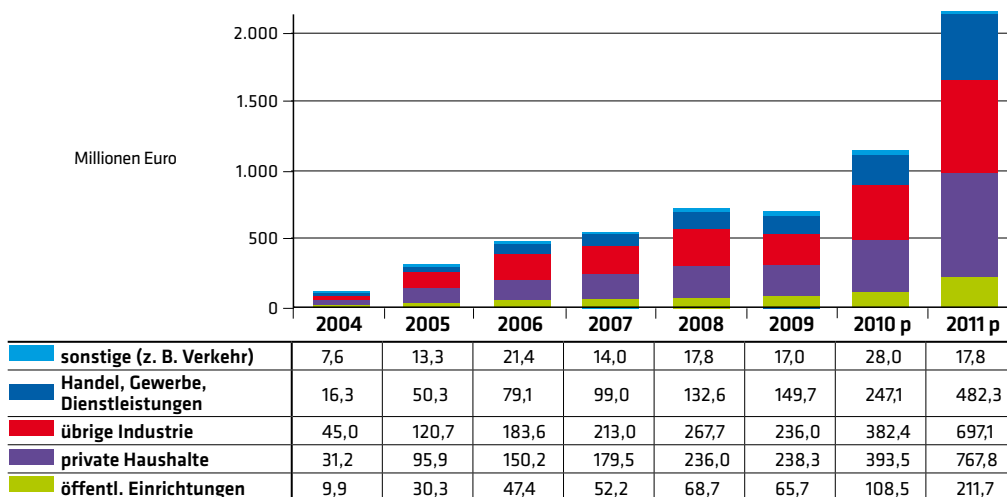
Das Umweltministerium beziffert die zusätzliche Belastung durch die Ausweitung der Befreiungsregelung zwar auf 300 Millionen Euro. Tatsächlich dürfte der Betrag aber weitaus höher liegen.

Mehrbelastung für Mittelstand

Einem Bäckereibetrieb beispielsweise entstehen durch die Befreiungsregelung Mehrkosten in Höhe von 13.000 Euro jährlich, einem kleinen Industriebetrieb sogar von 50.000 Euro. Inakzeptable Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten kleiner und mittelständischer Betriebe sind die Folge. Müsste die EEG-Zahlungen nur von privaten Verbrauchern aufgebracht werden, dann wäre die Umlage dreimal höher als derzeit. Jede Befreiung von der Umlage erhöht diese und gefährdet damit das EEG.

Die EU-Kommission hat unlängst eine ähnliche Befreiungsregelung im österreichischen Ökostromgesetz als unerlaubte staatliche Beihilfe untersagt (vgl. Pressemitteilung IP/11/265). Zweifellos muss die EU-Kommission auch die deutsche Befreiungsregelung untersagen, allein schon unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung. Der Bund der Energieverbraucher plant eine Beschwerde bei der EU-Kommission.

Entwicklung der aufgrund der besonderen Ausgleichsregelung zusätzlich von nicht privilegierten Stromendabnehmern abzunehmenden EEG-Kosten seit 2006, 2010 und 2011 geschätzt



Quelle: Bundesumweltministerium, Vorbereitungsbericht, Seite 207

UNTERSUCHUNG FÜR DEN MDR

Hartz IV reicht nicht für Stromkosten



Hartz-IV-Empfänger bekommen zu wenig Geld für Strom. Das ergab eine Studie der Gemeinnützigen Gesellschaft für Verbraucher und Sozialberatung (GVS) im Auftrag des MDR.

Der Studie zufolge sind im aktuellen Hartz-IV-Satz für einen Single-Haushalt jährlich 321,80 Euro für Strom vorgesehen. Der Strom des günstigsten Anbieters für einen Ein-Personen-Haushalt in Sachsen kostet aber jährlich 435,50 Euro – in der Haushaltskasse bedeutet das ein Manko von 113 Euro pro Jahr. In Thüringen liegt der Fehlbetrag sogar bei 147 Euro. Für eine vierköpfige Familie in Sachsen bedeutet dies, dass jedes Jahr theoretisch Stromschulden bis zu 524 Euro angehäuft werden. In Thüringen beträgt der Fehlbetrag 346 Euro, in Sachsen-Anhalt 393 Euro. Hochgerechnet auf ganz Mitteldeutschland werden demnach an die Hartz-IV-Haushalte fast 70 Millionen Euro zu wenig ausbezahlt.

Zwang zur Grundversorgung

Erschwerend kommt für die Hartz-IV-Empfänger hinzu, dass sie in der Regel auf den kommunalen Grundversorger angewiesen sind. Ein Wechsel zu einem möglicherweise

günstigeren Anbieter ist oft nicht möglich, weil private Unternehmen meist die Bonität von Neukunden prüfen.

Gezwungen, am Essen zu sparen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert die Entwicklung. Sie führe dazu, dass Hartz-IV-Empfänger gezwungen seien, an Essen und anderen Dingen zu sparen, um ihren Strom bezahlen zu können. In den vergangenen Jahren sei der Strompreis jedes Jahr im Schnitt um acht Prozent gestiegen, Hartz-IV-Empfänger seien daher finanziell unterversorgt. Auch der Deutsche Caritasverband fordert mehr Flexibilität, um die Preissteigerungen auffangen zu können.

Problem verschärft sich im Osten

Die Unterdeckung der Hartz-IV-Sätze besteht bundesweit. Die Situation verschärft sich jedoch in den neuen Ländern, da die Strompreise dort besonders hoch liegen und gleichzeitig die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich ist. Dennoch ignoriert die Bundesregierung trotz Vorgaben der EU das Problem der Energiearmut.

Mehr dazu auf Seite 24.

MEHR RECHTE DER GRUNDVERSORGUNG

Sonderverstragskunden

Wer seinen Anbieter wechselt oder einen neuen Tarif seines Versorgers akzeptiert, der ist nicht mehr Kunde der Grundversorgung, sondern sogenannter „Sonderverstragskunde“. Dieses Wort vermeidet der Gesetzestext jedoch. Er spricht stets nur von „Kunden außerhalb der Grundversorgung“. Für diese zunehmend größer werdende Kundengruppe verbessert sich der Verbraucherschutz durch folgende Änderungen des neuen, seit 4. August 2011 geltenden § 41 Energiewirtschaftsgesetzes.

Das Gesetz schreibt nun einfache und verständliche Verträge vor (§ 41, Abs (1)). Also „nicht nur die Rechnungen, sondern auch die Verträge, auf denen die Rechnungen beruhen, müssen den Grundanforderungen an Verständlichkeit und Transparenz genügen“ (Gesetzesbegründungstext).

Brieflich, telefonisch und über das Internet geschlossene Verträge unterliegen ausdrücklich dem Fernabsatzgesetz. Der Anbieter muss die entsprechenden Informationspflichten beachten. Das ist nunmehr durch § 41 Abs (1), Satz 3 und die Gesetzesbegründung klargestellt.

Versäumt dies der Anbieter, darf der Verbraucher außerordentlich kündigen. Darüber hinaus muss der Versorger vor Vertragsabschluss verschiedene Zahlungsmöglichkeiten anbieten. Die Vorauszahlungen müssen zudem auf dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums basieren. (§ 41, Abs (3)).

<http://dejure.org/gesetze/EGBGB/246.html>

EU-STUDIE

Risiken regionaler Energiearmut

Die EU hat eine Studie veröffentlicht zur Gefährdung europäischer Regionen durch Energiearmut. Regionen im Osten und Norden Europas sind stark gefährdet durch steigende Energiepreise. Periphere Regionen müssen sich auf höhere Kosten für die längeren Reisen einstellen. Die Transportkosten für Güter werden steigen und auch der Tourismus über weitere Entfernungen wird als Einnahmequelle wegfallen.

Ärmere Regionen werden von Energiepreissteigerungen stärker betroffen sein, als ökonomisch starke Regionen. Die Politik muss gerade in diesen Regionen die Potenziale erneuerbarer Energien gezielt entwickeln und auch die Energieeffizienz in gefährdeten Region gezielt anheben.

Die Gefährdung durch steigende Energiepreise hat drei Dimensionen:

- Ökonomische Verwundbarkeit durch regionale Konzentration auf besonders energieintensive Industrien
- Abhängigkeit der Region vom motorisierten Transport, bezüglich Beschäftigung und Transport
- Soziale Gefährdung durch hohe Bevölkerungsanteile, die mit der Bezahlung höherer Energierechnungen ein Problem haben.

Fazit: Die Politik muss gerade in den bedrohten Regionen die Potenziale erneuerbarer Energien gezielt entwickeln. Darüber hinaus gilt es, auch die Energieeffizienz in gefährdeten Region gezielt anzuheben.

Erste Hilfe mit großer Wirkung

Telefonisch, per E-Mail oder über das Internet erhält das Büro für Energieunrecht unverändert viele Notrufe von besorgten, ja teilweise sogar verängstigten Strom- und Gaskunden. Betroffen sind Verbraucher aus allen Teilen der Bundesrepublik, denen der Versorger mit einer Sperre droht. Insgesamt rechnen Experten mit etwa zwei Millionen Sperrandrohungen jährlich.

Häufig können wir schnell helfen. Kleine, aber entscheidende Tipps genügen manchmal, vor Ort rasch eine gütige Einigung zu finden. Eine weitere Eskalation wird verhindert – somit agieren wir letztlich auch im Interesse der Versorgungswirtschaft.

Unsere Erfahrung zeigt, dass ein persönliches und freundliches Gespräch auf Augenhöhe mit aufgeschlossenen Mitarbeitern in einem der Kundencenter oft Wunder bewirkt. Das gilt insbesondere, wenn der Kunde mit sortierten Unterlagen gut vorbereitet in das Gespräch geht und beim Versorger seine grundsätzliche Zahlungswilligkeit dokumentiert.

Oft gibt es auch Umstände, die eine Strom- oder Gassperre als sogenannte „unverhältnismäßige Härte“ von vornherein verbieten. Dazu

Beobachtete Versorger agieren fairer

gehört zum Beispiel eine alleinerziehende, junge Mutter mit mehreren Kleinkindern im Haushalt, ein Schwerbehinderter oder ein schwer Erkrankter, die so schon ein schweres Los zu tragen haben. Die Versorger kennen jedoch meist diese persönlichen Lebensumstände nicht, da solche Fakten bei Vertragsabschluss nicht erhoben werden. Fehlentscheidungen sind daher vorprogrammiert.

Meist genügt es in solchen Fällen, wenn der Kunde selbst kurz auf die Tatsachen hinweist. Die meisten Versorger nehmen dann (teilweise mit ausdrücklichem Bedauern) ihre Androhung zurück. Generell kann gesagt werden, dass Energieversorger vorsichtiger agieren, wenn sie informiert sind, dass wir den Vorgang beobachten. Meist stellt das Unternehmen weitere Aktionen gegen den Kunden stillschweigend ein.



Selbst wenn Hartz-IV-Empfänger plötzlich ohne eigenes Verschulden ohne einen Cent da stehen – etwa, wenn ihr Antrag in der Bürokratie stecken geblieben ist – und ihnen eine Stromsperre droht, können wir meist rasch helfen. Dabei verweisen wir auf die sehr konkreten Empfehlungen im Ratgeber „Energie für Verbraucher“ (von Dr. A. Peters, L. Holling). Allerdings kennen Betroffene meist die ihnen zustehenden Rechte nicht.

Der Bluff mit der Sperrandrohung

Zunehmend stellen wir die Unsitte fest, dass Energieversorger schon in bloßen Mahnschreiben sehr geschickt den Eindruck erwecken, dass es sich bereits bei diesem Schreiben um eine Sperrandrohung handelt.

Formal handelt es sich bei diesem Schreiben zwar „nur“ um eine Mahnung. Doch im Text wird der Begriff „Sperre“ ganz bewusst nicht nur beiläufig erwähnt. Das Thema füllt vielmehr mehrere Zeilen. So ist es zum Beispiel üblich, dass der Energieversorger schon in der 1. Mahnung die genauen Sperrkosten aufführt und sogar ankündigt, dass man bei nicht festgestelltem Zahlungseingang bis zum gesetzten Termin den „Sperrbeauftragten“ einschaltet. Damit wird jedoch beim Empfänger des Schreibens absichtlich ein falscher Eindruck erweckt.

Dass diese bewusste Täuschung leider immer wieder Kunden ins Bockshorn jagt, können wir bestätigen: Viele der Hilferufe, die uns erreichen, entpuppen sich bei weiterem Nachfragen eben nicht als Sperrandrohung, sondern als standar-

disiertes Mahnschreiben, wie es die Buchhaltung des Versorgers wohl tagtäglich zu Hunderten automatisiert ausspuckt.

Eine richtige Sperrandrohung erkennt man daran, das sie auch als solche im Briefkopf ausdrücklich benannt ist und einen konkreten Termin (Tag) sowie eine bestimmte Uhrzeit oder einen Zeitraum nennt, zu dem der Sperrbeauftragte erscheinen wird. Des Weiteren hat sie die üblichen Fristen einzuhalten (zugestellt mindestens vier Wochen vor dem Sperrtermin und dann nochmals drei Tage davor).

Anbieterwechsel löst nicht das Problem

Mehrfach mussten wir feststellen, dass von Sperrern bedrohte Kunden glauben, ein Anbieterwechsel schaffe alle Probleme aus der Welt. Wenn der Wechsel gelingt, dann kann der alte Anbieter tatsächlich keine Versorgungssperre mehr erwirken. Jedoch tauschen sich im Rahmen der Antragsprüfungen die beiden beteiligten Versorger aus. Oft nimmt ein anderer Versorger dann solche Anträge gar nicht erst an.

Preisprotest und Kündigungen

Etliche §315-Widersprecher mit Sondervertrag sind in der Vergangenheit leider in eine Falle getappt in dem Irrglauben, dass ein Versorger bei einem laufenden §315-Widerspruch nicht einseitig und fristgemäß den bestehenden Vertrag kündigen kann. Er kann!

Was ist in so einem Fall zu tun? Innerhalb der verbleibenden Kündigungsfrist sollte der §315-Widersprecher sich unbedingt einen neuen Versorger suchen, etwa über www.verivox.de.

Gelingt dies nicht, dann fällt der Verbraucher nach der Kündigung automatisch in die sogenannte „Ersatzversorgung“ mit höheren Preisen. Der Widersprecher kann sich ab diesem Zeitpunkt nicht mehr auf den früheren „Widerspruchspreis“ beziehen und seine Abschlüsse/Jahresabrechnungen kürzen.

Fordert der Energieversorger Zahlungsausgleich, unterliegt der Kunde nicht mehr der „Schutzfunktion“ des § 315. Die Forderungen sind in diesem Fall fällig. Werden diese nicht ausgeglichen, ist der Versorger grundsätzlich zur Sperre berechtigt. Wir raten in diesen Fällen zur umgehenden Zahlung der offenen Beträge aus dem neuen Vertrag; die gekürzten Beträge aus dem Altvertrag dürfen da allerdings natürlich nicht aufgeschlagen werden.

+++ kurz vor redaktionsschluss +++

Ein Hilferuf erreicht uns aus Stockstadt: Frau P., in der 38. Woche schwanger (also kurz vor der Niederkunft), wurde soeben der Strom abgestellt.

Aus der Mail an den Vorstand des Unternehmens: Wir, das Büro für Energieunrecht (im Bund der Energieverbraucher) wurden gestern von Ihrer Kundin Frau P. informiert, dass man gestern kurz vor 14 Uhr bei ihr eine Stromsperre durchgeführt hat, und dies, obwohl die Kundin in der 38. Woche hochschwanger ist und kurz vor der Niederkunft steht.

Sie wissen, dass eine Stromsperre bei einer Schwangeren eine unverhältnismäßige Härte bedeutet. Zudem befinden sich im Haushalt der Betroffenen drei Kleinkinder UND es besteht eine ausreichende Aussicht auf Zahlung. Die Sperre wäre damit rechtswidrig.

Obwohl all diese Umstände bereits vorher bekannt waren, hat Ihr Sperrbeauftragter Herr H. gesagt, er hätte seinen Auftrag auszuführen. Und bei einem Telefonat mit einem Ihrer Sachbearbeiter wurde nur lapidar erwidert: „Wir sind kein Sozialamt.“

Ergebnis: Das Unternehmen rief uns umgehend zurück und nahm die Stromversorgung wieder auf. Es ist zu hoffen, dass die Verbraucherin am Ende nicht mit den Kosten für die rechtswidrige Sperre belastet wird.

Negativ-Preis „Trübe Funzel“

Wir werden weiterhin rechtswidrigen Sperrandrohungen auf der Spur bleiben. Dabei nehmen wir ausschließlich die jeweiligen Vorstände oder Geschäftsführer der betreffenden Unternehmen in die Verantwortung. In eklatanten Fällen vergibt der Vorstand des Bundes der Energieverbraucher auf Vorschlag des Büros für Energieunrecht die „Trübe Funzel“ und stellt damit auch eine entsprechende Medienwirkung sicher.

Die nächste „Trübe Funzel“ ist schon in der Pipeline, ein betroffenes Unternehmen hat schon entsprechende Vorwarnungen erhalten.



Thomas Schlagowski

Büro für Energieunrecht
Telefon 040.7429700
Montag 9.00 – 13.00 Uhr

energieunrecht@energieverbraucher.de



„Waschen mit gutem Gefühl“

Die Sparsteuerung „MS1002 plus“ für Waschmaschinen nutzt ökonomisch erwärmtes Wasser (ideal in Verbindung mit Solaranlagen) und hilft:

- > den Energieverbrauch zu senken...
- > Geld zu sparen...
- > mit weniger Chemie zu waschen...
- > die Sicherheit zu erhöhen...
- > die Haut zu schonen...
(Durch die effektivere Entfernung von Restwaschmittel)

MS 1002 plus



Martin Elektrotechnik GmbH

Dr.-Gartenhof-Str. 4 • 97769 Bad Brückenau
Tel. +49 (0) 97 41-15 00
sparsteuerung@ms1002.de

www.ms1002.de

Ehrung für Ernst Ulrich von Weizsäcker

Der Naturwissenschaftler und Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker erhält den diesjährigen Theodor-Heuss-Preis. Die Auszeichnung wird von der Theodor-Heuss-Stiftung verliehen und steht unter dem Jahrestitel „Energie, Umwelt – Verantwortung vor der Welt“. Ernst Ulrich von Weizsäcker zählt zu den Gründungsmitgliedern des Bundes der Energieverbraucher.
<http://tinyurl.com/weizsaeckerheusspreis>

Flüssiggas – Streit vor dem OLG

Sechs Jahre dauert die Auseinandersetzung um Verfahren des Bundeskartellamts gegen elf Flüssiggasfirmen nun schon. Die betroffenen Unternehmen weigerten sich, die Bußgeldbescheide des Amtes in Höhe von rund 250 Millionen Euro wegen Kundenschutzabsprachen zwischen 1999 und 2005 aus den Jahren 2007 bis 2009 zu akzeptieren. Das OLG Düsseldorf sollte entscheiden. Der Bund der Energieverbraucher und ihm verbundene Personen wurden vom Gericht und den zahlreichen Anwälten an sechs Tagen als Zeugen über viele Stunden befragt. Es drängt sich der Eindruck auf, als wollten die betroffenen Flüssiggasfirmen durch absurde Beweisangebote und kurz-fristige Verschiebung von Verhandlungsterminen den Prozess und den Urteilsspruch bis in alle Ewigkeit hinauszögern (Bundeskartellamt Fallbericht B11-20/05). Wer als Flüssiggaskunde von den überhöhten Preisen betroffen fühlt, kann dies dem Verein auf seiner Internetseite mitteilen, damit nach Verfassensende Schadensersatzansprüche gebündelt werden können.

Energie kompakt 02

Daten und Fakten, zusammengestellt von der Firma Vaillant. 115 Seiten. Die ersten Anfrager beliefern wir kostenlos mit der hübsch aufgemachten Broschüre.

Testen Sie Luftfeuchtigkeit und CO₂-Konzentration in Ihrer Wohnung: Kostenlose Messgeräte-Ausleihe auf Seite 41

AUCH MITGLIED BEI UNS

Der Herr der Windräder

Beständig weht der Wind über die Paderborner Hochfläche. Ganz in der Nähe, in Bad Wünnenberg im Kreis Paderborn, kam 1951 Johannes Lackmann zur Welt. Vor seinem Einstieg in die Erneuerbare-Energien-Branche entwickelte er Computermonitore und leitete ein Ingenieurbüro für Elektronikentwicklung.

1994 begann er mit der Planung seines ersten Bürgerwindparks. Diesem folgten im Raum Paderborn mehrere weitere Bürgerwind-Projekte, die er mit entwickelte und deren Geschäftsführung er auch übernahm. Aufgrund der starken Winde dort könnte die Gegend um Paderborn

ihren kompletten Strombedarf ausschließlich durch Windkraft decken. Schon heute stellt Windenergie etwa 40 Prozent des Stromverbrauchs in der Region.

Einst saß er für die Grünen im Paderborner Stadtrat, und seit Gründung des Bundesverbandes WindEnergie e.V. (BWE) war er dort bis 2007 im Vorstand tätig. Seine Arbeit im BWE führte Johannes Lackmann zum Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE), dem Dachverband für die Fachverbände aus allen Sparten der erneuerbaren Energien. Von 1999 bis zum Februar 2008 stand er dem Verein ehrenamtlich als Präsident

vor. Er hat die politischen Entscheidungen in dieser Zeit durch seine Sachkenntnis und seine Überzeugungskraft stark geprägt. Gemeinsam mit Hermann Scheer und Hans-Josef Fell war Lackmann ein wichtiger Weichensteller für die erneuerbaren Energien in Deutschland.



Danach war Johannes Lackmann Geschäftsführer beim Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e.V. (VDB). Von Juli 2009 bis Januar 2011 war er als Geschäftsführer verantwortlich für den Aufbau des VDI-Zentrums für Ressourceneffizienz in Berlin. Als überzeugter Anhänger einer ökologischen Steuerreform ist Lackmann zudem

Mitglied im Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

Seit 2009 ist er Geschäftsführer in der von ihm mitbegründeten WestfalenWIND GmbH. Ziel ist, mit neuen Konzepten die Bürger und Unternehmen mehr an den wirtschaftlichen Erfolgen der Erneuerbaren Energien teilhaben zu lassen. Das Unternehmen bietet erstmals in Deutschland in Lichtenau im Kreis Paderborn den Stromkunden einen Windstrom-Tarif an, der die Strompreise von RWE unterbietet. „Wir wollen zeigen, dass der Strompreis nicht steigen muss“, sagt Johannes Lackmann – und garantiert seinen Kunden den Arbeitspreis von 19,5 Cent pro Kilowattstunde für die kommenden zehn Jahre.

Johannes Lackmann lebt in Paderborn und hat drei erwachsene Kinder. Seit 1999 gehört er dem Bund der Energieverbraucher e.V. an. In seiner Freizeit baut und fährt er gern schnelle Elektro-Räder und genießt den Kampf gegen jede Form von Bürokratie.

BAUR GmbH

Gewerbestr. 6 · 87787 Wolfertschwendon
Tel.: +49 83 34 / 25 99 19 0
Fax: +49 83 34 / 25 99 19 19
www.baur-folien.de · info@baur-folien.de

- Leckagefolien
- Tragluftdächer
- Immissionsschutzdächer
- Gasspeicher
- EPDM-Hauben
- Folienbecken

Fachverband Biogas e.V.

Energietelefon

Experten beraten Mitglieder am Telefon in Energiefragen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung:

Mo. 20.00 - 21.00 | 040.390 29 39 | Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser:

Mo. 19.00 - 21.00 | 0523.139 07 47 | Klaus Michael

Hausgeräte – Probleme und Reparatur:

Mo. 19.00 - 21.00 | 0800.2333 800 | Oliver Stens | keine TV-/Hifi-Geräte

Rechtsberatung:

Mo. 16.00 - 19.00 | 0800.2333 800

Mi. 16.00 - 19.00 | 0800.2333 800

Do. 18.00 - 21.00 | 0800.2333 800

Flüssiggas-Anwaltshotline:

Di. 16.00 - 18.00 | 0800.2333 800 | Gerd Rentzmann

Schornstein-Fragen:

Di. und Do. 9.00 - 12.00 | 02151.533 7020 | Frank Gärtner

Umzug: Meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Mitgliedsnummer

Name

Straße

Plz, Ort

Telefon

Email

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto BLZ

Kreditinstitut

Bitte schicken Sie mir Informationen

Bitte 2,90 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro

- ☐ Bund der Energieverbraucher e.V.
- ☐ Preis-Protest
- ☐ Flüssiggas
- ☐ Vor-Ort-Beratung
- ☐ BHKW-Infos
- ☐ Fördermittelübersicht
- ☐ Schönauer Energiespartipps
- ☐ Liste sparsamer Hausgeräte

Gute Luft in Ihrer Wohnung

Der Verein verleiht kostenlos an Mitglieder:

• Anti-Schimmel-Box

Sie enthält einen Feuchtigkeitsmesser für Luft und für die Wand, ein Infrarot-Thermometer, eine Anleitung und ein Messprotokoll.

• Kampf dem Mief

Gerät zur Messung der CO₂-Konzentration

Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie eines oder beide Geräte kostenlos ausleihen wollen.

So helfen wir Ihnen

STROM

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre Jahresabrechnung und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Nur für Privathaushalte, die Vereinsmitglied sind, 20 Euro.

Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir sagen Ihnen, welcher Anbieter für Sie in Frage kommt. Senden Sie uns Ihre letzte Stromrechnung oder sagen Sie uns, wie viel Strom (Kilowattstunden) Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Für Mitglieder einmal jährlich kostenlos, für Nichtmitglieder zehn Euro.

ERDGAS

Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder zehn Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre aktuelle Abrechnung, die vorletzte Abrechnung (bei Abschlagsberechnungen) und die Abrechnung aus der die akzeptierten Preise hervorgehen. Nur für Privathaushalte, die Vereinsmitglied sind, 20 Euro.

FLÜSSIGGAS

Wollen Sie aus Ihrem Flüssiggasvertrag heraus?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas, bei uns anfordern oder unter <http://fluessiggasraus.energieverbraucher.de>. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Preisklausel ungültig?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihre Preisgleitklausel. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags. Für Mitglieder 50 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro.

HEIZKOSTENNABRECHNUNG

Ist Ihre Abrechnung richtig?

Unser Gutachten sagt es Ihnen. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/ Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers, Baujahr des Gebäudes. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro.

SOLARSTROM-EINSPESIVERTRÄGE

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei.

Bitte einsenden an:

Bund der Energieverbraucher e.V.,

Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel, Fax 02 22 4 - 10 32 1

service@energieverbraucher.de · www.energieverbraucher.de



Die Bundesregierung fördert seit Juli 2007 die ausführliche Energie-diagnose von Wohngebäuden, die vor 1994 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 300 Euro, für Drei- und Mehrfamilienhäuser 360 Euro, maximal jedoch 50 Prozent der Kosten. Darüber hinaus gehende Kosten trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren Hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

LEITZONE 10000

10115 Berlin (Mitte) Dipl.-Ing. Franco Dubbers, Architekt und Energieberater, Bernauer Str. 8, T. 030.28099390 **10829 Berlin** (Schöneberg) AZI-MUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, T. 030.7877460

LEITZONE 20000

22147 Hamburg sparWatt, Nienhagener Str. 168, T. 040.6047877 **22339 Hamburg** Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, T. 040.5394143 **22765 Hamburg** H-M. Hell, Behring Str. 23, T. 040.3902939 **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, T. 04522.593722 **24340 Eckernförde** Dipl.-Ing. Architekt BDB Jörg Faltin, Rendsburger Str. 35, T. 04351.767591 **24628 Hartenholm** Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, Ing.-Büro EnergieSystem, Grubeleck 9, T. 04195.9900890 **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, T. 04121.450852 **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, T. 04421.926411 **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, T. 04231.930301

LEITZONE 30000

30952 Ronnenberg Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schilfweg 24, T. 0511.435350 **31863 Coppenbrügge** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Steinweg 6, T. 05156.785252 **33613 Bielefeld** Sachverständigenbüro Hans Westfeld, Niederbrodhagen 12, T. 0521/7808833 **35614 Asslar** Matthias Muchel, Loher Str. 6, T. 06441.679030 **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, T. 02771.850486 **38104 Braunschweig** Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, T. 0531.7012480

LEITZONE 40000

47800 Krefeld Frank Gärtner, Magdeburger Str. 3, T. 02151.533700 **47877 Willich** Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, T. 02154.205203

LEITZONE 50000

51702 Bergneustadt NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, T. 02261.949464 **53225 Bonn** Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr.116, T. 0228.464219 **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, T. 02683.949232 **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, T. 02241.258420 **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, T. 06571.954622 **55425 Waldalgesheim** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Untere Hey 2, T. 06721.400420 **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, T. 0671.44002 **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, T. 0261.9835998 **56477 Rennerod** nwe Ingenieurgesellschaft mbH & Co. KG, Alter Bahnhof, T. 02664.99789-10 **58332 Schwelm** Jens Blome, Sachverständigenbüro, Energieberatung, Theodor-Heuss-Str. 60, T. 02336.17215 **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, T. 02381.61821 **59457 Werl** Marc Fliesenberger, Energieberatung – Modernisierungsplanung, Walburgisstr. 11, T. 0172.2316671

LEITZONE 60000

63897 Miltenberg Dipl.-Ing. Architektur Karlheinz Paulus, Mainbullau 124, T. 09371.80710 **63924 Kleinhaubach** Architekturbüro ads, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitz, Schlosspark 5, T. 09371.97950 **64285 Darmstadt** Energie & Haus, Dipl.-Ing. Carsten Herbert, Ahastr. 9, T. 06151.1014443 **65510 Idstein** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, T. 06126.9577-60 **66976 Rodalben** Ing. Markus Baumgart, Ringstr. 34, T. 06331.140600 **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, T. 06326.962996

LEITZONE 70000

72074 Tübingen SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, T. 07071.8884118 **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, T. 0791.41240 **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, T. 0721.377896 **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Strahlerweg 117, T. 0721.9415868 **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, T. 07723.7040 **78224 Singen** Dipl.-Ing. Rainer Behn, Solar und Haustechnik, Höristr. 7, T. 07731.795080 **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, T. 07621.95770

LEITZONE 80000

85598 Baldham INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, T. 08106.997444 **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, T. 0821.452312 **89520 Heidenheim** Dipl.-Ing. Karl Reyher, Knupfwerth 36, T. 07321.64569

LEITZONE 90000

91522 Ansbach H. Bischoff, IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, T. 0981.4880060 **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Energent AG, Moritzhöfen 7, T. 0921.50708450 **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, T. 09561.90290 **96479 Weitramsdorf** GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfränger, Gersbach 3, T. 09561.420644 **97225 Zellingen** Horst Endrich, Billinghamer Str. 51, T. 09364.9319 **99096 Erfurt** Dipl.-Ing. Jens Mewes, Ingenieurbüro für TGA, Schillerstr. 6, T. 0361.3452920

Die Liste soll Rat suchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen | Ohne Anspruch auf Vollständigkeit | Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher | Wird vierteljährlich aktualisiert | Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher | Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen | Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt | Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos | Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Tel. 06196.4 95 28 10, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.

Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter:

www.bafa.de



Veranstaltungen

Kleinwindenergie – Technik, Planung und Recht

29.11.2011–30.11.2011 in Hannover | Veranstalter: Bundesverband WindEnergie e. V., Tel. 030 28482 106, www.wind-energie.de

Altbau 2011 – Herbstforum

09.11.2011 in Stuttgart | Veranstalter: PR-Agentur Solar Consulting GmbH, www.solar-consulting.de, info@zukunfaltbau.de

FVEE-Jahrestagung 2011

Transformationsforschung für ein nachhaltiges Energiesystem
12.10.2011–13.10.2011 in Berlin | Veranstalter: ForschungsVerbund Erneuerbare Energien, Tel. 030 28493844, www.fvee.de

Dämmstoffe – Neue Erkenntnisse und Messmethoden

11.10.2011 in Stuttgart | Veranstalter: Fraunhofer-Institut für Bauphysik, Abt. Hygrothermik, Tel. 08024 643366, www.ibp.fraunhofer.de

Lüftung in Schulen

28.09.2011 in Wiesbaden | Veranstalter: Fachverband Gebäude-Klima e.V. FGK, Tel. 07142 7888990, www.fgk.de

Internationaler Workshop – Kostenoptimale Wege zum Niedrigstenergiegebäude

27.09.2011 in LVR Rheinisches Landesmuseum Bonn | Veranstalter: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Tel. 0228 994011632, www.bbsr.bund.de



Geht uns aus der Sonne: Die Zukunft hat begonnen von Hans Kronberger

Uranus Verlag, 162 Seiten, ISBN: 978-3901626-51-7
Gebundener Ladenpreis: € 19,90

Eine harte Abrechnung mit den unsinnigen Argumenten aus Politik, Wirtschaft, aber auch Wissenschaft, mit denen sich mächtige Lobbygruppen gegen eine Veränderung des kaputtgefahrenen Energiesystems zur Wehr setzen.

„Die Zukunft ist sonnig“, lautet die These des Autors. Das neue

System ist im Gegensatz zum alten sozialer, gerechter, wirtschaftlicher und überlebensfähig. Mit verbaler Kraft und glühendem Optimismus wird das Bild einer hoffnungsfrohen zukünftigen Welt gezeichnet. Und die Kernaussage: Diese Zukunft hat schon begonnen, man muss ihre Symptome nur erkennen.

Das Konfliktbündel, bestehend aus der tatsächlichen Verknappung der Ölreserven, dem politischen Widerstand in den Lieferländern und der außer Kontrolle geratenen Preisstruktur für Rohöl, hat den Niedergang der fossilen Energiewirtschaft unumkehrbar eingeleitet. Auch wenn dies vielen unbelehrbaren Traditionsbewahren in der Energiewirtschaft noch nicht voll bewusst geworden ist. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Bücher

Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation | Gutachten des Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) | Die gedruckte Buchfassung (420 Seiten) kann kostenlos bestellt werden
<http://www.wbgu.de/bestellen>

Daniel Kellermann | **Ratgeber Umwelt- und Erneuerbare Energie Beteiligungen** | Ausgabe 2011 /2012 | Green Value GmbH | 326 Seiten
ISBN 978-3-9808336-7-7 | 18,50 Euro

Verändert Euch – Das Manifest zur Energiewende | Aufbau-Verlag
240 Seiten | ISBN 978-3-351-02742-1 | 14,99 Euro

Maximilian Gege, Marilyn Heib (Hrsg.) | **Erfolgsfaktor Energieeffizienz – Investitionen, die sich lohnen: Wie Unternehmen und öffentliche Einrichtungen Energie und Kosten sparen können** | Oekom-Verlag
272 Seiten | ISBN 978-3-86581-267-4 | 24,90 Euro

Hans Kronberger | **Geht uns aus der Sonne: Die Zukunft hat begonnen** | Uranus-Verlag 2011 | 162 Seiten | ISBN 978-3-90162-651-7 | 19,90 Euro

Die grüne Revolution – Ausbruch in ein neues Energiezeitalter
Marc Beise und Hans-Jürgen Jakobs von Süddeutsche Zeitung Bibliothek | Gebundene Ausgabe | 1. Oktober 2011 | 240 Seiten
ISBN 978-3-86615-880-1 | 19,90 Euro

Energiegenossenschaften gründen: Bürger aktiv im Klimaschutz
Andreas Seiverth, Burghard Flieger, Dietmar von Blittersdorff und Rainer Lange | Bertelsmann | Bielefeld | broschiert | Oktober 2011
280 Seiten | ISBN 978-3-76394-914-4 | 34,90 Euro

Die 50 größten Energiespar-Lügen: Für Leute, die ihr Geld weder verheizen noch vertanken wollen | Markus Groll von Krenn
brochiert | Oktober 2011 | 144 Seiten | ISBN 978-3-99005-110-8
18,90 Euro

Der Verein für Verbraucher und gerechte Energiepreise



Der Bund der Energieverbraucher kämpft für eine umwelt- und verbraucherfreundliche Zukunft!

**Werden Sie Mitglied in
einer starken Gemeinschaft!
Hotline 0800-2333-800**

Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1 | 53572 Unkel
Telefon 02224.9227-0 | Fax 02224.10321
info@energieverbraucher.de
www.energieverbraucher.de



Investieren in Substanz und Klimaschutz.



Bürger betreiben gemeinsam mit dem erfahrenen Projektentwickler ABO Wind ein internationales Portfolio (rund 60 Megawatt) zur Stromproduktion aus erneuerbarer Energie.

Fünf Windparks und eine Biogasanlage in Deutschland, Frankreich und Irland sind am Netz und zeichnen sich durch stabile Erträge aus.

Weitere Projekte kommen hinzu. Eine jährliche Wertsteigerung von mindestens 8 Prozent ist zu erwarten.

Beim Ausbau des Portfolios achten wir auf gute Renditen und Minimierung des Risikos.

Die Aktie (WKN: A1EWXA) notiert im Freiverkehr der Börse Düsseldorf und kann börsentäglich erworben werden.

Wir freuen uns über Ihr Interesse:

Tel.: 0611-26 76 55 92
info@buergerwindaktie.de
www.buergerwindaktie.de

**ABO
INVEST**
Die Bürgerwindaktie.